



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
HEIDELBERG

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 8 (1980)

DOI: 10.11588/fr.1980.0.49942

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

KLAUS-JÜRGEN MÜLLER

PROTEST – MODERNISIERUNG – INTEGRATION
BEMERKUNGEN ZUM PROBLEM FASCHISTISCHER PHÄNOMENE
IN FRANKREICH 1924–1934

I. Einleitung

Das Phänomen eines »Faschismus« in Frankreich¹ – was immer der Begriff auch an Disparatem enthalten mag – ist von der Forschung erst verhältnismäßig spät intensiver in den Blick genommen worden. Das hatte vielfältige Gründe. In Frankreich war es zweifellos auch keine bedeutende politische Größe. Nie ist die Aufsplitterung in einzelne Gruppen überwunden worden, nie kam es zu einer großen einheitlichen Bewegung.² Nicht einmal in der Vichy-Periode sind faschistische Kräfte über den Vorhof der Macht hinaus gelangt.³ Außerdem war die Forschung, nachdem Ernst Nolte den Faschismus wieder als eigenständiges Phänomen aus dem Zusammenhang der Totalitarismus-Theorie gelöst hatte,⁴ zunächst mehr am Problem faschistischer Machtergreifungen und Herrschaftssysteme interessiert als an faschistischen Bewegungen und Gruppen, die nie an die Macht gelangt sind. Andererseits ist nicht zu leugnen, daß Begriffe wie »Faschismus« und »Antifaschismus« dominierende Leit-motive der politischen Auseinandersetzung in Frankreich seit Mitte der 20er Jahre gewesen sind. Nach 1945 haben sich nicht nur Schriftsteller und Intellektuelle wie Bardèche und Céline mehr oder minder offen zum Faschismus und zu faschistischen Ideen bekannt, sondern rechtsextremistische Gruppierungen mit – mindestens –

¹ Die hier vorgelegten Überlegungen sind Teil einer vom Verfasser begonnenen umfassenderen Untersuchung über das Problem des Faschismus in Frankreich.

² Hierzu vgl. die knappen, aber bedenkenswerten Ausführungen bei J. P. AZÉMA und M. WINOCK, *La Troisième République 1870–1940*, Paris 1970, S. 221 ff.: »Du Fascisme en France« und bei H. BRUGMANS, *Pourquoi le fascisme n'a-t-il pas »pris« en France?*, in: *Res Publica, Revue de l'Institut Belge de Science Politique* 7 (1968) S. 77–85.

³ Zur Frage des faschistischen Charakters des Vichy-Regimes vgl. aus der umfangreichen Literatur über Vichy nur St. HOFFMANN, *Aspects du Régime de Vichy*, in: *Revue Française des Sciences Politiques* 6 (1956), S. 44–69 und R. BOURDERON, *Le Régime de Vichy était-il fasciste?* in: *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale* 23 (1973) No. 91, S. 23–45 sowie Robert O. PAXTON, *La France de Vichy 1940–1944*, Paris 1973, S. 220 ff. (engl. Orig. Ausgabe u. d. Titel: *Vichy France. Old Guard and New Order 1940–1944*, London 1972).

⁴ Ernst NOLTE, *Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action Française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus*. München 1963, ²1965; ders., *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968; ders., *Theorien über den Faschismus*, Köln 1967; ders., *Der Faschismus. Von Mussolini zu Hitler, Texte-Bilder-Dokumente*, München 1968.

Allgemein vgl. zu diesem Komplex W. WIPPERMANN, *Faschismustheorien, Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*, Darmstadt ²1975 (= *Erträge der Forschung*, Bd. 17) und R. SAAGE, *Faschismustheorien. Eine Einführung*, München ²1979.

faschistischer Färbung sind bis heute, wenngleich marginale, so doch nicht zu übersehende Bestandteile der politischen Szenerie jenseits des Rheines.⁵

Seit etwa über einem Dezennium ist jedoch ein zunehmend intensiveres Bemühen um die wissenschaftliche Erfassung des Faschismus-Phänomens in Frankreich zu bemerken. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen den Stand der Forschung zu skizzieren oder die wesentlichen Arbeiten zum Thema zu gewichten.⁶ Jedoch soll mit einigen allgemeinen Bemerkungen auf Probleme der bisherigen Forschung und ihrer Ergebnisse hingewiesen sowie – wenigstens in Andeutungen und exemplarisch – mögliche Problemlösungen angedeutet werden. Generell kann festgestellt werden, daß die deutsche wie die ausländische Forschung bemerkenswerte, wenngleich jeweils andersartige Defizite aufweist. In Deutschland findet die Diskussion über den Faschismus als einer allgemein-europäischen Erscheinung des 20. Jahrhunderts auf einer in doppelter Hinsicht zu schmalen Basis statt. Sie weist erstens einen bemerkenswerten Überhang theoretischer Entwürfe auf, deren genereller Anspruch in deutlichem Mißverhältnis zu ihrer empirischen Absicherung steht; und zweitens ist sie nahezu völlig auf das deutsche und italienische Beispiel fixiert und macht analoge Phänomene in anderen Ländern kaum zum Gegenstand empirischer und theoretisch reflektierter Analyse.

Vermeintlich oder tatsächlich faschistische Phänomene in Frankreich der Zwischenkriegszeit sind hierzulande wohl registriert,⁷ jedoch nur in Ausnahmefällen untersucht⁸ und fast nie ernsthaft in die theoretische Diskussion einbezogen worden, jedenfalls wurden sie weder in einen überzeugenden Erklärungszusammenhang gebracht noch angemessen bei den Versuchen einer Theoriebildung berücksichtigt.⁹ Die meisten Versuche einer generellen theoretischen Erfassung des Faschismus warfen – weil sie sich überwiegend auf das deutsche und das italienische Paradigma bezogen – hinsichtlich analoger französischer Phänomene auch mehr offene Fragen als Erklärungsansätze auf; vordergründige Analogien und oberflächliche Vergleiche führen erst recht nicht weiter. Zahlreiche Erscheinungen der französischen Szenerie jedenfalls, wie z. B. der unübersehbare Anteil von Kräften, die von der französischen Linken kamen, der relativ hohe Prozentsatz von Arbeitern (mindestens in der Doriot-Bewegung und der »Solidarité Française«) das ins Auge fallende Engagement bedeutender intellektueller und literarischer Persönlichkeiten, dann die relativ rasche

⁵ Vgl. M. BARDÈCHE, *Qu'est-ce que le fascisme?*, Paris 1961; sowie P. SÉRANT, *Le Romantisme fasciste ou l'Œuvre Politique de quelques écrivains français*, Paris 1959; A. HAMILTON, *The Appeal of Fascism. A Study of Intellectuals and Fascism 1919–1945*, London 1971; P. M. HAYES, *Fascism*, London 1973; J.-L. LOUBET DEL BAYLE, *Les Non-conformistes des Années Trente*, Paris 1969. Für die gegenwärtige Situation vgl. B. BRIGOULEIX, *L'Extrême Droite en France*, Paris 1978.

⁶ Zum Forschungsstand: Vgl. W. WIPPERMANN u. H.-U. THAMER, *Faschistische und neofaschistische Bewegungen, Probleme empirischer Faschismusforschung*, Darmstadt 1976, insbesondere Kap. V.

⁷ Vgl. die oben in Anm. 4 aufgeführten Arbeiten von NOLTE vor allem.

⁸ So z. B. D. WOLF, *Die Doriot-Bewegung. Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Faschismus*, Stuttgart 1967.

⁹ Vgl. allgemein die oben unter Anm. 4 genannte Arbeit von W. WIPPERMANN sowie die eingehende, weiterführende Kritik wichtiger bisheriger theoretischer Bemühungen bei H. GREBING, *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik*, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1974. Für Frankreich vgl. auch die Kritik bei K.-J. MÜLLER, *French Fascism and Modernisation*, in: *Journal of Contemporary History*, vol. 11 (1976) S.76ff.

Verwandlung einiger außerparlamentarischer Ligen in parlamentarische Parteien – alles Erscheinungen, die für den deutschen Nationalsozialismus wie für den italienischen Faschismus untypisch waren – lassen sich mit den verschiedenen generalisierenden Faschismustheorien nicht oder nur unzureichend erfassen, geschweige denn erklären. Das wird sehr deutlich an den wenigen größeren Arbeiten über faschistische Phänomene in Frankreich aus deutscher Feder. Der philosophisch geprägte und nicht unumstrittene Analyseansatz, mit dem Ernst Noltes in seinem großen Werk »Der Faschismus in seiner Epoche« die »Action Française« untersuchte, ließ sich auf andere in Frankreich als faschistisch aufgefaßte Erscheinungen nur mit großen Schwierigkeiten übertragen. Im Grunde gelangt Nolte dabei nicht zu einer Erklärung, sondern bleibt bei einer additiven Beschreibung der einzelnen rechtsextremistischen Gruppierungen im Frankreich der Zwischenkriegszeit.¹⁰ Dieter Wolff dagegen hat eine hervorragende und materialreiche Beschreibung der Doriotbewegung vorgelegt, dabei jedoch diese Bewegung kaum in einen Zusammenhang mit den anderen rechtsextremistischen Gruppierungen gestellt, geschweige denn sie in das politisch-gesellschaftliche Herrschaftssystem der »Dritten Republik« eingeordnet.¹¹

Die ausländische, d. h. vor allem die französische und angelsächsische Forschung hat sich dagegen intensiv um die historische Untersuchung der verschiedenen Gruppierungen und Bewegungen der extremen Rechten bemüht; für sie ist dabei typisch, daß sie fast vollständig davon absieht, ihre Ergebnisse in einem faschismustheoretischen Kontext zu diskutieren, wodurch sie sicherlich einer theoriebedingten Blickverengung bei der empirischen Analyse entgeht. Der Verzicht aber, ihre Ergebnisse in einen wie auch immer gearteten strukturellen Rahmen einzuordnen, reduziert hinwiederum die Erklärungskraft solcher Untersuchungen.

Die bisherigen Arbeiten lassen sich, will man etwas schematisieren, um zwei verschiedene methodische Ansätze herum gruppieren. Einerseits werden in phänomenologischer Betrachtung und Programmanalyse typische oder vermeintlich typische Elemente des deutschen oder italienischen Faschismus wie militärische Attitüden, korporatistisches Gedankengut, politische Gewalttätigkeit, Führerprinzip, Antimarkanismus und Antiparlamentarismus als analytische Kategorien und Klassifikationskriterien herangezogen und auf diese Weise versucht, bestimmte Gruppen oder politische Repräsentanten als faschistisch zu klassifizieren. Andererseits wird versucht, die Beziehungen zwischen den als faschistisch aufgefaßten Erscheinungen und den politischen Gruppen und Traditionen der klassischen französischen Rechten bzw. des französischen Konvervatismus zu klären, um so zu einer historischen Einordnung zu gelangen.

Hinsichtlich der historischen Einschätzung führen diese ideengeschichtlichen bzw. an den äußeren Erscheinungsformen sich orientierenden Analysen insgesamt wenig weiter. Im Grunde lassen sich zwei unterschiedliche Auffassungen feststellen. Eine Historikerschule, deren prominenter Vertreter René Rémond ist, vertritt die Auffas-

¹⁰ Typisch hierfür erscheint NOLTES Werk »Die Krise des liberalen Systems« (s. oben Anm. 4), in dem der Verf. bei der Behandlung der verschiedenen als faschistisch angesehenen Bewegungen in den einzelnen Ländern die in seinem Hauptwerk »Der Faschismus in seiner Epoche« entwickelte phänomenologische Methode praktisch verläßt und sein zentrales Kriterium des »Transpolitischen« zugunsten eines sehr rudimentären Kriteriums des »faschistischen Minimums« praktisch aufgibt.

¹¹ Vgl. oben Anm. 8.

sung, ein Phänomen wie der Faschismus sei den politischen Traditionen Frankreichs völlig fremd, es habe keinerlei gesellschaftlichen Wurzelboden im Lande.¹² Die Ligen und die einst und oft auch heute als faschistisch bezeichneten Gruppen seien im Grunde nichts anderes als zeitgenössische Ausformungen eines traditionellen bonapartistisch-autoritären Nationalismus, der höchstens gelegentlich eine Art faschistische *Couleur* angenommen habe. Dagegen vertreten die Verfasser einer der bisher umfassendsten Darstellungen der Faschismus-Phänomene in Frankreich, Plumyène und Lasierra,¹³ die Ansicht, daß es sich dabei durchaus um bestimmte, wenngleich eigentümliche und sehr unterschiedliche Ausformungen eines Faschismus gehandelt habe. Die Diskussion über dieses Problem dauert noch an. Indessen: die Unterschiedlichkeit und Vielfalt der Erscheinungen sind mit solchen Methoden und Fragestellungen offenbar in keinen Erklärungszusammenhang zu bringen. Soucy kam daher schon vor längerer Zeit in einem bemerkenswerten Aufsatz über das Wesen des französischen Faschismus,¹⁴ in dem er die mit derartigen methodischen Zugriffen gewonnenen Befunde sichtet, zu dem Ergebnis, daß die Grenzlinien zwischen Faschismus und traditionellem Konservatismus in Frankreich verwischt und unklar seien. Ein derartiges Fazit aber läßt nur den Schluß zu, daß die angewandten Fragestellungen und Methoden nur von begrenztem heuristischen Wert sind. Angemessene Kategorien zur historischen Erfassung und Interpretation sind offenbar auf diese Weise nicht zu gewinnen.

Diese Forschungssituation drängt dem kritischen Betrachter die Vermutung auf, daß ideengeschichtliche Vergleiche ebenso wie phänomenologische oder faschismustheoretische Ansätze bei der Analyse der französischen Phänomene zu unbefriedigenden, wenn nicht gar unzulänglichen Ergebnissen führen, – eine Feststellung, die allerdings den hohen Informationswert der bisher vorliegenden und für die geschichtswissenschaftliche Erkenntnis sehr wertvollen Studien keineswegs mindern soll. Die Notwendigkeit, alternative methodische Zugriffe zu erproben, liegt jedoch auf der Hand.

Es ist allerdings in dem hier gegebenen Rahmen nicht beabsichtigt, dieses Problem in seiner ganzen Komplexität zu behandeln oder gar zu lösen. Am Beispiel einiger politisch-sozialer Gruppierungen und Bewegungen, die zu ihrer Zeit wie teilweise auch noch heute als faschistisch bezeichnet werden, soll lediglich versucht werden, eine Richtung möglicher Problemlösungen anzudeuten. Zu diesem Zweck wird hier eine strukturelle und funktionale Analyse bevorzugt, ohne daß dabei die Ergebnisse der ideengeschichtlichen und phänomenologischen Untersuchungen mißachtet werden sollen. Konkret heißt dies, daß erstens die soziale und politische Struktur einiger »Bewegungen« der zweiten Hälfte der 20er und der beginnenden 30er Jahre, nämlich der »Jeunesses Patriotes«, des »Faisceau« und des »Redressement Français« – soweit die Quellen es zulassen – zu untersuchen ist. Eine Sozialanalyse der gesamten Anhängerschaft, von eingeschriebenen Mitgliedern bis zu Sympathisanten – die

¹² R. RÉMOND, *La Droite en France de la Première Restauration à la V^e République*, 2 Bd. Paris 1971; Ph. MACHEFER, *Ligues et Fascismes en France 1919–1939*, Paris 1974 (Dossier Clio).

¹³ J. PLUMYÈNE – R. LASIERRA, *Les Fascismes Français 1923–1963*, Paris 1963.

¹⁴ R. J. SOUCY, *Das Wesen des französischen Faschismus*, in: *Internationaler Faschismus*. (Deutsche Ausgabe des *Journal of Contemporary History*), München 1968 S. 50 und 58.

Grenzlinie ist hier oft gar nicht klar auszumachen – kann aufgrund der Quellenlage nicht geleistet werden. Die soziale Struktur ist vielmehr in der Zusammensetzung der Führungskader und der Aktivisten annäherungsweise erfaßbar. Die politische Struktur solcher Gruppen schlägt sich in ihrer konkreten Politik und in den politischen Richtungs- und Machtkämpfen innerhalb der Führungskader nieder, weniger dagegen in den vor allem taktisch und oft auch propagandistisch-manipulativ formulierten Programmaussagen.

Zweitens sind Funktion und Stellenwert dieser Gruppen innerhalb des politisch-sozialen Herrschaftssystems der Dritten Republik zu untersuchen, und zwar unter Berücksichtigung des Wandels, dem das System gerade in der Kriegs- und Nachkriegszeit unterlag. Dieses Herrschaftssystem läßt sich für unsere Zwecke am besten in einem Strukturmodell erfassen, das sodann auch als analytischer Bezugsrahmen für die Untersuchung dienen kann. Zentrale Elemente unseres Strukturmodells, das auf einer Weiterentwicklung der Auffassungen von Stanley Hoffmann und Michel Crozier beruht, sind mit den Begriffen »Blockierte Gesellschaft« und »republikanische Herrschaftssynthese« zu umschreiben.¹⁵

Die »blockierte Gesellschaft« bildete die sozio-ökonomische Grundlage des Herrschaftssystems. Ihre spezifische Eigenart wurde erstens durch jenen für Frankreichs Gesellschaft und Wirtschaft typischen Dualismus bestimmt, jenem Nebeneinander von fortgeschritteneren und vor-industriellen Sozialgruppen und Wirtschaftsbereichen; und zweitens von deren »prekärer Balance«, die der Wirtschaft und Gesellschaft Frankreichs eine gewisse relative Stabilität verlieh, deren Kehrseite allerdings eine gehemmte bzw. verhinderte Modernisierung war. Den politischen Kern des Herrschaftssystems bildete die »republikanische Synthese«. Sie bezeichnet die auf der Grundlage eines umfassenden Konsensus über die tragenden politischen und sozialen Prinzipien der Republik erfolgte Verbindung jener Teile der Bourgeoisie, die aufgrund ihrer ökonomischen wie politischen Einstellung als liberal zu kennzeichnen ist, mit den demokratischen Mittelschichten in Stadt und Land zur Ausübung der politischen und sozialen Herrschaft. Dieses Arrangement der liberalen Bourgeoisie mit den demokratischen Mittelschichten war im Verlauf der Auseinandersetzung mit jenen konservativen Kräften der Großbourgeoisie erfolgt, die sich nach 1871 mit Teilen von Adel, Kirche und Armee dem laizistisch-liberalen Ausbau der Republik zu widersetzen versucht hatten.

Politisch wurde die liberale Bourgeoisie, welche auch die Interessen des mittleren Bourgeoisie, die in Handel, Mittel- und Kleinindustrie und akademischen Berufen tätig war, sowie der Wirtschaftsbourgeoisie (Schwerindustrie und Banken) vertrat, überwiegend von den Gruppierungen der rechten Mitte bis zur gemäßigten Rechten repräsentiert. Die Mittelschichten in Stadt und Land, deren historischer Kern, der gewerbliche Mittelstand, im Laufe der Entwicklung mit weiteren mittelständischen Berufs- und Sozialgruppen umgeben worden war, fanden ihre politische Repräsen-

¹⁵ Einen Versuch, mit der heuristischen Hypothese des Strukturmodells vom »Organisierten Kapitalismus« einige Erscheinungen der komplexen französischen Szenerie der Zwischenkriegszeit zu erfassen und sie für einen internationalen Vergleich aufzubereiten, habe ich vorgelegt in der oben unter Anm. 9 genannten Arbeit: *French Fascism and Modernisation*.

tanz vornehmlich bei den Gruppierungen der »Radicaux«. Dieses radikal-liberale Bündnis war der politische Ausdruck der »republikanischen Synthese«.

Ihre Konkretisierung in der Herrschaftsausübung erfolgte über ein politisches System, dessen Charakteristikum das »Régime des Assemblées«, die Dominanz des Parlaments, war. Die sozio-ökonomische Interessensphäre wurde durch den parlamentarischen Mechanismus mit der politisch-administrativen Herrschafts-Sphäre vermittelt. Dadurch fanden die unvermeidlichen Gegensätze in sozialen und ökonomischen Fragen eine institutionalisierte politische Austragungsmöglichkeit, was sich nicht nur in verschiedenartigen und wechselnden Regierungsmehrheiten ausdrückte, sondern auch in häufigen ad-hoc-Interessenkoalitionen quer durch unterschiedliche politisch-parlamentarische Gruppierungen. Die oft mit negativem Unterton als politische Zersplitterung bezeichnete Fragmentierung der Kräfte der Mitte und der gemäßigten Rechten war unter diesem Aspekt geradezu eine wesentliche Voraussetzung zur möglichst umfassenden und flexiblen Wahrung vielfältiger sozio-ökonomischer Interessen im politischen Entscheidungsbereich von Legislative und Exekutive. Für die weitere Entwicklung dieses Systems waren in unserem Zusammenhang drei Momente von besonderer Bedeutung:¹⁶

Erstens hatten etwa seit dem Ersten Weltkrieg wesentliche Teile jenes der laizistisch-liberalen Republik bisher ablehnend gegenüberstehenden konservativen Bürgertums und der diesem politisch-ideologisch nahestehenden Gruppen, wie die dem Katholizismus verbundenen Bevölkerungsteile, begonnen, sich allmählich dem republikanischen System anzunähern. Der Öffnungsprozeß bot diesen Kräften nicht nur zunehmend bestimmte Partizipationschancen, sondern wirkte sich auch modifizierend auf die »republikanische Herrschaftssynthese« aus. Es kam zu einer Art Amalgamierung von Gruppen der konservativen Rechten mit dem System der »republikanischen Synthese«.¹⁷

Zweitens traten im Gefolge des Ersten Weltkriegs bestimmte ökonomische und soziale Veränderungen auf, welche zwar die »blockierte Gesellschaft« nicht grundlegend veränderten, jedoch zu einer spürbaren Verschärfung der gesellschaftlichen Gegensätze führten. Seit Mitte der 20er Jahre kam es zu einem bemerkenswerten Aufschwung moderner Wachstumsindustrien, wie der Großchemie, der Elektro- und

¹⁶ Vgl. St. HOFFMANN, *Paradoxes of the French Political Community*, in: St. HOFFMANN et al. (Hrsg.), *In Search of France*, Cambridge (Mass.) 1963 sowie M. CROZIER, *The Stalled Society*, New York 1973; vgl. dazu weiterhin die in Anlehnung an Hoffmann und Crozier entwickelten und auf den außenpolitischen Entscheidungsprozeß angewandten Gedanken von R. A. HÖHNE, *Faktoren des außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses innerhalb der gemäßigten Rechten Frankreichs in den Jahren 1934–1936. Eine historisch-politologische Studie zum Verhältnis von Gesellschaftssystem und Außenpolitik*, Diss. Berlin 1968; sowie Ders., *Die strukturellen Bedingungen der französischen Außenpolitik 1919–1939*, in: *Sozialwissenschaftliche Forschungen; Arbeitsbericht des Zentralinstituts 6 der Freien Universität Berlin 1972–1975*, Im Auftrag des Institutsrates zusammengestellt und bearbeitet von Ute SCHMIDT, München 1975 (= *Berichte und Materialien des Zentralinstituts für sozialwissenschaftlich Forschung (ZI 6) der Freien Universität Berlin*, Band 3).

¹⁷ Vgl. hierzu R. RÉMOND, *La Droite* (wie Anm. 12) Bd. I, S. 194ff. und Ph. BERNARD, *La fin d'un monde 1914–1929*, Paris 1979 (= *Nouvelle Histoire de la France Contemporaine*, vol. 12) sowie ders., und A. LATREILLE, *Histoire du Catholicisme en France*, III, *La Période Contemporaine*, Paris 1962.

Ölwirtschaft, der Automobilindustrie sowie bestimmter Bereiche des Dienstleistungssektors, unter anderem des Versicherungswesens.¹⁸

Drittens hatten diese ökonomischen Veränderungsprozesse unmittelbare soziale Auswirkungen. Insbesondere die für den »neuen Mittelstand« konstitutiven Sozialgruppen, vor allem kaufmännische und technische Berufe, aber auch die Angehörigen moderner staatlicher wie privater Dienstleistungsbranchen gewannen nunmehr neben der Industriearbeiterschaft stärkeres Gewicht.¹⁹

Diese sozio-ökonomischen Veränderungen beeinflussten in hohem Maße die Reaktion der französischen Politik auf die schwerwiegenden Herausforderungen, welche die Bewältigung der Kriegsfolgeprobleme für die Gesellschaft Frankreichs darstellte. Das wurde vor allem im Bereich der Finanz-, Steuer- und Geldpolitik deutlich; indirekt strahlten sie aber auch auf fast alle anderen politisch-gesellschaftlichen Bereiche aus.²⁰

Somit hatte diese Entwicklung, insbesondere jene soeben erwähnten drei Momente – erstens der »Ralliement« von Teilen der Konservativen Rechten, zweitens die ökonomischen Veränderungen im industriewirtschaftlichen Bereich sowie, drittens, die daraus resultierenden gesellschaftlichen Wandlungen – nicht nur allgemeinen Einfluß auf die weitere Entwicklung des politisch-sozialen Herrschaftssystems, sondern jene Momente standen auch in unmittelbarem Zusammenhang mit den von uns nunmehr zu betrachtenden politischen Erscheinungen innerhalb des Spektrums der französischen Rechten, insbesondere in ihren konservativen und extremistischen Teilen, und darüber auch mit spezifischen, neuartigen Phänomenen, die nur sehr bedingt der Rechten zuzuwenden sind.

II. »Les Jeunesses Patriotes«: Politische Modernisierung der konservativen Rechten

Sieht man von der »älteren« »Action Française« einmal ab, so traten in Frankreich bereits seit Mitte der zwanziger Jahre Gruppierungen auf, die schon von Zeitgenossen, insbesondere von politischen Gegnern als »faschistisch« bezeichnet wurden. Die fraglos nach Zahl und politischem Gewicht bedeutendste Gruppe bis etwa 1934 – danach wurde sie von der »Croix de Feu« wohl überflügelt – war damals die »Ligue des Jeunesses Patriotes«.²¹

¹⁸ Außer den allgemeinen wirtschaftsgeschichtlichen Darstellungen wie dem klassischen Werk von Alfred SAUVY, *Histoire Economique de la France entre les deux guerres*, 2 Bde Paris 1967 vgl. vor allem R. F. KUISEL, *The Social-economic Modernisation of France in the 20th Century*, Berkeley 1968.

¹⁹ Hierzu G. DUPEUX, *French Society 1789–1960*, London 1976, S. 16ff., 21ff., 132, 155, 206ff. und P. SORLIN, *La Société Française*, Bd. 2, Paris 1971, S. 88, 103f., 168ff.

²⁰ Vgl. hierzu die insbesondere einschlägigen Kapitel in C. S. MAIER, *Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I*, Princeton 1975. – Zu den drei im Text genannten Entwicklungsmomenten vgl. auch die beiden, reichhaltiges Material enthaltenden lehrbuchartigen Darstellungen von C. FOHLEN, *La France de l'Entre-deux-Guerres 1917–1939*, Paris 1972 und Y. TROTIGNON, *La France au XX^e Siècle*, Bd. I, Paris 1968.

²¹ Zu den Jeunesses Patriotes vgl. J. PHILIPPET, *Les Jeunesses Patriotes et Pierre Taittinger (1924–1940)*, Memoire I.E.P. Paris 1967 (unveröffentlicht), der vornehmlich die einschlägige Publizistik und einige private Archivalien auswertet; dagegen beruhen die Arbeiten von C. OLANIÉ-LEGAC, *Les Jeunesses*

Um zu einer historischen Einordnung und Erklärung dieses Phänomens zu gelangen, fragen wir zunächst nach Ursachen und Umständen ihrer Entstehung.

Die »Jeunesses Patriotes« (J. P.) werden in der Literatur übereinstimmend mit dem Sieg des »Cartel des Gauches« im Frühjahr 1924 und insbesondere mit der machtvollen, von der Bourgeoisie als bedrohende Herausforderung verstandenen Demonstration der Linken anlässlich der Überführung der sterblichen Überreste von Jean Jaurès ins Pantheon (November 1924) in Verbindung gebracht: »Aus der Erregung, die daraus resultierte, gingen vor allem die Jeunesses Patriotes hervor, welche von dem Pariser Abgeordneten Pierre Taittinger gegründet wurden . . .« Ernst Nolte sieht daher in den J. P. einen Ausdruck des bürgerlichen Antikommunismus, der für ihn eine der Wurzeln des französischen Faschismus der dreißiger Jahre war.²² Die französische Forschung ordnet sie in die politische Ideengeschichte Frankreichs und in die ligistischen Traditionen der französischen Rechten ein.²³ Sie bestimmt sie als modernen Ableger der Patrioten-Liga Deroulèdes, die damals in der Frontstellung gegen das »Cartel des Gauches« eine Renaissance erlebte und in deren organisatorischen Zusammenhang sie sich zunächst entwickelt haben. Ideologisch werden die J. P. trotz einiger italienisch-faschistischer Spurenelemente überwiegend als Ausdruck einer in Frankreich stets lebendigen bonapartistischen und autoritär-nationalistischen Tradition aufgefaßt. Ihre paramilitärische Organisationsstruktur wird dagegen meist als zeitkoloritische Beigabe angesehen.

Was die Umstände ihrer Entstehung anbetrifft, so ist die These, die J. P. seien Teil einer bürgerlichen Schreckreaktion auf den Wahlsieg des »Cartel des Gauches« vom Mai 1924 und auf die Manifestationen linken Macht- und Siegesbewußtseins gewesen, nicht stimmig. Bei dieser These handelt es sich lediglich um eine einigermaßen plausible Zusammenschau von ungefähr gleichzeitig auftretenden Erscheinungen, die zwar nicht ganz unabhängig voneinander waren, die jedoch analytisch genau zu unterscheiden sind. Die Reaktionsthese ist erstens schon deswegen nicht überzeugend, weil – wie die Quellen zeigen – die ersten Initiativen zur Gründung einer solchen politischen Gruppierung schon vor dem damals als spektakulär und von der Rechten als katastrophal empfundenen Wahlsieg der Linken erfolgten. Zweitens zeigt eine eingehende Analyse der Umstände ihrer Entstehung, daß die Begründung der J. P. in einem weit umfassenderen Kontext zu sehen ist, als nur in dem Augenblickszusammenhang des linken Wahlsieges. Zunächst ist – was den Zeitpunkt der Entstehung angeht – darauf zu verweisen, daß schon Ende 1923 jüngere Politiker und Abgeordnete der konservativen Rechten, die meist der Generation der Kriegsteilneh-

Patriotes (1924–28), *Mémoire de Maîtrise*, Université de Paris IV, 1978, und K.-J. MÜLLER, Die französische Rechte und der Faschismus in Frankreich 1924–1932, in: D. STEGMANN, B. J. WENDT, P.-Ch. WITT (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System, Beiträge zur politischen Sozialgeschichte*, Bonn 1978, S. 413–430, auf den in den Archives Nationales, Paris (AN), vorhandenen Materialien der Serie F7 (Police Générale); im folgenden stützen wir uns vornehmlich auf die Bestände Nr. 13.232 (1925–32 »Notes sur l'activité politique«), 13.233 (Präfektur-Berichte 1926), 13.234 (Präfektur-Berichte 1927/28), 13.235 (»Activités J. P. 1928–1932«) sowie 12.952–12.958 (Allgemeine Lageberichte »Notes Jean« 1924–1931).

²² E. NOLTE, *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen*, München 1966 (= dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4), S. 294f.

²³ Vgl. RÉMOND (wie Anm. 12) Bd. 1, S. 210ff.; MACHEFER (wie Anm. 12) S. 10ff.; PLUMYÈNE u. LASIERRA (wie Anm. 13) S. 28ff.; OLANIÉ-LE GAC (wie Anm. 21) S. 3–21, sowie vor allem PHILIPPET (wie Anm. 21) *passim*.

mer angehörten, sowie Aktivisten der Patriotenliga den Gedanken erwogen hatten, man müsse, ungeachtet aller unterschiedlichen, oft divergierenden Tendenzen auf der politischen Rechten, eine große konservativ-nationale Sammlungsbewegung organisieren.²⁴ Die unübersehbaren Auflösungserscheinungen der Parlamentsmehrheit des »Bloc National« sowie Tendenzen innerhalb der »Radicaux«, Wahlarrangements mit den Sozialisten zu erwägen, waren angesichts der bevorstehenden Wahlen der aktuelle Anlaß. Aufgrund eines Aufrufes im bonapartistischen Organ »Le Drapeau« vom 25. März 1924 trafen sich am 10. April Persönlichkeiten der unterschiedlichsten Richtungen der Rechten, von Vertretern antidemokratisch-monarchistischer Tendenz über bonapartistisch eingestellte Politiker bis zu republikanischen Nationalisten, um zu erörtern, wie für die kommenden Wahlen alle Kräfte der konservativen und liberalen Rechten organisatorisch und propagandistisch zusammengefaßt werden könnten.²⁵ Das gelang allerdings bis zu den Wahlen von 1924 noch nicht.

Viel bedeutsamer als diese momentane Ergebnislosigkeit war sodann jedoch, daß solche Initiativen weder ein isoliertes noch ein situationsbedingtes Phänomen waren. Sie waren mehr als bloße Bemühungen um eine zeitlich begrenzte Wahlallianz, wie es bei oberflächlicher Betrachtung zunächst erscheinen mag. Jene Persönlichkeiten, die sich im April 1924 zusammenfanden, hatten über alle wahltaktischen Erwägungen hinaus ein wesentlich anspruchsvolleres Ziel ins Auge gefaßt: die politische Neustrukturierung und Konzentration der gesamten Rechten.

In dieser Hinsicht gab es aufschlußreiche Vorläufer. Bereits 1919 hatten Politiker der republikanischen Rechten, an ihrer Spitze André de Fels, Député von Seine-et-Oise, den »Parti Républicain de Réorganisation Nationale«²⁶ begründet, dem Deputierte des »Bloc National« angehörten. In seinen Reihen waren vor allem Persönlichkeiten zu finden, die später zur Führungs-Equipe der »Jeunesses Patriotes« oder zu deren Sympathisanten gehörten wie de Warren und Le Provost.²⁷ Die neue Parteinu- gruppierung umfaßte Elemente von sehr unterschiedlichen politischen Positionen im rechten Spektrum, etwa aus dem Umkreis des sozialen Katholizismus oder der konservativ-nationalistischen »Fédération Républicaine« sowie bonapartistische und republikanische Nationalisten. Zu den Mitbegründern der Partei gehörte auch der Abgeordnete von Charente Inf., Pierre Taittinger, später der dynamische Führer der »Jeunesses Patriotes«.²⁸ Der in der Literatur meist erwähnte bonapartistisch-monarchistische Familienhintergrund Taittingers ist angesichts seiner politischen Aktivitäten für die Kennzeichnung seiner Anschauungen und für die Grundrichtung seines politischen Wirkens weit weniger von Bedeutung als die Tatsache, daß er schon damals als jüngerer Abgeordneter der Kriegsgeneration auf die Notwendigkeit einer

²⁴ AN F7-13.232 (vor allem den zusammenfassenden Bericht v. Mai 1925), 12.950 (Bericht v. 28. 1. 1926) und 13.241, vgl. PHILIPPET (wie Anm. 21) S. 8ff., OLANIÉ-LE GAC (wie Anm. 21) S. 3ff.

²⁵ Ibid.

²⁶ Vgl. Henry COSTON, Dictionnaire de la Politique Française, Bd. 1, Paris 1967, S. 814.

²⁷ Vgl. COSTON (wie Anm. 26) Bd. 2 (Paris 1972), S. 684 (de Warren), 390 (Gaston Le Provost de Launay); Bd. 1, S. 97 (Joseph Barthélémy).

²⁸ Über Taittinger vgl. insbesondere OLANIÉ-LE GAC (wie Anm. 21) S. 22ff. und PHILIPPET (wie Anm. 21) S. 10ff., COSTON (wie Anm. 26) Bd. 1, S. 998f. und 569f. sowie, EUGEN WEBER Action Française. Royalism and Reaction in Twentieth-Century France, Stanford 1962, S. 155. Polizeiberichte über Taittinger u. a.: AN F7-13.232 (vom 4. 3. 26 und 12. 7. 26).

»unité des nationaux«, einer politischen Zusammenfassung all der verschiedenen Strömungen und Tendenzen der ideologisch wie politisch traditionell zersplitterten französischen Rechten verwies.

Daß die Idee einer umfassenden Konzentration aller Kräfte von der nationalistisch-liberalen bis zur konservativen Rechten von nicht wenigen Politikern aufgegriffen wurde, ist ein Indiz für einen Umstrukturierungsprozeß auf der Rechten, auf den auch etliche andere, bislang in ihrer historischen Bedeutung nicht recht erfaßte Vorgänge hinweisen. Schon Anfang 1922 tauchten in republikanisch-konservativen Blättern Meldungen und Aufrufe auf, die eine »Action Nationale Républicaine« ankündigten.²⁹ »Le Temps« und »L'Eclair« verbreiteten ein Manifest der ANR, in dem die im »Bloc National« vereinten politischen Gruppierungen aufgefordert wurden, sich zu einer das ganze Land umfassenden politischen Kampagne zu vereinen, um die außerparlamentarische Basis der Kammermehrheit zu konsolidieren und künftige Wahlen vorzubereiten. Ein Kommentator bemerkte dazu, die ANR solle eine neue Partei darstellen, die als Repräsentation der vereinigten Rechten auftreten wolle.³⁰ Initiator war François Arago, Vizepräsident der Kammer und einer der parlamentarischen Führer der die Kammermehrheit mittragenden rechtskonservativen »Entente Républicaine Démocratique«. Hintergrund dieser Initiative war das allmähliche Zerbröckeln der Majorität des »Bloc National«. Flügelkämpfe innerhalb der »Entente Républicaine« konnten von Arago immer weniger unter Kontrolle gehalten werden. Kreise aus dem christlich-demokratischen Lager, etliche Mitglieder der liberalen Rechten zuzurechnenden »Gauche Républicaine Démocratique« und einige Unabhängige, wie z. B. Reibel und Paul Reynaud, erwogen die Möglichkeit einer »Union de Gauche« mit den »Radicaux«. Arago versuchte daher, unterstützt von Großindustrie, Banken und Großhandel,³¹ eine politische Gruppierung der konservativen Rechten und der rechten Mitte zu schaffen, um den »Bloc National« zusammenzuhalten.³² Die ANR steht somit ebenfalls in der Reihe von Versuchen, durch politische Konzentration die Position der Rechten insgesamt gegenüber Mitte-Links-Tendenzen zu konsolidieren. Die in diesen Versuchen sich manifestierende Tendenz verstärkte sich – Aragos Bemühungen sind ein Indiz dafür – je mehr der bürgerliche Konsensus unter den Problemen der Kriegsfolgen zu zerbröckeln drohte. Die wachsende Labilität der »Bloc National« Majorität war ein symptomatisches Warnzeichen. Obendrein tauchte seit Mitte/Ende 1923 die Gefahr der großen Alternative zu dem System der republikanischen Synthese auf: eine Öffnung der »Radicaux« zu den Sozialisten hin. Die Radikal-Sozialisten hatten sich unter dem Schock der Wahlniederlage von 1919 eines Prozesses kritischer Reflexion und Neuorientierung unterzogen. Sie hatten nicht nur ihre Parteistruktur gestrafft, sondern sich auch mit wachsendem Erfolg das Image einer Reformpartei zu geben vermocht. Die Voraussetzungen für eine wie immer geartete Öffnung nach Links waren damit vorhanden. Herriots Rede vom 1. 6.

²⁹ AN F7-13.241 (Bericht vom 12. 1. 22); Manifest der ANR im Eclair vom 5. 1. 22. Vgl. auch COSTON (wie Anm. 26) Bd. 1, S. 20.

³⁰ AN F7-13.241 und Le Temps vom 6. 1. 22.

³¹ AN F7-13.241 (Bericht vom 12. 1. 22).

³² Ibid.

1923 sowie regionale Kooperationen zwischen »Radicaux« und SFIO waren für die Rechte bestürzende Alarmzeichen.³³

Man sieht also: es hat erstens seit 1919 durchgängige Tendenzen gegeben, die liberale Rechte mit jenen Gruppierungen der konservativen Rechten, die den »ralliement républicain« verkörperten, in einer rechts-republikanischen Sammelbewegung politisch-organisatorisch zu konzentrieren und damit die Zersplitterung der Rechten zu überwinden, nachdem angesichts der Entwicklung seit 1914 die ideologischen Trennlinien sich stark verwischt hatten. Derartige Tendenzen waren somit Ausdruck für jenen Prozeß des »ralliement républicain«, also der fortschreitenden Amalgamierung von Teilen der konservativen Bourgeoisie mit dem System der »republikanischen Herrschaftssynthese«, der ungefähr mit dem Ersten Weltkrieg in Gang gekommen war.

Diese Tendenz hatte nunmehr zweitens eine akute Intensivierung erfahren aufgrund der nicht mehr auszuschließenden Möglichkeit, daß das System der »republikanischen Synthese« sich durch eine eventuelle Öffnung nach links verändern, mindestens aber eine Schwerpunktverlagerung durchmachen könnte. Angesichts dieser Situation lag der Gedanke nahe, die verschiedenen Fraktionen und Gruppierungen des rechten Spektrums zusammenzufassen und einen solide fundierten und strukturierten Rechtsblock zu schaffen, der jegliche Links-Öffnung unmöglich machen würde. Manche Vertreter der konservativen wie der liberalen Rechten sahen darin ein geeignetes Mittel, den unter dem Druck der Kriegsfolgelasten zerbröckelnden bürgerlichen Konsensus zu erhalten und zu stabilisieren.

Die J. P. waren also primär ein in ligistischer Form sich darstellendes Symptom für eine entscheidende Phase in der politischen Entwicklung der französischen Rechten und zugleich sekundär eine Reaktion auf die drohende Linksöffnung des Herrschaftssystems; ganz gewiß aber waren sie weit mehr als nur ein Ausdruck akuter bürgerlicher Schreckreaktion auf den Wahlausgang. Sie standen vielmehr in einer Reihe analoger Erscheinungen seit dem Ende des Krieges, die alle tendenziell darauf ausgerichtet waren, die verschiedenen Kräfte der liberalen und der konservativen Rechten im Rahmen des republikanischen Herrschaftssystems zu integrieren und sie zu einer bedeutenden politischen Kraft zu machen, durch die das republikanische Herrschaftssystem auf breiter rechter Basis neu fundiert werden sollte.

Um den politischen Ort der J. P. präziser zu bestimmen, als dies durch eine Analyse ihrer Genesis bereits möglich war, ist zunächst ein Blick auf die Führungs-Equipe und deren konkrete Politik angebracht.

Zwischen 1919 und Ende 1923 waren alle Versuche, die verschiedenen Kräfte der Rechten zu sammeln, an den Interessendivergenzen und den überkommenen ideolo-

³³ Vgl. über diese Entwicklung, die regional schon seit Sommer 1921 begann, als im Departement Hautes Alpes eine Blockbildung Radicaux/Sozialisten gegen Bloc National erfolgte: T. JUDT, *The French Socialists and the Cartel des Gauches of 1924*, in: *Journ. Contemp. Hist.* 11 (1976), S. 202 ff. Zur Politik der Radicaux vgl. M. SCHLESINGER, *The Development of the Radical Party in the Third Republic: The New Radical Movement 1926–32*, in: *Journal of Modern History* 46 (1974), S. 476–501; eingehende Behandlung des Zerfalls des Bloc National bei Ch. S. MAIER, *Recasting Bourgeois Europe*, Princeton 1975, S. 304 ff., 421 ff., 458 ff.

gisch-politischen Barrieren zwischen den verschiedenen Fraktionen der liberalen und der konservativen Rechten gescheitert. Die Gründungs-Equipe der J. P., die eine auffallende personelle und politische Kontinuität zu den bisherigen Bemühungen um eine rechte Sammlung repräsentierte,³⁴ sah sich daher vor die Aufgabe gestellt, durch eine breit angelegte Mobilisierung die vorhandenen Hindernisse zu überwinden und zu einer effektiven Integration zu kommen. Derartige Mobilisierungs- und Integrationsbemühungen erfolgten auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Methoden.³⁵ Im Vordergrund der Szene waren der schon von zeitgenössischen Betrachtern konstatierte militante Antikommunismus und die paramilitärische Organisationsform³⁶ – beide in der einschlägigen Literatur oft als Faschismusindikatoren mißverstanden³⁷ – Ausdruck dieser Mobilisierungs- und Integrationsstrategie. Konkret setzte sie sich um in ungewöhnlich heftige politische Attacken und spektakuläre, straff organisierte Manifestationen, in tätlichen Auseinandersetzungen mit kommunistischen Gruppen, bei denen sich besonders die studentische Organisation der J. P., die »Phalanges universitaires«, hervortaten, sowie in schrille, mit großem Propaganda-Aufwand artikulierte Warnungen vor einer aufziehenden kommunistischen Gefahr. Von dieser konnte zwar keine Rede sein.³⁸ Aber der Slogan von der bolschewistischen Gefahr war auch nur eine Chiffre für die mögliche sozialistisch-radikale Entente, für drohenden Abbau von Privilegien, für die mögliche Einführung eines gerechteren Steuersystems.³⁹ Hier wurden schlichtweg sozio-ökonomische Bedrohungsvorstellungen ausgenutzt bzw. gar erst suggeriert. Sie dienten genauso wie die kämpferisch-militante Selbstdarstellung der J. P. auf Straßen und in Versammlungssälen den Mobilisierungs- und Integrationsbestrebungen einer umfassenden rechten Sammlungspolitik.

Das sind indessen nur Vordergrundaspekte. Der politische Stellenwert der J. P. und damit zugleich ihre historische Dimension kann auf einer anderen Ebene noch deutlicher gemacht werden. Zu diesem Zwecke wären zu untersuchen: erstens die Zusammensetzung, Entwicklung und politische Basis der Führungs-Equipe der J. P.; zweitens Schwerpunkte und Präferenzen der tatsächlich betriebenen Politik im

³⁴ AN7-13.241, 12. 9. 48 und AN F7-13.232: Zus. fass. Polizeibericht vom Mai 1925 mit Hinweisen auf Vorläufer der J. P.; vgl. auch COSTON (wie Anm. 26) Bd. 1, S. 814. Außer Taittinger u. a. Soulier, Désiré Ferry, Provost.

³⁵ Eingehende Darstellung bei PHILIPPET (wie Anm. 21) und bei OLANIÉ-LE GAC (wie Anm. 21) außerdem zahlreiche Berichte und Analysen in AN F7-13.232-13.235.

³⁶ Ibid.

³⁷ Die Literatur folgt darin der zeitgenössischen Einschätzung durch politische Gegner: vgl. PLUMYÈNE u. LASIERRA (wie Anm. 13) S. 7ff. sowie z. B. Tribune du Peuple vom 23. 7. 1925 »Le Chef Fasciste Taittinger«. In einer Reihe von Polizei- und Präfekten-Meldungen wird der Faschismus-Vorwurf übernommen: vgl. u. a. AN F7-13.233 (Rapp. Police Pol. v. 12. 6. 25 und 26. 2. 1926). Die J. P. wehrten sich erbittert gegen die Einstufung als Faschisten; vgl. u. a. AN F7-13.233 Rapp. Pol. v. 16. 5. 26, 5. 1. 26; und AN F7-13.235 (Rapp. Pol. v. 2. 12. 1929): die J. P. seien – so führte ein J. P. Redner aus – »ni fascistes ni belliqueuses«.

³⁸ Vgl. zur Mitgliederentwicklung der P.C.F. die minuziöse Untersuchung von Annie KRIEGEL, *Le Parti Communiste français sous la Troisième République (1920-1939). Evolution de ses effectifs*, in: Rev. française de Sc. Pol. 16 (1966), S. 5-35, bes. S. 32 ff. Allerdings gewann die PCF im Juni 1924 sechzehn Sitze in der Kammer hinzu.

³⁹ Vgl. auch MAIER (wie Anm. 33) S. 421 ff., 465 ff., 476 ff.

Unterschied zu nur programmatisch-propagandistischen Proklamationen und Postulaten.

Was die Zusammensetzung der J. P.-Führungsmannschaft angeht, so folgt die wissenschaftliche Literatur der auch in zeitgenössischen Polizeiberichten verwendeten Methode klischeehafter, individualisierender Klassifizierung. Es werden etliche als »Royalisten« und »Katholiken« bezeichnete Personen genannt, überwiegend aber Vertreter »bonapartistischer Tendenz« festgestellt. Aufgrund solcher Befunde erfolgt eine entsprechende politische Eingruppierung auch der Bewegung.⁴⁰ Diese Methode ist offenkundig unzureichend. Die verwandten Einordnungskriterien sind unscharf, daher wenig aussagekräftig. Aufschlußreicher ist es, die Entwicklung in der Zusammensetzung der Führungs-Équipe und ihrer politischen Tendenzen zu analysieren. Dann wird die politische Eigenart der J. P. klarer erkennbar. Es lassen sich mehrere aufschlußreiche Phasen unterscheiden, die sowohl durch Sezessionen und Ausschlüsse wie durch Ententen und Zusammenschlüsse gekennzeichnet werden.⁴¹

Eine erste Entwicklungsstufe wäre als allgemeine Sammlungsphase zu kennzeichnen. Damals schloß sich der Herausgeber der Zeitschrift »La Revue Française«, Antoine Redier, mit der von ihm im Sommer 1924 begründeten nationalistischen, antiparlamentarischen Frontkämpfer-Vereinigung »La Légion« dem Initiativkreis um Taittinger an und wurde in das Direktorium der J. P. aufgenommen.⁴² Die Führung der konservativen »Fédération Nationale Catholique« unter General de Castelneau unterstützte die neue politische Bewegung finanziell, personell und moralisch.⁴³ Sie brachte Anhänger aus katholisch-konservativem Milieu vor allem in Ost-

⁴⁰ Vgl. AN F7-13.232 Pol. Geheimbericht A. 2.449 (1925), wo die Führungsequipe eingestuft wird in sieben »bonapartistes« (darunter Taittinger), zwei »royalistes«, zwei »nationalistes« und je einem »fasciste«, »bonapartiste-fasciste« und »nuance royaliste«.

⁴¹ Folgende Entwicklungsskizze aufgrund der Polizeiakten AN F7-13.232 (1925–32 »Notes sur l'activité politique«), 13.233 (Präfektur-Berichte 1926), 13.234 (Präfektur-Berichte 1927/28), 13.235 (»Activité J. P. 1928–1932) sowie 12.952–12.958 (Allgemeine Lageberichte »Notes Jean« 1924–1931). Einzelnachweise müssen aus Raumgründen einer größeren Studie vorbehalten bleiben, die der Verf. vorbereitet. Vgl. auch allgemein die ausführlichen Darstellungen der faktischen Entwicklung bei OLANIÉ-LE GAC (wie Anm. 21) S. 22–58 und 69–112 sowie PHILIPPET (wie Anm. 21) Kp. 1–3.

⁴² AN F7-13.208 (Polizei-Bericht v. 12. 3. 1925): hiernach ist »La Légion als eine ausschließlich ehemaligen Frontkämpfern vorbehaltene Sammlungsbewegung (= das Organ der Gruppierung, ein Sonntagsblatt, trug den Namen »Rassemblement«) am 25. 8. 1924 begründet worden. Zur Einschätzung hieß es in dem Bericht: »... si le but dévoilé est la conquête du pouvoir, les moyens de la réaliser demeurent assez obscurs.« Ein halbes Jahr nach der Gründung bestanden bereits »Sections« in mehr als zehn Städten des Nordens, des Westens und des Südostens; die wenigen Quellen, die etwas über das Sozialprofil der Vereinigung aussagen, weisen auf eine Dominanz der Vertreter des alten und neuen Mittelstandes, auf ehemalige Militärs und Freiberufler hin; Bauern, Arbeiter und Vertreter des Großbürgertums sind kaum vertreten.

⁴³ An der Finanzierung beteiligten sich lt. versch. Polizei-Berichte (AN F7-13.232) außer der Fédération Catholique (Bericht Mai 1925) wahrscheinlich die Union Minière (Bericht v. 3. 3. 1927), diverse Banken u. a. die Banque de Paris et des Pays-Bas und der Crédit Lyonnais, sowie Maurice und Henri Rothschild, Louis Renault, J. Worth (AN F7-13.233, Bericht v. 29. 9. 1925). Vgl. auch die Angaben bei PHILIPPET (wie Anm. 21) S. 30. Nach J.-N. JEANNENEY, François de Wendel en République. L'Argent et le Pouvoir 1914–1940, Paris 1976, S. 485, hat der lothringische Großindustrielle F. de Wendel, der Marins Fédération Républicaine angehörte, von 1928 bis 1932 die Jeunesses Patriotes mit Summen zwischen 5000 und 25000 Francs unterstützt. Diese finanzielle Hilfe wurde Taittinger nach Gründung der PRNS nicht mehr gewährt (ebd.), weil de Wendel in dieser Partei eine Konkurrenz gegen die UDR/Fédération Républicaine sah (S. 430f.).

und West-Frankreich. Zustrom kam aber auch aus progressiven Kreisen des französischen Katholizismus wie der »Avant-Garde Catholique« und dem »Parti Démocrate Populaire«. Die Patrioten-Liga und die »Ligue Républicaine Nationale« Millerands verfolgten die Gründung der J. P. mit Sympathie und gaben Hilfestellung. Aktivisten aus der »Action Française« und aus den Organisationen der »Ancients Combattants« stießen zu ihr. Der konservative Abgeordnete Pastor Soulier sicherte Unterstützung aus Kreisen des politischen Protestantismus Frankreichs. Die »Fédération Républicaine«, Unabhängige Republikaner und andere Modéré-Gruppierungen kooperierten mit den J. P. Zahlreiche Parlamentarier und Politiker aller Schattierungen der Rechten wie Ybarnégarey, de Kérillis, Misoffe, Madelin und Scapini traten als Redner und Sympathisanten für sie auf. Die Kontakte der J. P. erstreckten sich bis zu den »Républicains Novateurs« und den »Républicains de Gauche«. In den Departementen des Westens, Ostens und Südens kam es zu Kooperationen und zu regionalen wie örtlichen Zusammenschlüssen mit dortigen ligistischen Organisationen. Als Ende 1925 Georges Valois den »Faisceau« gründete, fanden sich im Zeichen einer rechten Sammlungspolitik auch der Generaldelegierte der J. P. und ihr einstiger Generalsekretär auf der Tribüne der Gründungsversammlung ein.

Damit begann bereits der Übergang zur nächsten Entwicklungsstufe. Sie ist als Phase der Klärung zu bezeichnen, die durch Richtungskämpfe, Abspaltungen und Ausschlüsse gekennzeichnet wurde. Bereits im Februar 1926 lösten die J. P. ihre enge Kooperation mit der Patriotenliga und der »Fédération Nationale Catholique«. Das war ein Reflex der raschen quantitativen und regionalen Ausbreitung der Bewegung; es war aber auch ein Akt der Emanzipation einer dynamischen und modernere Methoden praktizierenden Bewegung von den Ligen des älteren Typs. Vor allem war es ein Anzeichen dafür, daß die J. P. gegenüber der Republik und dem parlamentarischen System eine Haltung einnahmen, die sich von dem primär protestlerischen und außerparlamentarischen Charakter der älteren Ligen deutlich unterschied.

Fast gleichzeitig kam es auch zu einer Abgrenzung nach der anderen Seite, nämlich gegenüber einem Rechtsextremismus, der auf grundlegende Veränderung des sozio-ökonomischen und politischen Systems abzielte.⁴⁴ Mehrere Mitglieder des Direktoriums der J. P. hatten damals eine Politik zugunsten des betont antiparlamentarischen, radikal-modernistischen »Faisceau« befürwortet und gegen die – wie sie mit aufschlußreicher Formulierung argumentierten – »Politiker Taittinger, Ferry und Soulier« in der Führung der J. P. Front gemacht. Ihr Ausschluß erfolgte mit der bezeichnenden Begründung, sie seien »faschistisch«. Die ausgeschlossenen Persönlichkeiten waren, wie ein Polizeibericht es formuliert, junge dynamische Aktivisten, denen die Führungsgruppe unter Taittinger zu zahm sei; sie strebten autoritäre Lösungen an und hatten vor allem Veränderung, nicht Erhaltung auf ihre Fahnen geschrieben. Aus den gleichen Gründen trat damals auch Redier aus dem Direktorium

⁴⁴ Vgl. dazu die in Anm. 38 angegebenen Quellen. Briefwechsel Taittinger – de Castelneau anlässlich der Trennung, abgedruckt bei PHILIPPET (wie Anm. 21) S.36 ff.

⁴⁵ Zum folgenden vgl. AN F7-13.232 (Berichte v. Mai 1925, September 1926), 13.233 (Berichte v. 16. 12. 1925, Juli 1925, sowie Berichte von September bis November 1925); allgemein vgl. auch OLANTÉ-LEGAC (wie Anm. 21) S.20 ff. und PHILIPPET (wie Anm. 21) S.32 ff. (z. T. beruhend auf Privatarchiven ehemaliger Anhänger).

der J. P. aus, nachdem er vergeblich versucht hatte, die J. P. zugunsten seiner eigenen Bewegung »La Légion« zu spalten. Er rief die Mitglieder der »Légion« wie auch die anderen J. P.-Anhänger auf, sich dem »Faisceau« als der einzigen existierenden wahrhaft antiparlamentarischen Kraft anzuschließen. Der Führung der J. P. aber warf er bezeichnender Weise »électorisme« vor. Für Redier bedeutete dies mehr eine Art Flucht nach vorn, denn seit Anfang 1926 waren seine Anhänger in zunehmenden Maße von sich aus bereits zum »Faisceau« übergelaufen. Die Anziehungskraft dieser modernistisch-aktivistischen Bewegung führte auch innerhalb der J. P. zu einiger Unruhe. Es kam angesichts solcher radikalen antiparlamentarischen Konkurrenz zu Sezessionen und Ausschlüssen. Insgesamt jedoch vermochte weder der »Faisceau« noch der Abfall Rediers die Ausbreitung der J. P. entscheidend zu behindern; vielmehr führte dieser Prozeß zu einer Abgrenzung gegenüber extremistischen Kräften der Ultra-Rechten.⁴⁶

Gegenüber der royalistischen Seite erfolgte ebenfalls allmählich eine deutliche Abgrenzung. Gerade in der Auseinandersetzung mit der »Action Française« wurde der politische Ort der J. P. besonders deutlich erkennbar. Zunächst war es zu regionaler Zusammenarbeit mit der »Action Française« gekommen, – es wurden sogar Fusionserwägungen angestellt. Im März 1926 aber prognostizierte schon ein Beobachter, daß eine Kooperation zwischen den J. P. und der »Action Française« langfristig kaum denkbar sei, da die J. P. eben doch keine Royalisten seien.⁴⁷ Bei einer Fusion mit der »Action Française« würden viele J. P. eher zum »Faisceau« abwandern. In der Folgezeit kam es auch tatsächlich häufig zu bisweilen heftigen Auseinandersetzungen mit der »Action Française«. Der endgültige Bruch erfolgte Anfang 1929, als der Führer der Universitäts-Phalanges, Pighetti, einen Generalangriff gegen den Taittinger-Kurs des politischen Direktoriums führte. Pighetti versuchte, die J. P. auf einen kämpferischen prinzipiellen Antiparlamentarismus im Sinne von Charles Maurras festzulegen. Er scheiterte und wurde ausgeschlossen.⁴⁸ Der Bruch mit der »Action Française« wurde von einer Presse-Polemik zwischen Pighetti und Taittinger begleitet, in die auch Maurras eingriff.⁴⁹ Diese publizistische Auseinandersetzung ging vordergründig um das von der »Action Française« kritisierte Engagement der J. P.-Führung für die Kabinette Tardieu und Laval. Dabei kam jedoch die tatsächliche politische Orientierung der J. P. deutlich zum Ausdruck: Maurras schleudert Taittinger entgegen: »Les Jeunesses Patriotes . . . sont devenues en fait les . . . Jeunesses

⁴⁶ Zum vorstehenden vgl. AN F7-13.208, 13.232 und 13.233 (z. B. Bericht v. 19. 11. 1925: auf Betreiben General de Castelneaus ist das Direktoriumsmitglied de Neufville ausgeschlossen worden, da dieser »zu faschistisch« sei; von de Neufville stammte auch der Vorwurf, Taittinger und andere Direktoriumsmitglieder seien eben »Politiker«).

⁴⁷ AN F7-13.233 Pol. Rapp. v. 13. 3. 1926.

⁴⁸ Über diese Affaire vgl. PHILIPPET (wie Anm. 21) S. 67 ff. sowie AN F7-13.232 (zus. fass. Pol. Bericht 2. März 1929; ebd. auch Auszüge aus Briefwechsel Pighetti-Taittinger, 19. 2. 1929). Pighetti schrieb in einem offenen Brief an die Phalangeards vom 19. 2. 1929, Taittinger sei »un homme qui transforme la Ligue . . . en officine électorale.« (AN F7-13.232 Notiz v. 19. 2. 29). Über Pighetti vgl. COSTON (wie Anm. 26) Bd. 2, S. 536. P. ging Ende der 50er Jahre als »partisan résolu d'une Algérie française« zeitweilig in den Untergrund.

⁴⁹ Ibid., die Presse-Polemik in Le Figaro v. 3.–11. 2. 29; die angeführten Zitate nach PHILIPPET (wie Anm. 21) S. 68 (L'Action Française vom 11. 3. 29; Le National vom 17. 3. 29) – Presseauschnitte über die Kontroverse Maurras – Taittinger.

Patriotes républicaines, parlementaires, ministérielles, électorales. C'est le titre complet!« Taittinger antwortete ebenso eindeutig: »Nous n'avons jamais envisagé la destruction du régime. Nous respectons infiniment ce que fut. Loin de vouloir déchirer les plus belles pages de notre histoire, nous pensons que tous les hommes de gouvernement devraient y apprendre la manière de gouverner . . . Nous n'avons jamais envisagé la suppression totale du Parlement . . .« Auf dem J. P.-Kongreß Ende 1928 hatte Taittinger schon mit den antiparlamentarischen Royalisten abgerechnet, was zur Abspaltung der J. P.-Organisation des Pariser 5. Arrondissements führte. Deren Führer erhoben den Vorwurf, daß sich die J. P. weit vom antiparlamentarischen Kampfe und vom Ziel der Abschaffung des Parlamentes entfernt hätten, daß sie sich vielmehr den Wahlgeschäften widmeten, »avec ses basses compromissions, sa sale cuisine . . .«.⁵⁰

Die Abgrenzung gegenüber einem Rechtsextremismus, der wie der »Faisceau« auf Änderung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung abzielte, sowie gegenüber den militanten neo-royalistischen Extremisten der »Action Française« beweisen, daß die Bewegung unter Taittingers Führung eine Politik einschlug, die auf eine Integration der nationalistisch-konservativen Rechten in das republikanische System hinauslief, keineswegs aber auf dessen Zerstörung.⁵¹ Die konservative Rechte sollte in Verbindung mit nationalistischen »Modérés« fest im republikanischen System verankert werden. Veränderungen wurden nur zu diesem Zwecke und nur innerhalb des systemgegebenen Rahmens angestrebt; eine Öffnung des republikanischen Systems nach links sollte verhindert werden; ebenso aber wurde ein Umsturz von rechts abgelehnt; auch der von einigen rechtsextremen Kräften angestrebte grundlegende sozio-ökonomische Wandlungsprozeß, der das System gesprengt hätte, sollte vermieden werden. Die Sezessionen und Exklusionen verweisen damit ebenso wie die Kooperation der J. P. mit anderen politischen Kräften auf jenen historischen Anpassungs-Prozeß von Teilen der konservativen Bourgeoisie gegenüber der »republikanischen Synthese«. Je klarer bestimmte Gruppen diesen Prozeß der Anpassung repräsentierten, desto reibungsloser und beständiger arbeiteten die J. P. mit ihnen zusammen. Je radikaler derartige Kräfte ihn ablehnten, desto deutlicher erfolgte die Distanzierung der J. P. von ihnen.

Eine Analyse der konkreten Politik der J. P.-Führung zwischen 1924 und 1932 bestätigt den vorstehenden Befund.⁵² Der von enttäuschten Anhängern wie von Gegnern erhobene Vorwurf des »électorisme« enthüllt die Grundrichtung dieser Politik. Hinter einer Vordergrund-Kulisse militanter außerparlamentarischer Aktivitäten und anti-parlamentarischer Rhetorik hat die Führungsgruppe um Taittinger zielstrebig eine klar parlamentarisch ausgerichtete Politik betrieben. In den Jahren 1924–1926 haben die J. P. bei Nachwahlen schwerpunktmäßig Kandidaten der republikanisch-konservativen oder liberal-konservativer Richtung unterstützt u. a. Rey-

⁵⁰ AN F7-13.232 (Bericht v. 2. 3. 1929), Initiator der Abspaltung war Vicomte de Sacy. Im Mai 1929 erfolgte eine Links-Abspaltung der »Jeunesse Nationale« unter Michel Charles-Roux (Bericht vom 14. 5. 1929).

⁵¹ Diesen Konflikten lag eben mehr als bloß ein Generationskonflikt zugrunde wie PHILIPPET (wie Anm. 21) S. 39 meint. Vgl. dagegen auch AN F7-13.233.

⁵² Folgende Analyse beruht auf den in Anm. 41 genannten Quellen und den bei OLANIÉ-LEGAC (wie Anm. 21) S. 89ff. und PHILIPPET (wie Anm. 21) Kp. 1–3, gebotenen Materialien.

naud, de Kérillis und Millerand. Zum Wahlsieg der Rechten 1928 trug nicht zuletzt ihre Kooperation mit der »Fédération Républicaine«/UDR bei: eine klassische Politik des »ralliement républicaine« rechtskonservativer Kräfte. Durch eine solche Politik konnte die parlamentarische Basis der Regierung der »Union Nationale« auf Kosten der bisherigen radikalen Koalitionspartner weiter nach rechts verbreitert werden. In Nachwahlen sowie bei den Munizipalwahlen setzte Taittinger diese Politik der »nationalen Sammlung« und des parlamentarischen »Ralliement« der konservativen Rechten fort. Die J. P. schienen ihrem wichtigsten Ziel, einer breiten republikanisch-konservativen Einheitsfront, allmählich näher zu kommen.

Der Rücktritt der radikalen Minister aus dem von den J. P. unterstützten Kabinett Poincaré im Oktober 1928 wurde von der J. P.-Führung heftig kritisiert, obwohl sie zuvor deren Gewicht innerhalb der Regierungskoalition bekämpft und schließlich in den Wahlen erfolgreich reduziert hatte. Der ganze Vorgang zeigt sehr deutlich: es ging eben gar nicht um eine Eliminierung der »Radicaux« und um eine exklusive Alleinherrschaft der Rechten, die letztlich auch nur die Zerstörung der »republikanischen Synthese« bedeutet hätte. Es ging ihr einfach darum, die breiteste mögliche Fundierung der »Union-Nationale«-Majorität zu erreichen. Eine solche würde fortan der Rechten die Regierungsführung gestatten, ohne sie ständig in brüchige Koalitionen mit Teilen der »Radicaux« zu zwingen und so einer permanenten Gefährdung auszusetzen. Konkret hieß dies: eine Majorität sollte geschaffen werden, die sich von rechts bis zur Mitte erstreckte, also möglichst große Teile der »Radicaux« miteinschloß, in der die Rechte jedoch durch ihre Kohärenz und ihre Zahl so stark war, daß den radikalen Elementen der Mitte das Manöver eines Abschwenkens nach Links nicht mehr möglich war.⁵³ Das, nicht mehr und nicht weniger, war Inhalt und Ziel jener lautstark proklamierten Politik der Erneuerung des angeblich so verrotteten Regimes.

Eine solche Politik führte immer wieder zu Spannungen innerhalb der J. P.⁵⁴ Das war einerseits ein Indiz für die anti-parlamentarischen und antirepublikanischen Kräfte, die auch und immer noch in der Bewegung vorhanden waren. Andererseits zeigt es, unter welchen Schwierigkeiten der Prozeß der konservativen Anpassung an die »republikanische Herrschaftssynthese« in Gang kam. Das zwang Taittinger zu einer Doppelstrategie, in der er verbalen Radikalismus mit stillschweigender kontinuierlicher Integrationspolitik zu verbinden mußte. Die Kabinette Tardieu und Laval wurden von der J. P. unterstützt, die Außenpolitik Briands jedoch als Gefahr für die Sicherheit der Nation heftig kritisiert. Wütende Angriffe auf Parlamentarier und auf Institutionen wie z. B. den Senat, die der Politik Tardieus und Lavals ablehnend gegenüberstanden, dazu die bewährte Aktivierung antikommunistischer Emotionen durch Beschwörung der bolschewistischen Gefahr, schließlich der Versuch, die zentrifugalen und divergierenden Kräfte innerhalb der Bewegung durch integrative außenparlamentarische Aktivitäten zu binden: all dies stellte die eine Seite jener Doppelstrategie dar. Auf der anderen Seite, abgedeckt durch solche Mobilisierungs-

⁵³ Vgl. z. B. AN F7-13.234 (Rapp. Sureté La Rochelle v. 7. 3. 27): Teilnahme von radikalen Politikern an J. P.-Veranstaltungen. AN F7-13.232: auf dem J. P.-Kongreß in Marseille 1930 trat Taittinger für die Bildung einer großen bürgerliche Partei zur Unterstützung Tardieus ein.

⁵⁴ Das belegen durchgehend von 1926 bis 1932 die Berichte der Politischen Polizei, die einen ihrer Informanten in Taittingers Büro hatten einschleusen können; AN F7-13.233 (Bericht o. D. – 1926).

und Integrationstechnik betrieb die Führungsgruppe um Taittinger eine ganz eindeutig konservativ-republikanische Politik, und zwar so geschickt, daß erwähnenswerte Anhängerverluste nicht eintraten. Er votierte für den Youngplan und für die Übereinkunft von Den Haag über die Räumung der Rheinlande; Politiker seines Vertrauens, die sich zur J. P. bekannten, traten in das Kabinett Tardieu ein; der Nationalrat der J. P. erneuerte sein Votum für die Unterstützung Tardieus. Von Systemüberwindung konnte in der konkreten Politik der J. P. unter Taittinger ganz und gar keine Rede sein.

Angesichts der Tatsache, daß die J. P.-Führung trotz einiger Sezessionen doch im ganzen erfolgreich einen Kurs der Anpassung an die republikanische Herrschaftssynthese hatte halten können, beschlossen die politischen Leitungsgremien der J. P. Anfang 1930 auf Taittingers Initiative hin, den »Parti Républicain National et Social« zu begründen, der – wie es im »Bulletin de liaison« hieß – eine vom Geist der J. P. getragene »Partei der republikanisch-nationalen Majorität« sein sollte.⁵⁵

Das war nun der Versuch, die national-konservativen Kräfte, deren Aktivierung und Bündelung im ligistischen Rahmen mit den J. P. in hohem Maße gelungen zu sein schien, nunmehr auch in parteipolitischer Form zusammenzufassen, also die – im Gegensatz zu Sozialisten und Radikalen – stark fraktionierte und nur locker strukturierte Rechte in moderner politischer Form zu organisieren, um sie auf diese Weise innerhalb des parlamentarischen Systems direkt zur Wirkung zu bringen. Dieses Vorhaben ist in mehr als einer Hinsicht bedeutsam für die historische Einschätzung der J. P. Ein Erfolg hätte die endgültige Integration eines erheblichen Teils der konservativen Rechten in die republikanische Herrschaftssynthese bedeutet. Sein Scheitern offenbarte, bis zu welchem Grad diese Integration noch nicht gelungen war: es zeigt zugleich auch Ausmaß und Stärke der noch vorhandenen Hindernisse.

Taittingers Versuch stieß auf den heftigen Widerstand gerade jener Politiker, die zuvor gern die Aktivitäten und Mobilisierungserfolge der J. P. für ihre Zwecke und Ziele ausgenutzt und daher die Liga unterstützt hatten. Sie witterten in der neuen Partei eine unangenehme Konkurrenz. Unabhängige Republikaner wie de Kérillis, konservativ-republikanische Gruppierungen wie die »Fédération Républicaine«, ebenso wie Anhänger der älteren Ligen, bislang Förderer der J. P., lehnten nunmehr die Idee einer großen rechtsrepublikanisch-konservativen Massenpartei ab. Die Wahlvorbereitungen von 1932 zeigten das Dilemma: die J. P. vermochten keine »Union des Républicains Nationaux« zu erreichen. Sie führten den Wahlkampf daher zweigleisig. Einerseits versuchten sie mit sehr unterschiedlichem, insgesamt negativem Ergebnis, eine effektive Kooperation mit den anderen politischen Gruppierungen der Rechten und den Ligen herbeizuführen, andererseits wollte sie mit einem speziellen Wahlprogramm die eigene Plattform verbreitern und Stimmen gewinnen. Trotz beachtlicher Erfolge in Paris war das Wahlergebnis für die republikanisch-konservative Rechte insgesamt enttäuschend. Taittinger ließ die neue Partei nach den Wahlen von 1932 vorerst wieder einschlafen.

Das alles weist erstens auf die Kohärenz der überkommenen sehr differenzierten

⁵⁵ Hierzu und zum folgenden vgl. PHILIPPE (wie Anm. 21) S. 75 ff. und AN F7-13.232, 13.235, 12.957, 12.958 und 12.961. Auf dem Kongreß der J. P./PRNS sprach Taittinger davon, daß »nous avons besoin d'un parti modéré«, die auf einer »trêve des partis« aufgebaut werde (13.232, Bericht v. 1. 3. 1930).

Strukturen der Rechten hin, innerhalb derer die Interessen der Masse ihrer traditionellen Wähler durchaus noch repräsentiert zu werden vermochten,⁵⁶ und zweitens darauf, daß der Prozeß der »konservativen Anlagerung« offensichtlich noch nicht so weit gediehen war, daß er die Begründung einer rechten Sammlungspartei erlaubt hätte, welche die verschiedenen Fraktionen der liberalen wie der konservativen Rechten hätte integrieren können.

Eine ligistische Organisation, die sich paradoxer Weise um parlamentarische Politik bemühte, schien diesem Sachverhalt eher zu entsprechen. In diesem Sinne waren der Erfolg der J. P. einerseits und das Scheitern des PRNS andererseits symptomatisch für den Entwicklungsgrad des konservativen Integrationsprozesses, aber auch für die Integrationskraft des überkommenen parlamentarischen Systems.⁵⁷

III. »Le Faisceau«: sozialer Protest und politischer Extremismus moderner Sozialgruppen

Der erwähnte problematische und nicht vollendete Amalgamierungsprozeß zwischen Kräften der konservativen Rechten und dem republikanischen System ist indessen nur ein Moment, das bei dem Versuch berücksichtigt werden muß, derartige Phänomene auf der französischen Rechten zu analysieren und historisch einzuordnen. Ein entscheidendes anderes Moment ist der strukturelle Wandel Frankreichs seit dem Ersten Weltkrieg. Er hat jenen Amalgamierungsprozeß in vielfältiger Weise überlagert und beeinflußt. Insbesondere schlug die durch ihn hervorgerufene Verschärfung der Widersprüche innerhalb des französischen Herrschaftssystems direkt auf die Entwicklung der französischen Rechten und des Rechtsextremismus durch.

Die drei politischen Kräftegruppierungen auf der Rechten, mit denen die J. P. sich – wie erwähnt – in den ersten Jahren auseinandersetzen müssen: die »Action Française«, der »Faisceau« und republikanisch-konservative Gruppierungen spiegelten in vielfältig gebrochener Weise diesen Wandel wider. Der »Faisceau«, der wie die »Action Française« sowohl in der Faschismuskonversation als auch in der Entwicklungsgeschichte der J. P. eine besondere Rolle spielte, ist dafür ein besonders eindrucksvolles Beispiel.⁵⁸ Anfängliche Kooperation zwischen diesen beiden Gruppierungen

⁵⁶ Nach dem Wahlsieg des Linkskartells von 1932 befürwortete Taittinger daher auf dem J. P.-Kongreß von Versailles die Schaffung einer neuen »Union Nationale« in Zusammenarbeit mit Marins Fédération Républicaine nach dem Muster von 1926 (AN F7-13.232, Pol. Bericht v. 12. 11. 1932).

⁵⁷ Ähnliche Erfahrungen mußte Mitte der dreißiger Jahre Col. de La Rocque machen, dessen Parti Social Français von den etablierten bürgerlichen Parteien als unliebsame Konkurrenz empfunden wurde, die man daher in dem »Front de la Liberté« einzubinden und zu assimilieren trachtete: vgl. Ph. MACHEFER, L'Union des Droites, le PSF et le Front de la Liberté 1936–1937, in: Rev. d'Histoire Moderne et Contemporaine XVII (Jan.–März 1970), S. 112–126. Die Ligue des Croix de Feu hatte die Rechte als ligistische Hilfstruppe begrüßt und benutzt, der PSF dagegen wurde angesehen als »un concurrent qui pouvait devenir redoutable« (ebd. S. 125); vgl. auch W. D. IRVINE, French Conservatives and the »New Right« during the 1930s, in: French Historical Studies 8 (1974), S. 534–562.

⁵⁸ Zum Faisceau vgl. allgemein: Yves GUCHET, Georges Valois ou l'illusion fasciste, in: Rev. Fr. de Sc. Pol. 15 (1965) sowie ders., Georges Valois, L'Action Française, Le Faisceau, La République Syndicale, Paris 1975; Jules LEVEY, Georges Valois and the Faisceau, in: Fr. Hist. Stud. 8 (1973), S. 279–301; Zéev STERNHELL, Anatomie d'un mouvement fasciste en France: Le Faisceau de Georges Valois, in: Rev. fr. de Sc. Pol. 26 (1976), S. 5–40 und I. M. DUVAL, Le Faisceau de Georges Valois, Paris 1979.

rungen wich bald einer erbitterten Rivalität. Der Polarisierungsprozeß hatte tiefere Ursachen als nur die einer politischen Konkurrenz und gewisser ideologischer Differenzen. Er verweist eher auf bestimmte sozio-ökonomische Rahmenbedingungen, denen die extreme Rechte ebenso unterworfen war wie die konservative Rechte. Diese Rahmenbedingungen reflektierte der Faisceau auf der extremen Rechten in ähnlicher Weise wie der »Redressement Français«, von dem im Abschnitt IV die Rede sein wird, es auf der gemäßigten republikanisch-konservativen Seite tat.

Der Faisceau war die erste politische Gruppierung in Frankreich, die sich schon durch die Wahl des Namens bewußt mit dem italienischen »Fascismo« assoziierte. Das hat seither in der politischen Diskussion wie in der Historiographie dazu geführt, diese politische Erscheinung unreflektiert als eindeutig faschistisch zu klassifizieren.⁵⁹ Sie ist jedoch wesentlich komplexer und daher nicht mit einer solchen, vielleicht auf den ersten Blick plausiblen Etikettierung zu erfassen. Um zu einer begründeteren historischen Einordnung zu gelangen, soll zunächst die programmatische Hauptstoßrichtung des Faisceau analysiert werden, sodann wäre die sozio-ökonomische Interessenlage der in ihm überwiegend vertretenen Kräfte zu untersuchen; weiterhin ist die politische Basis und Entwicklung der Führungskader des Faisceau zu betrachten; schließlich muß mit den dann gewonnenen Kriterien und Einsichten eine Ortsbestimmung dieser Bewegung im Rahmen der Entwicklung des politisch-sozialen Herrschaftssystems der Dritten Republik wenigstens ansatzweise versucht werden.

Der »Faisceau« war Ende 1925 von Georges Gressent, der sich Georges Valois nannte, gegründet worden. Valois-Gressent, 1878 geboren, war zunächst anarchistisch-syndikalistischen Kreisen verbunden, dann, von Sorels und Maurras' Ideen beeindruckt, trat er der »Action Française« bei und wurde bald deren führender Gesellschafts- und Wirtschaftstheoretiker.⁶⁰ Getragen von der Idee, Arbeiterschaft und autoritäre Staatsidee miteinander auszusöhnen, gründete er im Rahmen der »Action Française« den »Cercle Proudhon«. Enttäuscht von der sozialen und politischen Sterilität der »Action Française« trennte er sich schließlich von Maurras⁶¹ und begründete den »Faisceau«, der nach seinen Vorstellungen eine Sammelbewegung linker und rechter Kräfte sein sollte, welche die überkommenen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen überwinden sollte.⁶² Ein autoritärer, korporatistisch gegliederter Staat sollte durch optimalen Einsatz von Technik und wirtschaftlicher Planung eine moderne Industriegesellschaft schaffen, in der durch technologischen und ökonomischen Fortschritt soziale Gerechtigkeit und wachsen-

⁵⁹ Vgl. unter anderem NOLTE, Die faschistischen Bewegungen (wie Anm. 22) S. 290 ff.; PLUMYÈRE-LASIERRA, S. 38 ff. (»Le Facisme de Droite«); MACHEFER, Liges (wie Anm. 12) S. 12 f. (»un avatar modéré du fascisme«) sowie R. SOUCY, French Fascism as Class Conciliation and Moral Regeneration, in: Societas, Review of Social History 1 (1971), S. 291 ff.

⁶⁰ Hierzu vor allem GUCHET (1975) (wie Anm. 58) Kp. I–V; zur ideengeschichtlichen Einordnung: STERNHELL, Anatomie (wie Anm. 58) S. 5–8.

⁶¹ Zum Bruch Valois' mit der Action Française vgl. GUCHET (1975) (wie Anm. 58) Kp. VIII und P. SÉRANT, Les Dissidents de L'Action Française, Paris 1978, S. 13–36.

⁶² Zur Doktrin und Programmatik des Faisceau vgl. GUCHET (1975) (wie Anm. 58) passim und DUVAL (wie Anm. 58) S. 71–114, vgl. auch AN F7-13.209 (Bericht vom 11. 11. 1925 über Gründung und Programmatik des Faisceau).

der Wohlstand für alle gewährleistet werden könnte. »Justice«, »prospérité« und »progrès technique« waren daher zentrale Begriffe in der politischen Vorstellungswelt des Faisceau. Die Tendenz zu »Modernisierung« und »Fortschritt«, die so gar nicht in das gängige Bild faschistischer Ideologie passen will, ist an dieser Bewegung besonders auffällig. Im »Programme de Verdun«, das Valois am 15. Juli 1926 in der Zeitschrift des »Faisceau« »Le Nouveau Siècle« veröffentlichte,⁶³ wird als eines der »Premiers Objectifs« der neuen Bewegung verkündet: »... organiser rationnellement la production«; weiter heißt es: »Coordonner toutes les forces françaises par le moyen d'un Etat unitaire pour réaliser la prospérité«. Valois erläuterte diesen Gedanken immer wieder in seinen Aufsätzen und Schriften. Er forderte einen modernen Staat – den seiner Meinung nach erstmals die Revolution von 1789 hatte realisieren wollen:⁶⁴ eine, verglichen mit der antirevolutionären Grundhaltung des deutschen und des italienischen Faschismus, recht ungewöhnliche Auffassung einer Gruppierung, die sich schon vom Namen her auf das italienische Beispiel hin auszurichten schien. Dieser moderne Staat müsse eine progressive Wirtschaftsordnung schaffen und damit die allgemeine Wohlfahrt gewährleisten. Eine moderne Elite aus allen Klassen der Nation und die in Anlehnung an ständestaatliche Vorbilder konzipierten »Etats Généraux« hätten die Aufgabe, mit dem Staat zusammen die methodische Ausnutzung aller nationalen Ressourcen und die Organisation des »progrès technique« zu gewährleisten. Das ständestaatliche Modell war fraglos ein Rückgriff auf Vorstellungen, die gewiß nicht mit den klassischen Organisationsprinzipien eines Staates der Volkssouveränität übereinstimmten; aber bei Valois wurzelten sie auch nicht in sozialkonservativen sondern eher in syndikalistischen Vorstellungen.⁶⁵ In den programmatischen Äußerungen des »Faisceau« und seines Begründers findet man zwar auch traditionalistische und gewisse, faschistische Ideen verwandte Topoi, wie den Diktaturgedanken, wie korporatistische Vorstellungen, integralen Nationalismus und harmonisierendes Gemeinschaftsdenken. Auch die äußeren Erscheinungsformen des »Faisceau«, die militärische Attitude, die Uniformierung erinnerten an faschistische Vorbilder. Die zentrale Idee der »Faisceau«-Doktrin jedoch war der Gedanke des »progrès technique«, er stand eindeutig im Mittelpunkt des Denkens dieser Bewegung und unterschied sie deutlich von den Erscheinungen in Italien und später in Deutschland. Die Zielrichtung dieser Gedanken verwies auf eine – wenngleich nicht besonders konkret definierte Modernisierung von Staat und Gesellschaft.⁶⁶ Von dieser eigenstän-

⁶³ Abgedruckt auch in MACHEFER, *Ligues* (wie Anm. 12) S. 40f.

⁶⁴ »Le Nouveau Siècle« vom 26. Januar 1926 und 26. 12. 1926 sowie »Discours du 11 novembre 1925«; vgl. auch GUCHET (wie Anm. 58) S. 171f.

⁶⁵ G. Valois schrieb in »Le Nouveau Siècle« vom 21. 6. 1926: »Nous ne sommes particulièrement attachés à aucun régime . . . nous soutiendrons tout régime qui nous donnera l'Etat antiparlementaire, syndical et corporatif . . .«. Im »Programme de Verdun« hieß es: »5) Organiser rationnellement la production selon la justice et selon l'intérêt national, avec le concours des Corporations réunissant les chefs d'entreprise et les ouvriers« (Hervorhebung vom Verf.). Zur Interpretation vgl. STERNHELL, *Anatomie* (wie Anm. 58) S.5 ff.

⁶⁶ Vgl. K.-J. MÜLLER, *French Fascism and Modernisation*, S. 79ff. Eine genaue Analyse des Diktaturbegriffs in der Faisceau-Doktrin ergibt, daß diesem Begriff eher von militärisch-organisatorischem Autoritarismus und technologischem Effizienzdenken geprägte Vorstellungen zugrunde lagen und nicht so sehr der typisch faschistische Führerkult; vgl. AN F7-13.208 (Polizei-Bericht vom 1. 7. 1926): im Faisceau spreche man von General Mangin bzw. General Weygand als möglichem »Diktator«.

digen prinzipiellen Position aus erhob der »Faisceau« die Forderung nach einer »économie planifiée«, die der Staat, der als »Etat serviteur« bezeichnet wurde, gegenüber den Interessengruppen durchzusetzen hatte. Das alles paßt nicht unbedingt zu einer genuin faschistischen Orientierung. Das zeigt auch der Gedanke, daß die gesellschaftlichen Antagonismen nicht abzuschaffen, sondern vielmehr als Motor des gesellschaftlichen Fortschritts und somit gar als notwendige Voraussetzung für den Fortschritt anzusehen seien. Was immer auch Valois an staatlich-gesellschaftlichen Modellvorstellungen entwickelt hat, stets stand trotz aller ideologisch-programmatischen Disparatheit die Vorstellung eines Staates der technischen und ökonomischen Progressivität und der planerischen Organisation im Mittelpunkt seines Denkens. Sein Ziel, sein Ideal war eine moderne industrielle Gesellschaft, in der technologisch-ökonomischer Fortschritt zusammen mit sozialer Gerechtigkeit und wachsendem Wohlstand für alle gewährleistet war. Daher verband sich die zentrale Idee des »progrès technique« mit den beiden anderen ebenfalls durchgängig benutzten Schlüsselbegriffen »justice« und »prospérité«.

Der in diesem Idealprogramm enthaltene dynamische Fortschrittsoptimismus, der planerische Impuls, das technokratische Moment, die zentrale Stellung der Modernisierungsideologie, all dies erlaubt es, die Bewegung als modernistisch-system überwindend zu kennzeichnen.

Eine Ideologie- und Programm-Analyse reicht allerdings nicht aus zur historischen Einordnung dieses Phänomens. Ein Blick auf die soziale Basis des »Faisceau« und damit indirekt auch auf die sozio-ökonomischen Interessen, die hier eine Artikulierung fanden, müßte ergänzend hinzutreten. Die Quellen bieten diesbezüglich ein interessantes Bild:⁶⁷ dem Betrachter fällt in der Zusammensetzung der Anhängerschaft des »Faisceau« vor allem ein, verglichen mit anderen rechtsextremen und rechtskonservativen Gruppierungen, relativ hoher Anteil technisch-industrieller und kaufmännisch-industrieller Berufsgruppen auf, darunter zahlreiche Inhaber mittlerer und höherer Führungspositionen: Industrielle 13%, Leitende Angestellte, Direktoren etc. 4,6%, mittlere und untere Angestellte (meist aus modernen Gewerbsparten) 21,5%; zwar sind auch der gewerbliche Mittelstand (selbständige Handwerker und Kaufleute: 26,4%) sowie freie und akademische Führungsberufe (20,4%) relativ stark vertreten, aber die gerade in anderen konservativen und rechtsextremistischen Gruppierungen wie der »Action Française« und der J. P. verhältnismäßig stark auftretenden Berufsgruppen,⁶⁸ die man pauschal als vor-industriell kennzeichnen kann, wie bäuerliche Berufe, Militärs und auch Beamte sind im »Faisceau« mit 8,6% unterdurchschnittlich repräsentiert und prägen ganz und gar nicht das Bild dieser politischen Gruppe. Dagegen gehörten zu den aktivsten Elementen dieser intern auch nach Berufsständen organisierten Bewegung bezeichnenderweise die »union corporative« der Techniker und Ingenieure, welche zudem in der Gesamtheit des »faisceau des corporations« – der berufsständischen Organisation des »Faisceau« – die auch zahlenmäßig stärkste

⁶⁷ Ausgewertet wurden in diesem Zusammenhang folgende Bestände: AN F7-13.208, 13.209, 13.210, 13.211, 13.212 und 12.950; vgl. auch STERNHELL, Anatomie, S. 34ff., der eine Aufstellung unter anderen Gesichtspunkten mit absoluten Zahlenangaben bietet.

⁶⁸ Vgl. unten die Tabelle auf S. 498.

»corporation« war.⁶⁹ Bezieht man die geographische Verbreitung des »Faisceau« in die Überlegung mit ein, so schält sich das Bild einer stark auf modernere Sozial- und Erwerbsstrukturen bezogenen Bewegung heraus: ihre geographischen Schwerpunkte lagen im hochindustrialisierten Pariser Becken, in den Industrieregionen des Nordens und Nordostens sowie in den größeren Städten wie Bordeaux, Toulouse, Straßburg, Reims, St. Quentin, Soissons und Nancy.⁷⁰ Allerdings ist ihr der erhoffte massive Einbruch in die Masse der Arbeiterschaft nicht gelungen. Dennoch hat der »Faisceau« einen auffallend höheren Arbeiteranteil aufzuweisen als »Action Française« und J. P. Dies erklärt sich vornehmlich daraus, daß in den Industriebezirken des Nordens, Nordostens und Ostens zeitweilig Kreise des »sozialen Katholizismus«, der Kirche verbundene Arbeiter und sozialpolitisch aktive Kirchenführer dem »Faisceau« gegenüber aufgeschlossen waren.⁷¹ In anderen Gegenden, wie etwa im Bordelais, haben sich Kräfte aus der protestantischen Großbourgeoisie in der Bewegung von Valois engagiert. Damit haben gerade jene Fraktionen des konfessionellen Frankreichs, die wie der soziale Katholizismus und bestimmte Teile der »haute société protestante« als besonders dynamisch bzw. gegenüber der modernen Lebenswelt aufgeschlossen galten, an dieser Gruppierung ein gewisses Interesse gezeigt. Soziales Substrat wie geographische Schwerpunkte legen es daher nahe, den »Faisceau« als den protestlerisch akzentuierten politischen Ausdruck von Teilen derjenigen Sozialschichten anzusehen, die den fortgeschritteneren Sektoren der Ökonomie und den der Moderne zugewandten Gesellschaftsgruppen Frankreichs zuzuordnen sind. In dieser Hinsicht reflektiert der »Faisceau« das zwar allmähliche, aber doch spürbare Vordringen moderner Industrie- und Wirtschaftszweige in Frankreich und die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Folge-Erscheinungen, und zwar unter den speziellen Bedingungen der Nachkriegszeit.

Man geht daher gewiß in entscheidenden Momenten fehl, wenn man das Entstehen des »Faisceau« (wie übrigens auch der J. P.) abzuleiten versucht aus dem Aktivismus-Bedürfnis einer jungen Generation, die sich aus diesem Grunde von den alten Ligen, insbesondere von der »Action Française« trennte,⁷² der sowohl zahlreiche J. P. Aktivisten als auch die Gründungsquie des »Faisceau« entstammten. Gewiß trifft dies für viele der jüngeren Aktivisten zu, die aus den »Phalanges Universitaires« und der »Légion« des Antoine Redier zum »Faisceau« stießen⁷³ und die in den Straßen manifestierten und sich mit politischen Gegnern, vor allem von der Linken, herumprügelten. Aber zusammen mit einigen rechtsextremistischen Radikalen bildeten sie doch nur einen zwar augenfälligen, aber letztlich vordergründigen Aspekt des infrage stehenden Phänomens. Dessen soziales Substrat ist mit dem Begriff »aktivistische Jugend« eben nicht zutreffend beschrieben. Auch Valois und seine Gesinnungsfreun-

⁶⁹ Aufstellung der Mitglieder der »Corporations« bei STERNHELL, *Anatomie*, S. 34 ff.

⁷⁰ *Ibid.*

⁷¹ AN F7-13.209 (23. 3. 1926, 10. 4. 1926, 7. 5. 1926).

⁷² So STERNHELL, *Anatomie* (wie Anm. 58) S. 10.

⁷³ Vgl. AN F7-19.208 (Berichte vom 9. 1. 1926, 19. 2. 1926 und 1. 7. 1926 über Zustrom von J. P.-Anhängern; Bericht vom 10. 4. 1926: 30% der Action Française-Anhänger in Süd-West-Frankreich und rund 1800 in Paris – seit Dezember 1925 – seien zum Faisceau übergegangen; bezüglich der Anhänger der Légion Rediers siehe unten unter Anm. 85). Vgl. auch AN F7-13.209 (Berichte vom 12. und 14. 11. 1925, 16. 12. 1925).

de trennten sich von der »Action Française«, weil sie deren Anhängerschaft sozial als verengt ansahen und deren politische Auffassungen für unmodern, wenn nicht gar antimodernistisch hielten. Die Geschichte der Entfremdung des Georges Valois und seines »Cercle Proudhon« von der »Action Française« bietet dafür eine Fülle von Belegen.⁷⁴ Nicht aus unerfülltem Aktivismus verließen diese Kräfte die alte Liga, sondern aus der Überzeugung, daß sie sozial und politisch unzeitgemäß sei. Sicherlich gingen auch zahlreiche Anhänger von der »Action Française« zum »Faisceau« über aus unerfülltem Aktivismus und enttäuschem Radikalismus, aber jene führenden Köpfe der neuen Bewegung, die von der »Action Française« kamen, hatten sich von Maurras getrennt, weil – wie die Reden und Schriften Valois' und seiner Freunde beweisen – sie das Unzeitgemäße und die soziale Verknöcherung der alten Liga erkannt hatten. Zudem hätte sie und die Masse der Anhängerschaft ein mögliches Defizit an ungestilltem Aktivismus ebenso gut in den Organisationen der »Jeunesses Patriotes« ausgleichen können.⁷⁵ Vor allem aber ist entscheidend, daß der zahlenmäßig gewichtige Zustrom zum »Faisceau«, wie die angeführten Daten zur Sozialstatistik belegen, aus Schichten kam, welche die »Action Française« ganz und gar nicht hatte erfassen können. Sie wurden gerade angezogen von der modernistisch-technizistischen Programmatik des »Faisceau«; denn diese entsprachen in besonderem Maße den Interessen und Wertvorstellungen der »nouvelle couche« einer Industriegesellschaft an der Schwelle einer neuen Modernisierungsphase. Im übrigen: wäre es auch nur um die Frage eines Mehr oder Weniger an politischem Aktivismus gegangen, der die »Faisceau«-Initiatoren von der »Action Française« trennte, dann wäre auch der Vorwurf, den Maurras und die anderen Vertreter der »Action Française« ihnen gegenüber erhoben – nämlich sie hätten zusammen mit Valois einen Linksruck vollzogen⁷⁶ – wenig verständlich. Seinen Sinn erhält ein solcher Vorwurf erst auf dem Hintergrund der Tatsache, daß die neuartige technizistisch-modernistische Programmatik des »Faisceau« Widerhall bei den erwähnten Sozialgruppen fand.

Weitere Aufschlüsse über die Eigenart der Bewegung vermag eine Analyse der Führungsequipe des »Faisceau«, ihrer politischen Basis und ihrer Entwicklung zu vermitteln.⁷⁷ Zunächst sammelte Valois jene Persönlichkeiten aus der »Action Française« um sich, die enttäuscht vom Versagen der »Bloc National«-Majorität und entsetzt über den Sieg des »Cartel des Gauches«, eine antibürgerliche Sammlungsbe-
 wegung ins Leben rufen wollten, die große Teile der Anhängerschaft der »Action Française« mit sich ziehen und mit »Anciens Combattants«, mit Intellektuellen und

⁷⁴ Hierzu GUCHET (wie Anm. 58) S. 145 ff. und SÉRANT, *Les Dissidents* (wie Anm. 61) S. 20 ff.

⁷⁵ Vgl. die Angabe in AN F7-13.208 (Bericht v. 1. 7. 1926): in Kreisen der Anhänger des Faisceau herrsche wenig Sympathie für den (angeblichen) Vorschlag Taittingers, die J. P. mit dem Faisceau zu fusionieren, da die gereiften und gestandenen Männer und Frontsoldaten des Faisceau nichts gemein hätten mit den unruhigen jungen Leuten der J. P.

⁷⁶ Vgl. SÉRANT (wie Anm. 61) S. 23 ff. und GUCHET (wie Anm. 58) S. 150 ff. Außerdem AN F7-13.207 (Presse-Fehde zwischen Maurras und Valois) sowie 13.209 (Bericht v. 20. 12. 1925).

⁷⁷ Zum Folgenden vgl. allgemein die Ausführungen in den einschlägigen Kapiteln bei SÉRANT (wie Anm. 61) und vor allem GUCHET (wie Anm. 58); detaillierte Angaben über die Entwicklung der Führungsequipe des Faisceau finden sich in zahlreichen Berichten der Politischen Polizei u. a. im: AN F7-13.208 (speziell v. 1. 7. 26, 16. 6. 26, 14. 12. 25), 13.209 (23. 12. 25, 18. 12. 25, 25. 11. 25, 14. 12. 25, 8. 12. 25), 13.212 (18. 1. 27, 22. 1. 27, 16. 2. 27, 25. 4. 27, 30. 4. 27, 3. 8. 27).

Arbeitern, die man zu gewinnen hoffte, vereinigen wollte. Auf diese Weise sollte eine machtvolle Massenbewegung entstehen, die zum Ziel hatte, den »état parlementaire et bourgeois« durch einen »Etat National« auf der Grundlage der Prinzipien »justice social«, »intérêt national« und »unité nationale« zu ersetzen. Unter dieser Devise sammelten sich in der Führungsmannschaft des »Faisceau« sowohl Theoretiker des »Neuen Staates« wie Valois und seine intellektuellen Gesinnungsfreunde aus dem früheren »Cercle Proudhon« als auch in syndikalistischen Traditionen verwurzelte Systemkritiker. Zu ihnen stießen, teils aus den Reihen der »Action Française«, teils von anderen Gruppierungen manche rechtsextremistische Aktivisten, die den Umsturz des Bestehenden auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Hinzu kamen etliche Vertreter aus Industrie und Wirtschaft, die entweder – wie Eugène Mathon aus Roubaix⁷⁸ – fasziniert waren von Valois Idee einer »économie nouvelle«, oder die, wie Hennessy, Coty⁷⁹ und gewisse Vertreter der Textilindustrie des Nordens, im »Faisceau« nur ein weiteres Instrument des antikommunistischen Kampfes zu finden hofften.⁸⁰

So ist schon in der Anfangsphase eine erhebliche Heterogenität der politischen Führungskräfte des Faisceau erkennbar. Sie ließ sich auch nicht mehr abbauen. Die von Valois und seinen Freunden erhoffte Spaltung der »Action Française« oder wenigstens eine massive Sezession konnten nicht erreicht werden. Maurras und Pujo entfesselten eine nachdrückliche Kampagne gegen Valois, um die Gefahr einer Abfallbewegung vor allem auch prominenter »Action Française«-Vertreter einzudämmen. Dies gelang ihnen zum größten Teil. Eine so profilierte Persönlichkeit wie Xavier Vallat blieb nach anfänglichem Engagement für den »Faisceau« schließlich doch bei der alten Liga. Auch andere wie beispielsweise Louis Dimier stellten ihre Aktivität für den »Faisceau« bald wieder ein. Es gelang also Valois nicht, prominente Persönlichkeiten oder zahlenmäßig ins Gewicht fallende Anhängergruppen von der »Action Française« abzuspalten und für den »Faisceau« auf Dauer zu gewinnen.⁸¹

Ebenfalls haben sich von Anfang an die maßgebenden Kreise der etablierten nationalistischen und rechtskonservativen Ligen wie etwa der Patriotenliga oder Castelnaus »Fédération Nationale Catholique« dem »Faisceau« versagt, ein Verhalten, das in auffallendem Gegensatz zu der massiven Unterstützung stand, die sie Taittingers J. P. zunächst gewährt hatten.⁸² Noch im Juni 1926 stieß Valois bei einer Zusammenkunft mit Millerand auf höfliche, aber eindeutige Ablehnung.⁸³ Die autoritäre Staatsauffassung Valois' und seiner Anhänger, ihre damals vertretene Auffassung, nur eine Diktatur – in diesem Zusammenhang wurden zeitweilig die Namen von

⁷⁸ AN F7-13.207/1 (18. 1. 1929 zusammenfassender Bericht der Entwicklung seit 1925). Zu Mathon vgl. auch GUCHET (wie Anm. 58) S. 143f. und 13.208, Rapp. v. November 1925.

⁷⁹ A. KUPFERMAN, François Coty, Journaliste et Homme Politique, Thèse de Doctorat de 3^e Cycle, Faculté des Lettres et des Sciences Humaines de Paris, 1965 (unveröffentlicht).

⁸⁰ AN F7-13.207/1 (Bericht v. 18. 1. 1929); vgl. auch STERNHELL, Anatomie (wie Anm. 58) S. 15f.

⁸¹ Hierzu vgl. die Berichte in AN F7-13.208 vom 6. 12. 1925, vom 10. 4. 1925, vom Januar 1926 sowie in 13.210 vom 20. 1. 1926 vom 21. 4. 1926.

⁸² Reaktion der gemäßigten und der konservativen Rechten sowie der konservativen Ligen auf die Gründung des Faisceau in: AN F7-13.208 (Berichte v. 8. 12. 1925 und 5. 12. 1925).

⁸³ AN F7-13.208 (Bericht v. 16. 6. 26: Millerand machte Vorbehalte gegenüber der Programmatik des Faisceau; er soll gesagt haben: »... je n'entends pas travailler à créer une dictature...«).

General Mangin und Weygand genannt – könnten den notwendigen »redressement national« herbeiführen,⁸⁴ sowie die Ablehnung des »allmächtigen Parlaments«, das nur Sachwalter bourgeois Interessen sei, vor allem aber die letztlich das System der republikanischen Synthese sprengende Sozial- und Wirtschaftsprogrammatisierung – dies alles konnte nur die Ablehnung der gesamten Rechten, von rechtskonservativen bis zu republikanisch-konservativen Gruppierungen hervorrufen. Diese Ablehnung wurde nicht zuletzt dadurch entscheidend verstärkt, daß sich auch etliche jener rechtsextremistischen Elemente, die auf den Umsturz des Bestehenden abzielten, dem »Faisceau« angeschlossen hatten. Sie waren für die konservative und die republikanisch-liberale Rechte alles andere als akzeptabel. Das gilt besonders hinsichtlich der militant-antiparlamentarischen »La Légion« Antoine Rediers, die zum »Faisceau« gestoßen war. Redier verfolgte damit offensichtlich eine eigene Strategie.⁸⁵ Nachdem es ihm zwischen Sommer 1924 und Anfang 1926 nicht gelungen war, als Vizepräsident und Direktoriums-Mitglied den Kurs der J. P.-Bewegung in militant antiparlamentarischem Sinne zu beeinflussen und sie zu einem Instrument des rechtsradikalen Umsturzes zu machen,⁸⁶ versuchte er zunächst noch, dieses Ziel über eine Fusion von J. P. und »Faisceau« zu erreichen. Seine Anhänger aber gaben offensichtlich ihre Sache innerhalb der J. P. bereits auf und liefen in Scharen zum »Faisceau« über. Redier blieb nichts anderes übrig, als sich an die Spitze dieses Trends zu setzen, um nicht als General ohne Truppe dazustehen. Taittingers trennte sich seinerzeit entschlossen von diesen Radikalen; Redier rief seine Anhänger auf, dem »Faisceau« beizutreten.⁸⁷ Damit endete natürlich die mehr oder weniger intensive bisherige Kooperation zwischen J. P. und »Faisceau«. Rediers Gesinnungsfreunde und einige hundert andere militante Vertreter des umstürzlerischen Rechtsextremismus, die auch bei den J. P. gewesen waren, stießen nun zum »Faisceau«. Valois ging daraufhin auf Kollisionskurs gegenüber der traditionellen Rechten und versuchte kräftig, damals auftretende Spannungen zwischen Taittingers Organisation und der »Action Française« zu schüren. Die Idee einer umfassenden Sammlung und Mobilisierung aller aktivistischen Kräfte der Rechten um J. P., »La Légion« und »Faisceau« war somit endgültig gescheitert.⁸⁸ Bitterer Antagonismus herrschte fortan zwischen den Gruppen der

⁸⁴ AN F7-13.208 (Bericht v. 1. 7. 26 über programmatische Rede von dem Direktoriums-Mitglied Jacques Arthuys, Vizepräsident des Faisceau, sowie vom 15. 5. 26: Rede Ph. Barrès' über Diktator-Vorstellungen des Faisceau).

⁸⁵ Zur Entwicklung der »Légion« Rediers und der politischen Strategie Antoine Rediers vgl. das Material in: AN F7-13.208: Bericht v. 12. 3. 25 über die Begründung der Légion; v. 30. 3. 25 über ein »Schéma de Conférence« für die Redner der Légion; v. 27. 8. 25, in dem als Ziel der Légion zitiert wird: »but: détruire le parlementarisme, le parlement et au besoin les parlementaires eux-mêmes.«

⁸⁶ Hierzu ausführlich OLANIÉ-LEGAC (wie Anm. 21) S. 9ff. (auf der Grundlage der Polizeiakten) und PHILIPPET (wie Anm. 21) S. 25ff. (unter Auswertung der Publizistik). Knappe Skizze bei STERNHELL, Anatomie (wie Anm. 54) S. 12.

⁸⁷ AN F7-13.208 (Bericht v. 15. 5. 26 mit Auszügen aus Rediers Rundschreiben. Redier schrieb u. a. der Faisceau sei eine der Légion wesensverwandte Liga, mit der man zusammengehen könne, ohne das eigene Programm ändern zu müssen. Ein Bericht vom 19. 2. 26 berichtete schon vom Übergang zahlreicher Légion-Mitglieder zum Faisceau, am 3. 3. 26 wird von Verhandlungen zwischen Redier und Valois berichtet und von finanziellen Hilfen von Seiten des Faisceau.

⁸⁸ Vgl. die umfassenden Lageberichte in AN F7-13.208 vom 9. 1. 26, vom 11. 1. 26 und April 1926 sowie über die Massendemonstration von Reims am 27. 7. 26 (13. 11. 26 zusammenfassender Bericht mit Materialanlagen).

traditionellen Rechten und dem »Faisceau«. Wohl hatte diese Entwicklung dem »Faisceau« zunächst einigen nicht unbedeutenden Zuwachs gebracht; schätzte man doch Anfang 1926 den Mitgliederbestand der »Légion« auf etwa 10000 Mann.⁸⁹ Aber auf weitere Sicht hin war entscheidend, daß die Ablehnung des »Faisceau« in rechtskonservativen und bürgerlich-konservativen Kreisen nur noch wuchs. Eine Unterstützung von dieser Seite war weniger denn je zu erwarten. Diese negative Perspektive mag Valois in dem Entschluß bestärkt haben, die Bewegung umso nachdrücklicher nach Links nun zu öffnen. Hatte er doch schon zum Entsetzen seiner damaligen Freunde von der »Action Française« im »Nouveau Siècle« vom 19. März 1925 über die Kommunisten geschrieben: »Il n'y pas de différence entre eux et nous. Ils sont comme nous en rébellion contre le règne de l'argent.« Als das Desinteresse, wenn nicht gar die Gegnerschaft der etablierten Rechtskonservativen offenkundig geworden war, scheute er sich daher nicht, aus solchen Auffassungen konkrete politische Schlüsse zu ziehen. Er begann seit Mitte 1926 – in Anknüpfung an bereits früher erfolgte Fühlung – Kontakte zu einigen Kommunisten aufzunehmen.⁹⁰ Er eröffnete einen Dialog mit Marcel Delagrangé, dem kommunistischen Bürgermeister von Périgord, in der Hoffnung, die populistisch-antikapitalistischen Energien zahlreicher Kommunisten von der Fixierung auf Moskau zu lösen und sie auf seine – wie er meinte – »konstruktive Doktrin« gleichsam umzupolen. Er wollte jenen Kommunisten, welche der PCF »par amour des siens, des ouvriers et des paysans«⁹¹ anhängen, von den »moscoutaires« trennen. Hatte er doch zuvor schon einmal den Kommunisten zugerufen: »Vous et nous, . . . nous sommes contre la ploutocratie. Nous sommes les seules troupes actives en bataille contre elle. Vous l'avez renversée en Russie, mais vous n'avez pas su trouver les formules constructives du socialisme. Vous n'avez pas su utiliser les hommes. Nous, nous avons la doctrine constructive. Nous risquons d'être battus chacun de notre côté. Je vous fais une proposition: faisons la révolution ensemble!«⁹²

Valois und seine neo-syndikalistischen Gesinnungsfreunde knüpften hiermit an Gedanken an, die sie bereits zuvor unter dem Einfluß der Ideen Proudhons und Sorels entwickelt hatte. Waren sie doch schon früh von der Vorstellung einer aus der Arbeiterklasse entstehenden Elite fasziniert worden und hatte Valois doch schon vor einigen Jahren davon geträumt, aus Périgord »das Fiume der Arbeiterbewegung«⁹³ zu machen. Jetzt, wo er von der Rechten enttäuscht worden war, wo er erbittert äußerte, von den Leuten der Rechten sei nichts mehr zu erwarten, hoffte er, daß Delagranges Engagement für den »Faisceau« eine enthusiastische Bewegung unter der Arbeiter-

⁸⁹ AN F7-13.208 (Bericht v. Januar 1926); diese Schätzung erscheint bezüglich der Mitglieder übertrieben, fraglos aber ging die Zahl der Sympathisanten und Interessierten in die Zehntausenden; dafür sprechen die hohen Teilnehmerzahlen an den Kundgebungen (13.208, Bericht v. 25. 3. 25) Berichte v. 13. 4. 26, 12. 5. 26 und 26. 5. 26 über anhaltenden Zulauf zum Faisceau.

⁹⁰ Vgl. hierzu GUCHET (wie Anm. 58) S. 160f. sowie den Bericht vom 6. 2. 26 (AN F7-12.950) über das Zusammentreffen zwischen Valois und Delagrangé; zur Persönlichkeit Delagranges und die Situation im Périgord ebd. Bericht v. 7. 4. 26.

⁹¹ Zitat aus »Le Nouveau Siècle« vom 17. 2. 1926.

⁹² G. VALOIS, L'Homme contre l'Argent, Paris 1928, S. 126f.

⁹³ Le Nouveau Siècle vom 18. 2. 1926.

schaft entfesseln könne; denn – so führte er damals aus – ohne die »producteurs« sei nichts zu erreichen.

Im Rahmen dieser strategischen Konzeption nahm er just zu dem Zeitpunkt, als er sich die erwähnte Zurückweisung bei Millerand holte, Kontakte zu einstigen kommunistischen Gewerkschaftsführern des Departement Nord, wie Lauridan⁹⁴ und Bardy, auf, die sich dem »Faisceau« anschlossen. Damit wurde der Versuch gemacht, dem »Faisceau« eine breite Basis in der Arbeiterschaft durch eine Verbindung zu gewerkschaftlichen Kräften und Ex-Kommunisten zu verschaffen.⁹⁵

Den »Corporations«, der berufsständischen Organisation des »Faisceau«, war dabei eine Art Brückenfunktion zugeordnet. Es gelang auch, einige bekannte kommunistische und syndikalistische Arbeiterführer für den »Faisceau« zu gewinnen;⁹⁶ indessen blieben sie letztlich Offiziere ohne Truppen. Ein wirklicher Einbruch in den Mitgliederbestand von PCF und Gewerkschaften gelang nicht. Trotz gewisser Rekrutierungserfolge z. B. unter Eisenbahnern und trotz der Gründung einiger Arbeitergruppen im Norden und Osten, blieb der Politik einer Öffnung nach Links letztlich ein durchschlagender Erfolg versagt.⁹⁷

Die bemerkenswerte Heterogenität der »Faisceau«-Führungsgruppen, die schon den zeitgenössischen Beobachtern auffiel,⁹⁸ war nicht nur die Ursache für die feindselige Haltung nahezu der gesamten etablierten Rechten, sondern führte auch in zunehmendem Maße zu internen Spannungen, die rasch zu einer permanenten Zerreißprobe wurde. Es kam in der Folgezeit mehrfach zu heftigen Polarisierungen: zwischen den Vertretern des umstürzlerisch-rechtsextremistischen Flügels um Arthuys, Lamour, Guéguen einerseits und den von der Linken kommenden Kräften, ehemaligen Kommunisten und Syndikalisten wie dem Bauarbeiter-Führer Pierre Darra,⁹⁹ andererseits, aber auch zwischen dem einstigen kommunistischen Gewerkschaftsführer Lauridan und dem idealistischen Industriellen Mathon¹⁰⁰ – beide aus dem Departement Nord. Die Folge war eine Kette von Austritten und Ausschlüssen. Zunächst verließ Bucard, einer der Strohleute des mächtigen Finanziers zahlreicher rechtsextremistischer Kräfte, François Coty, den »Faisceau«, um nach einer gewissen Zeit als Journalist im

⁹⁴ Henri Lauridan 1921–25, Maire adjoint von Halluin und CGTU-Chef im Departement Nord, prominentes Mitglied der PCF (linker Flügel); 1925 ausgeschlossen aus der Partei ebenso wie Delagrangue wegen nicht-autorisierter Kontakte mit dem Faisceau. Über Lauridan vgl. G. WALTER, *Histoire du Parti Communiste Français*, Paris 1948, S. 115, A. KUPFERMAN, Coty (wie Anm. 79) S. 121 f. sowie G. VALOIS, *L'Homme contre l'Argent*, S. 277 ff. Polizeibericht über die Kooperation zwischen Faisceau und Lauridan: AN F7-13.208 (Bericht v. 7. 6. 26).

⁹⁵ AN F7-13.208 (Bericht v. 18. 7. 26: Delagrangue und Bardy begründen für den Faisceau Arbeitergruppen im Norden und Osten; ebd. 13.212 (Berichte v. 25. 3. 27, 15. 6. 27, 6. 4. 27 und 19. 1. 27).

⁹⁶ So etwa den syndikalistischen Wirtschaftstheoretiker und Ex-Sozialisten J.-B. Lagardelle, einstiger Mitarbeiter Sorels (über ihn vgl. Coston, Bd. 1, S. 590); über andere Ex-Kommunisten vgl. AN F7-13.209 (Berichte v. 27. 11. 26, 7. 6. 26 und 6. 4. 26), 13.210 (Berichte v. 8. 8. 26, 27. 8. 26, und 23. 10. 26), 13.212 (Bericht v. 19. 1. 27: Kontakte mit Ex-PCF-Funktionär Treint).

⁹⁷ Vgl. GUCHET (wie Anm. 58) S. 151 ff. und STERNHELL, *Anatomie* (wie Anm. 58) S. 31 ff.

⁹⁸ AN F7-13.208 (Bericht v. 11. 1. 26, wo der Faisceau als dritte Gruppe von wirklicher Bedeutung auf der Rechten neben den J. P. und der Action Française bezeichnet wurde, die jedoch in ihrer Führung unter einem Mangel an »cohésion« und an »manque d'une direction unique« leide).

⁹⁹ Hierzu GUCHET (wie Anm. 58) S. 167 und VALOIS, *L'Homme contre l'Argent* (wie Anm. 92) S. 238 f.

¹⁰⁰ AN F7-13.208 (Bericht v. 7. 6. 26).

Dienste Cotys schließlich 1934 die Francisten-Partei zu begründen,¹⁰¹ die den italienisch-deutschen Faschismus am nachdrücklichsten kopierte. Damit begann ein Exodus von rechtsextremistischen Radikalen und von Elementen, die man wohl als faschistisch bezeichnen kann. Anfang 1927 dann verließen auch Vertreter des gemäßigten Flügels, unter ihnen der Millionär Serge André, der sich am »Faisceau« fast finanziell ruiniert hatte, die Partei; mit ihm gingen andere finanzstarke Anhänger. Im Vorfeld der Wahlen von 1928 kam es schließlich zur endgültigen Spaltung. Valois und einige seiner Gesinnungsgenossen wie Barthet, der »Faisceau«-Chef von Toulouse, wollten sich an den Wahlen aus propagandistischen Gründen beteiligen, wohingegen die »Revolutionäre« von rechts wie von links, sowie die am italienischen »fascismo« sich orientierende Gruppe um Dr. Winter und Martiny diese Taktik strikt ablehnten.¹⁰² Hinter dieser Kontroverse jedoch standen mehr als nur Meinungsverschiedenheiten um die angemessene politische Taktik. Es war ein Konflikt zwischen militanten Rechtsextremisten und Umstürzern einerseits sowie syndikalistischen Gesellschaftsreformern andererseits. Vor allem war es eine nahezu unvermeidliche Konsequenz aus der Inkonsistenz und Heterogenität der politischen Führungsequipe des »Faisceau«.¹⁰³ Im Verlauf der nunmehr entbrennenden Machtkämpfe zerfiel schließlich der »Faisceau«. Die gegnerischen Gruppierungen belegten sich gegenseitig mit Ausschlußverfügungen. Winter und Martiny gründeten eine faschistische Partei nach italienischem Vorbild, den »Parti Fasciste Révolutionnaire«; Valois versuchte dagegen, seine politischen Ideale in einem ephemeren »Parti Républicaine Syndicaliste« hinüberzuretten. 1928 war das Ende des »Faisceau« gekommen.¹⁰⁴

Es wäre allerdings ein Trugschluß, wolle man annehmen, daß es die geschilderten internen politischen Divergenzen und die Flügelkämpfe mit den sich daraus ergebenden Abspaltungen, Ausschlüssen und Austritten gewesen seien, die den Niedergang des »Faisceau« letztlich verursacht hätten. Die entscheidenden Gründe für das Scheitern dieser Bewegung sind in anderen Bereichen zu suchen. Zunächst ist hervorzuheben, daß die Massenbasis der Bewegung keineswegs mit den einzelnen Fraktionen innerhalb der Führungskader der Bewegung identisch war.¹⁰⁵ Weder das

¹⁰¹ Über Bucard vgl. A. JACOMET, Marcel Bucard et le Mouvement Franciste 1933–1940, Mémoire de Maîtrise, Université de Nanterre 1970 (unveröffentlicht) sowie ders., Les Chefs du Francisme – Marcel Bucard et Paul Guiraud, in: Rev. d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale 25. Jg. (1975), No. 97, S. 45–66; über seine Zusammenarbeit mit Coty vgl. KUPFERMAN (wie Anm. 58) S. 105 ff., 130 ff. speziell S. 123 ff. weiterhin vgl. GUCHET (wie Anm. 58) S. 187 ff. und COSTON (wie Anm. 26) Bd. 1, S. 181 f.

¹⁰² Hierzu vgl. GUCHET (wie Anm. 58) S. 195–97; über die Auflösungserscheinungen in den Départements unterrichten die Polizeiberichte des Jahres 1927 in AN F7-13.212; über den inneren Zerfall des Pariser Führungsgremiums ebd.: Berichte vom 18. 1. 27, 16. 2. 27, 25. 4. 27 und 3. 8. 27.

¹⁰³ Diese Heterogenität spiegelt sich organisatorisch wider in dem spannungsreichen Gegeneinander von »Faisceau des Légions«, wo Redier das Wort führte, und dem »Faisceau des Corporations«, wo ehemalige CGTisten, Syndikalisten und Ex-PCF-Leute wie P. Dumas, M. Lagrange, H. Lauridan, P. Darras u. a. den Ton angaben; auf der Ebene der politischen Führung ist sie erkennbar in der Zusammensetzung des Direktions-Komitees, wo politisch so unterschiedliche Persönlichkeiten wie der rechtsextremistische Arthuys, die Gewerkschaftler Biver und d'Humières, ein konservativer Nationalist wie Ph. Barrès und gemäßigter Reformier wie S. André saßen.

¹⁰⁴ Die sich bis in den Spätsommer hinziehende Agonie des Faisceau ist dokumentiert in AN 13.212, Faszikel »Faisceau 1928«, insbesondere im Bericht v. 26. 2. 1928 über den Nationalkongreß des Faisceau vom 24.–26. 2. 28 in Paris.

¹⁰⁵ Dieser Aspekt ist, soweit ich sehen kann, in den bisherigen Analysen stets vernachlässigt worden.

Ausscheiden syndikalistisch orientierter Elemente noch der Exodus militanter Rechtsextremisten hätte die Anhängerbasis so nachhaltig zerstören können. Mit seinen maximal etwa 25 000 Anhängern stellte der »Faisceau« immerhin eine stattliche politische Kraft dar, die an der Zahl der Mitglieder gemessen ungefähr in der Mitte zwischen »Action Française« einerseits und »Jeunesses Patriotes« sowie PCF andererseits einzuordnen ist. Wenn man die Anhängerschaft des »Faisceau« analysiert und dabei jene Zahlenangaben berücksichtigt, die uns über die in den »Corporations« organisierten Mitglieder vorliegen, dann ist zu erkennen, daß ein erheblicher Teil der Anhängerschaft nicht aus den verschiedenen extremistischen Elementen bestanden hat, sondern in erheblichem Maße aus Angehörigen von Berufen der modernen Wirtschaftssektoren und des Dienstleistungsbereiches. Diese Mitglieder aber waren – wie alle Quellen zeigen – kaum oder gar nicht an den internen Flügelkämpfen der militanten rechten oder linken Extremisten in den Kadern des »Faisceau« interessiert oder gar beteiligt. Ihr Interesse am »Faisceau« war vor allem von der modernistischen Programmatik, wie Valois und seine Freunde sie vertraten, und von der spezifischen berufsständischen Organisationsform bestimmt, durch die sie ihre besonderen beruflichen und sozio-ökonomischen Anliegen eher gewahrt glaubten als durch die etablierten Parteien und politischen Gruppen, die nicht bereit oder fähig waren, die Interessen dieser relativ neuen Sozialschichten und Berufsgruppen besonders zu berücksichtigen. Der sozio-ökonomische Marasmus und Immobilismus jener Jahre gab dann den besten Nährboden ab für die Hinneigung zahlreicher Vertreter dieser Sozial- und Berufsgruppen zum »Faisceau«. Da keine durchgreifenden Veränderungen, keine entschlossenen Maßnahmen zur Krisenbewältigung, kein spürbarer Modernisierungsschub in Wirtschaft und Gesellschaft zu erkennen war, glaubten manche Angehörigen von Berufen des tertiären Sektors und der modernen Industriebranchen, die enttäuscht von den etablierten politischen Gruppierungen waren, daß ihre beruflichen, sozialen und wirtschaftlichen Erwartungen eher von einer Bewegung wie dem »Faisceau« erfüllt werden könnten.¹⁰⁶

Die Kabinette Herriot, Briand und Painlevé waren mit ihrer erfolglosen, Aushilfen über Aushilfen praktizierenden Wirtschafts- und Finanzpolitik ganz und gar nicht in der Lage, diesen Schichten Vertrauen und Zukunftsoptimismus einzuflößen. Die Art und Weise, wie die Regierungen bisher die zentralen finanzpolitischen und wirtschaftlichen Probleme vor sich herschoben, beeinträchtigte in ihren Augen nicht nur ihre persönlichen Interesse- sondern widersprach auch ihren Vorstellungen von der gebotenen Effizienz gouvernementalen Handelns. Hier lag die entscheidende Ursache für ihre zeitweilige politische Radikalisierung, welche sie zum »Faisceau« führte. Sie war Ausdruck eines von sozio-ökonomischen Motiven bestimmten politischen Protestes. In dieser Situation, die ihnen immer auswegloser erschien, mochte gerade die ihren spezifischen Interessen und Idealvorstellungen augenscheinlich entsprechende Programmatik des »Faisceau« sie faszinieren.

Allerdings beinhaltete diese Motivationslage der Anhängerschaft für den »Faisceau« auch eine grundlegende Problematik: sie machte die Bewegung in entscheiden-

¹⁰⁶ Dieser Befund wird indirekt durch die eingehende Analyse bei Sternhell, *passim*, insbesondere S. 38 bestätigt, wo der Verf. resümiert, der Zerfall des Faisceau sei schließlich aus rein konjunkturellen Gründen herbeigeführt worden.

dem Maße von der politisch-ökonomischen Konjunkturlage abhängig. In den Führungskreisen des »Faisceau« hatten einige klarblickende Persönlichkeiten diesen Zusammenhang durchaus erkannt. Philippe Barrès,¹⁰⁷ einer der Hauptpropagandisten des »Faisceau« und Mitglied des engeren Führungskreises, hatte daher eine Art Negativ-Strategie entwickelt. Die Stunde des »Faisceau«, die Möglichkeit, an die Regierungsmacht zu gelangen, werde kommen – so führte er im Mai und Juni 1926 aus – wenn die Krise sich zuspitzte und die Unfähigkeit der alten Parteien vollends offenbar würde.¹⁰⁸ Das war eine eindeutige Spekulation à la baisse und gleichzeitig ein Beweis, daß das Rückgrat der Bewegung nicht jene extremistischen Elemente waren, sondern unzufriedene, protestlerische Kräfte aus bestimmten Sozialgruppen. Das zeigte sich, als Ende Juli 1926 Poincaré auf der Basis der »Union Nationale« ein neues Kabinett bildete und sich tatkräftig an die Lösung der schwierigen Finanz- und Geldwertproblematik machte. Valois sah sofort, daß dadurch seine Baisse-Strategie in eine Krise geraten könnte. Er klammerte sich zunächst an die Hoffnung, die neue Regierung würde bald zerfallen, Painlevé und Herriot würden wieder an die Macht gelangen. Die Folge wäre ein Frankensturz, und der »Faisceau« könnte infolge der daraus resultierenden Schreckreaktion in der Bevölkerung wieder weiteren Zulauf erhalten.¹⁰⁹

Für das weitere Schicksal des »Faisceau« waren indessen zwei Faktoren entscheidend: erstens, daß es allmählich der Regierung Poincaré gelang, eine erfolgversprechende Finanzpolitik einzuleiten und dadurch die akute Vertrauenskrise zu bewältigen; sowie zweitens, daß seit Sommer 1926 die Bewegung in eine fatale Finanzkrise geriet. Die in der Führung des »Faisceau« gehegten Erwartungen einer Baisse-Spekulation erfüllten sich also nicht. Poincaré saß fest im Sattel und errang in zunehmendem Maße das Vertrauen der Bevölkerungsteile, aus denen Valois weiteren Zulauf erwartet hatte. In der ersten Jahreshälfte hatte der »Faisceau«, wie den Polizeiberichten entnommen werden kann,¹¹⁰ noch starken Zulauf. Noch im Juni wurde festgestellt, daß keine Verminderung der Anmeldungen eingetreten sei. Einen Monat darauf jedoch wurde auf der Delegiertenversammlung darüber geklagt, daß im Großraum von Paris die Gewinnung neuer Anhänger vollständig auf einen toten Punkt angekommen sei, nur in der Provinz stiegen die Anmeldungen noch. Im Herbst verminderte sich dann der Zustrom gerade bei den »Corporations« erheblich, wenn-

¹⁰⁷ Über Barrès vgl. COSTON (wie Anm. 26) Bd. 1, S. 94f. Philippe Barrès war der Sohn von Maurice Barrès; er war in den dreißiger Jahren Chefredakteur des *Matin* und des *Paris-Soir*, in der Vierten Republik RPF-Abgeordneter.

¹⁰⁸ AN F7-13.208 (Bericht v. 15. 5. 26 und 6. 11. 26) und »Le Nouveau Siècle« v. 26. 6. 26; die Massenveranstaltung des Faisceau in Reims (27. 6. 26) stand ganz unter dem Zeichen der Finanzkrise (zusammenfassender Bericht v. 13. 11. 26). Vgl. auch GUCHET (wie Anm. 58) S. 172ff.

¹⁰⁹ AN F7-13.208 (Bericht v. 27. 12. 26; außerdem vom 11. 6. 26: Valois zeigte sich optimistisch, die Finanzkrise werde das Parlament diskreditieren und dem Faisceau neu weiteren Zulauf verschaffen. Dieser habe jetzt 40000 Anhänger. Bericht v. 6. 11. 26: Faisceau sei generell gegen Poincaré-Kabinett, das den Parlamentarismus nur retten wolle; Valois liege nichts an Stabilisierung, da sie dem Faisceau bei Besserung der Lage keine Chancen lasse). Weitere Berichte mit entsprechender Tendenz in 13.210 (Berichte v. 6. 11. 26, 22. 11. 26, 7. 12. 26, 22. 1. 27 und 22. 2. 27). Vgl. vor allem auch Valois' Artikel in »Le Nouveau Siècle« vom 24. 7. 26, 28. 7. 26, 1. 8. 26, 26. 8. 26, 30. und 31. 8. 26.

¹¹⁰ Über die Entwicklung der Anhängerschaft orientieren die laufenden Polizeiberichte in: AN F7-13.208 (Berichte v. 6. 1. 26, 10. 4. und 13. 4. 26, 12. 5. 26, 11. 6. 26 und 31. 10. 26; Bericht über die Delegiertenversammlung v. 18. 7. 26).

gleich er immerhin noch auf etwa 100 bis 160 Personen wöchentlich geschätzt wurde. Aber gerade jetzt machte sich entscheidend der Mangel an ausreichenden Geldmitteln bemerkbar und beeinträchtigte auch in den Regionen, in denen noch ein gewisses Reservoir an Sympathisanten vorhanden war, die Propaganda zur Gewinnung neuer Anhänger und den Ausbau der Organisationsstruktur.¹¹¹ Schon im Februar hatte Valois über starke finanzielle Pressionen geklagt, die darauf abzielten, ihn zu einer Änderung seiner Politik zu bewegen. Zwar konnte der »Faisceau« noch im Sommer das Massentreffen in Reims finanzieren; aber als im November Coty sowie Mathon und die Geldgeber aus der nordfranzösischen Industrie ihre Finanzunterstützung einstellten, hatte dies fatale Konsequenzen. Die Zeitung »Nouveau Siècle« ließ sich als Tageszeitung nicht mehr halten und stellte auf wöchentliches Erscheinen um. Anfang 1927 war die Bewegung finanziell ziemlich am Ende.¹¹²

Zur gleichen Zeit war es innerhalb der Führungsgruppen des »Faisceau« auch zu Differenzen über die Beurteilung der Regierung Poincaré gekommen.¹¹³ Von den einen wurde die Regierung Poincaré heftig bekämpft, da sie gerade das »System« zu stabilisieren begann, auf dessen Diskreditierung man ja die eigene Strategie aufgebaut hatte. Andere dagegen machten sich zum Sprachrohr der mehr nationalistisch-konservativen Elemente und nahmen eine pro-ministerielle Haltung ein, die wohl auch mehr derjenigen der Masse der Anhänger entsprach. Valois griff den Regierungschef wegen dessen Haltung in der Frage der interalliierten Schulden scharf an, wogegen Barrés eine Polemik gegenüber dem »großen nationalen Führer aus Lothringen« ablehnte. Gleichzeitig orientierten sich Teile der »Faisceau«-Führung zudem stärker nach Links. Lauridans Aktivitäten führten zu Kontroversen mit Mathon und dem Industrieflügel.¹¹⁴ Als auf der Tagung des »Conseil Général« Mitte Juli in Paris einige Delegierte erklärten: »Nous nous fichons des industriels et pensons orienter notre recrutement uniquement du côté des ouvriers!«¹¹⁵ hatte das die erwähnte Abwendung der industriellen Geldgeber vom »Faisceau« zur Folge. Außerdem spitzten sich auch die Spannungen zwischen den militant rechtsextremistischen »Légions« und den ständischen Berufsorganisationen des »Faisceau« stärker zu, in denen sich vor allem jene Anhänger organisiert hatten, die aus den industriell-technischen und neumittelständischen Berufen stammten.¹¹⁶

¹¹¹ AN F7-13.208 (Bericht v. 31. 10. 26).

¹¹² Über die Finanzierung des Faisceau vgl. allgemein die Angaben bei STERNHELL, Anatomie (wie Anm. 58) S. 19 ff. und GUCHET (wie Anm. 58) S. 165 ff. und 184 ff. sowie ergänzend zu beiden AN 13.245 (Bericht v. 21. 11. 25: auch der Vizepräsident der italienischen »Fascio de Paris«, Duc de Camastra, gehörte zu den Finanziers des Faisceau. Es ist zu vermuten, daß über ihn italienische Gelder auch an den Faisceau flossen. Das unterstellte z. B. die »Humanité« v. 14. 2. 26. – Im einzelnen zur Finanzlage des Faisceau 1926/27 vgl. AN F7-13.240 (Berichte v. 27. 2. 26, 7. 6. 26, 26. 10. 26, sowie das Faszikel »Nouveau Siècle-Dossier«, das Materialien über die Finanzlage der Zeitung von 1925–1928 enthält) sowie 13.212 (Berichte v. 25. 1. 27, 2. 2. 27, 3. 1. 27, 10. 3. 27, 29. 6. 26, 22. 11. 27).

¹¹³ Zum folgenden vgl. AN F7-13.208 (Bericht v. 6. 11. 26) und 13.212 (Berichte v. 22. 1. 27, 18. 1. 27, 10. 3. 27, 15. 6. 27).

¹¹⁴ AN F7-13.212 (Bericht v. 12. 4. 27).

¹¹⁵ AN F7-13.208 (Bericht v. 18. 7. 26).

¹¹⁶ Vgl. Sternhell, Anatomie, S. 23 sowie die Berichte vom 26. 7. 27, 7. 1. 27, 18. 1. 27 (in AN F7-13.212), welche die Diskrepanzen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen innerhalb der Anhängerschaft und deren Reflex innerhalb der Führungsgruppen sowohl in Paris wie in den Departements enthalten.

An dem »Phänomen Poincaré« wird somit die wesentliche Ursache für den Niedergang des »Faisceau« sichtbar. Die Flügelkämpfe und die Abwendung bisheriger Geldgeber sind in dieser Hinsicht nur Sekundär-Erscheinungen. Sie standen indirekt im Zusammenhang mit dem Wechsel der politisch-psychologischen Großwetterlage, der mit der Bildung eines »Union Nationale«-Kabinetts unter Poincaré sich abzuzeichnen begann. Sehr direkt indessen schlug der politische Konjunkturschwung auf die Massenbasis der Bewegung durch: die Anhänger, welche sich überwiegend aus den Reihen jener gesellschaftlichen Gruppen rekrutierten, die vornehmlich im Gefolge der Entwicklung moderner Industrien und des tertiären Sektors der französischen Wirtschaft an Gewicht gewonnen hatten, wandten sich vom »Faisceau« ab. Sie sahen nunmehr mit der Hoffnung auf ökonomische Prosperität die Voraussetzung für die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und damit langfristig auch die grundlegende Verbesserung ihrer Lage wiedererstreben. Nicht Flügelkämpfe und mangelnde politische Kohärenz in den Führungskadern waren es also, die den endgültigen Mißerfolg des »Faisceau« erklären, sondern der mit dem Erfolg der Regierung Poincaré eingetretene politisch-psychologische Umschwung. Mit dieser Erkenntnis gewinnt man zugleich wichtige Einsichten, die für eine historische Einordnung dieses interessanten politischen Phänomens, des »Faisceau«, von zentraler Bedeutung sind.

Der offenkundige Zusammenhang zwischen der Entwicklung des »Faisceau« und den Schwankungen der politisch-ökonomischen Gesamtlage zeigt eindeutig, daß nicht die militanten politischen Extremisten linker und rechter Provenienz das charakteristische Element der Bewegung bildeten. Gewiß, vordergründig gaben sie den Ton an, sie stellten auch einen Teil der Führungskader; aber wer die Betrachtung nur auf sie beschränkt, verstellt sich den Blick für die historische Bedeutung des »Faisceau«. Diese Leute repräsentierten nur ein sehr begrenztes Potential an extremistisch-umstürzlerischen Kräften, die damals von einer der zahlreich entstehenden systemkritischen Formationen zur anderen pendelten, immer auf der Suche nach der für ihre radikalen Ansichten brauchbaren politischen Plattform. Jedoch entweder trennten sie sich über kurz oder lang wieder von der jeweiligen Organisation, die zunächst ihren Vorstellungen zu entsprechen schien, oder sie wurden alsbald von dieser abgestoßen und ausgeschlossen. Daher waren Ausschlüsse, Abspaltungen und interne Machtkämpfe so typisch für diese Art politischer Gruppierungen der Zwischenkriegszeit. Manche solcher Elemente gründeten schließlich nach einer mehr oder weniger langen Odyssee durch die verschiedensten politischen Gruppen ihre eigene, meist kurzlebige, stets aber marginale Organisation. Typisch dafür sind beispielsweise Aktivisten wie Antoine Redier und Marcel Bucard. Redier gründete zunächst die schon erwähnte antiparlamentarische Gruppe »La Légion«, glaubte dann, mit und bei Taittingers J. P. eine Wirkmöglichkeit zu finden, dann betrieb er die Fusion mit J. P. und »Faisceau«, schließlich brach er mit den J. P. und ging mit seinen Anhängern zum »Faisceau«, von dem er sich alsbald ebenfalls wieder trennte.¹¹⁷ In ähnlicher Weise hat Marcel Bucard¹¹⁸ sich zunächst bei Valois' Organ »Le Nouveau Siècle« und innerhalb

¹¹⁷ Diese Entwicklung Rediers und seiner Gruppe »La Légion« wird gut erkennbar in den Berichten, die sich in dem Faszikel »La Légion« in AN F7-13.208 befinden.

¹¹⁸ Über ihn vgl. die Angaben oben unter Anm. 101.

des »Faisceau« engagiert; danach stand er mit Pate bei der Gründung der »Croix de Feu«, schloß sich dann für kurze Zeit Gustav Hervé an, um schließlich mit der Begründung der Francisten-Bewegung die wohl rabiataste rechtsrevolutionäre Gruppierung Frankreichs ins Leben zu rufen. Solcher Art politischer Irrfahrten machten auch manche rechts-radikale Intellektuelle durch: Drieu La Rochelle kam von der »Action Française«, ging dann zum Frontismus des Gaston Bergéry über, um danach für eine gewisse Zeit in dem PPF Doriots seine politische Heimat zu finden.¹¹⁹

Derartige Kräfte, meist undifferenziert als faschistisch bezeichnet, haben aufgrund ihres spektakulären Auftretens und ihrer aktivistischen Omnipräsenz verständlicherweise auch in der wissenschaftlichen Literatur besondere Aufmerksamkeit gefunden. Aber eben nicht sie, die fast überall und irgendwann in den Führungskadern der extremistischen Parteien und Gruppierungen zu finden waren, sind für die historische Erfassung und Einordnung einer politischen Erscheinung wie dem »Faisceau« von Bedeutung, sondern die Masse der Anhänger und Sympathisanten. Und gerade diese unterscheiden sich in Zusammensetzung und politischen Aspirationen erheblich von jenen unruhigen militanten extremistischen Elementen, die überall kometenhaft auftauchen und über kurz oder lang wieder weiterzogen oder ganz verschwanden. Vergleicht man nämlich die in den Quellen zwar nicht in großer Fülle, aber doch in hinreichendem Maße enthaltenen Daten zur Sozialstruktur und geographischen Verbreitung der aktiven Anhängerschaft der »Jeunesses Patriotes« und des »Faisceau« und kontrastiert sie mit den entsprechenden Daten für die »Action Française«, dann erhält man ein aufschlußreicheres Bild als es die Fixierung der Betrachtung auf jene nahezu überall auftretenden »faschistischen« Führungsaktivisten und Intellektuellen bietet:¹²⁰ vor allem wird dann eine historische Einordnung dieser Gruppen möglich:

	Action Fr. (1933)	Jeunesses P. (1926/27)	Faisceau (1926/28)
1. Akadem. Honoratioren	34,4 %	25,8 %	20,4 %
2. Handwerker, kleine Geschäftsleute	21,5 %	21 %	26,4 %
3. Militärs (a. D. oder d. Res.)	15 %	15,4 %	5 %
4. Bauern, Landwirte	12,3 %	0,7 %	3,6 %
5. Industrielle	7,6 %	11 %	13 %
6. Ingenieure	1,4 %	3 %	–
7. Leitende Angestellte	–	3,3 %	4,6 %
8. Angestellte, untere Beamte	7 %	19,1 %	21,5 %
9. Arbeiter	–	–	5,5 %
10. Rentiers, Pensionäre	–	0,7 %	–

¹¹⁹ Über ihn vgl. u. a. Alfred PFEIL, *Die französische Kriegsgeneration und der Faschismus: Pierre Drieu La Rochelle als politischer Schriftsteller*, München 1971; sowie neuerdings Dominique DESANTI, *Drieu La Rochelle ou le Séducteur Mystifié*, Paris 1978 und Pierre ANDREU et Frédéric GROVER, *Drieu La Rochelle*, Paris 1978.

¹²⁰ Vgl. Anmerkung 67 oben (für den Faisceau) sowie (für die Jeunesses Patriotes) auch die in AN F7-13.232, 13.233, 13.234, 13.235 und 12.952–12.958 enthaltenen Daten! Die Aufstellung über die J. P. beruht auf einer Auswertung von Angaben über 34 Departements von den 56 Departements, in denen diese Organisation vertreten war.

Was die »Action Française« anbetrifft, so zeigen diese aus dem Almanach der Liga von 1933 gewonnenen Sozialdaten ein – wie Eugen Weber es formulierte¹²¹ – »nahezu perfektes Portrait einer vor-industriellen Gesellschaft« – ein Eindruck, der noch verstärkt wird durch die Tatsache, daß etwa 20% der »militants« der »Action Française« Träger adliger Namen waren. Auch die Anhängerschaft der »Jeunesses Patriotes« bietet nicht gerade das Bild einer modernen Industriegesellschaft: Militärs und gewerblicher Mittelstand sind nahezu genauso stark wie bei der »Action Française« vertreten. Akademische Honoratioren – also Rechtsanwälte, Ärzte, Professoren, Richter etc. – sind zwar bei den J. P. immer noch die stärkste Gruppe, aber mit 25,8% deutlich geringer als bei der »Action Française« (34,4%). Die bemerkenswerteste Differenz jedoch liegt bei den landwirtschaftlich-bäuerlichen Berufen, die bei den J. P. nur mit einer statistisch kaum mehr zu berücksichtigenden Größe von 0,7% im Gegensatz zu 12,3% bei der »Action Française« auftreten. Dagegen treten Dienstleistungsberufe und Berufe des industriellen Sektors mit über 33% bei den J. P. doppelt so stark als bei der »Action Française« in Erscheinung.

Die Anhängerschaft der J. P. weist sich also als eine soziale Gruppierung aus, die städtisch geprägt¹²² und tendenziell schon industriell orientiert ist, aber im Kern immer noch von der Honoratiorengesellschaft eines Frankreichs des juste milieu-Bürgertums bestimmt ist.¹²³

Dagegen ergibt – wie gezeigt – die Analyse der sozialen Basis des »Faisceau« ein grundlegend abweichendes Bild. Der »Faisceau« repräsentierte sehr wesentlich einen Teil derjenigen Sozialschichten, die – wenngleich innerhalb der Gesamtgesellschaft immer noch minoritär – doch im Gefolge der modernen Wirtschaftsentwicklung Frankreichs schon ein gewisses Gewicht erhalten hatten. Insofern ist die »Faisceau«-Bewegung als Symptom anzusehen für bestimmte, aus der spezifischen politischen und sozio-ökonomischen Entwicklung Frankreichs resultierende Spannungen: Unter dem Druck sich verschärfender Nachkriegsprobleme – vor allem der Geldentwertung und der Frage, wie die Kriegsfolgelasten verteilt werden mußten – hatten offenbar diese gesellschaftlichen Gruppen das Gefühl, daß ihre Interessen innerhalb des bestehenden Herrschaftssystems nicht mehr hinreichend vertreten würden. Dieses System, das auf der politischen und sozio-ökonomischen Interessen-Entente von traditionellem Besitzbürgertum und bäuerlich-gewerblichem Mittelstand aufgebaut war, schien offenbar zeitweilig – nämlich in ökonomischen Krisenlagen – bestimmten

¹²¹ Eugen WEBER, *L'Action Française, Royalism and Reaction in Twentieth-Century France*, Stanford 1962, S. 266.

¹²² Die Zahlenangaben über die J. P.-Mitglieder zeigen dies. 1926: Pariser Raum 12000 von 65000 Mitgliedern. 1929: 25000 Mitglieder in Paris, 76000 in der Provinz; *Phanlanges Universitaires* (1929): Paris 2200 von 3650 insgesamt. Die bei PHILIPPE (wie Anm. 21) S. 117 und 133 angegebenen Effektivstärken, die auf zeitgenössischen J. P.-Angaben beruhen, erscheinen gegenüber diesen Angaben in den Polizeiakten (AN F7-13.232) als weit überhöht. April 1926 gab die Polizei (ebd.) folgende Vergleichszahlen: Action Française: 14500; Faisceau: 20000; Jeunesses Patriotes: 65000. Zu jener Zeit besaßen der PCF ca. 60000, die SFIO 110000 Mitglieder (Kriegel, S. 20 und 35).

¹²³ Eine Übersicht über die Zahl der »Centuries« der J. P. in Paris ergibt ein eindeutiges Übergewicht in den großbürgerlich und akademisch geprägten Arrondissements (6., 7., 8., 9., 16. und 17. Arr.), der Schwerpunkt lag im 16. Arr. (AN F7-13.232 Bericht für September 1926).

Teilen des neuen Mittelstandes und den technisch-industriellen Funktionsschichten¹²⁴ – wenngleich nicht nur diesen – nicht mehr flexibel genug, um ihre Interessen in einer Phase schwieriger gewordener Verteilungskämpfe hinreichend zu repräsentieren. Vom »Faisceau« konnten sich die aktiv-protestlerischen Elemente dieser Schichten zeitweilig angesprochen fühlen. Das in den politisch-sozialen und ökonomischen Vorstellungen des »Faisceau«, vor allem wie Valois sie artikulierte, stark hervortretende modernistische und technizistische Element, verbunden mit politischen Ideen, die gemessen am bestehenden System als radikal gelten mußten, konnten bei ihnen eine umso stärkere Resonanz hervorrufen als etablierte politische Gruppen gerade dieses Elementes entbehrten.

So reflektiert der »Faisceau« erstens bestimmte sozio-ökonomische Veränderungen, vornehmlich die allmähliche Ausbreitung moderner Wachstumsindustrien und der Gewerbezweige des tertiären Sektors; zweitens stellt er eine Reaktion auf Hemmnisse dieser Entwicklung durch die noch überwiegend traditionellen Strukturen Frankreichs dar. Zum dritten ist der »Faisceau« und die Resonanz, die er zeitweilig fand, symptomatisch für ein, mindestens subjektiv von diesen Schichten, empfundenes Repräsentationsdefizit ihrer politischen und sozio-ökonomischen Interessen innerhalb des überkommenen Systems. Abgesehen von dem mit Poincarés Regierung gegebenen politisch-psychologischen Umschwung lag im letzten die Erfolglosigkeit des »Faisceau« – wenn man das Problem in einer umfassenderen Perspektive sieht – sehr viel eher in der Tatsache begründet, daß die Schichten, die sich durch ihn zeitweilig angezogen fühlten, im Gesamtrahmen der Gesellschaft und Wirtschaft Frankreichs noch nicht dominierten, als etwa in der politischen Inkonsistenz und Heterogenität seiner Führungskader.

Wenn die »Action Française« die Nostalgie des vor-industriellen Frankreichs verkörperte, dann stellte der »Faisceau« den politischen Extremismus und den sozio-ökonomischen Protest einer industriegesellschaftlichen Avant-Garde dar, die in einer Phase akuter Repräsentationsproblematik des politisch-gesellschaftlichen Herrschaftssystems hervortraten. Während Taittingers J. P. durch Abgrenzung nach links und rechts ihren politischen Ort im System der überkommenen, wenngleich schon etwas in Bewegung geratenen »Normalität« des republikanischen Frankreichs fanden,¹²⁵ mit seinem noch einflußreichen bürgerlich-großbürgerlichen Honoratioren-

¹²⁴ Vgl. die Angaben über die Faisceau des Corporations, der berufsständischen Gliederung der Bewegung (AN F7-13.210, April 1926); die dort gegebenen absoluten Zahlen (vgl. auch STERNHELL, Anatomie (wie Anm. 58 S. 34) sind hier prozentual umgerechnet:

1. Ingenieurs	23,8%
2. Voyageurs et représentants de commerce	17 %
3. Mécanique et électricité (auto-aviation)	15 %
4. Transports	13,6%
5. Assurances	10,2%
6. Employés de commerce	10,2%
7. Banque et Bourse	10,2%

¹²⁵ Das geschah nicht zuletzt auch auf Kosten der Action Française: Die J. P. waren 1928 in zwölf Departements eingedrungen, in denen die A. F. nicht vertreten war, in sechs von den acht Kerndepartements der A. F. hatten die J. P. Fuß fassen können (AN F7-13.232–13.235). Bei den Wahlen von 1932 wurden in Paris von dreizehn AF-Kandidaten nur drei gewählt, dagegen gelangten mit nur einer Ausnahme alle von der AF bekämpften Kandidaten ins Parlament (WEBER (wie Anm. 121) S. 303). Schon bei den

tum und dem zahlenmäßig dominierenden Bürgertum der Mittel- und Klein-Industrie, des Handels und Gewerbes, landete der »Faisceau« politisch am Ende im Nichts. Das noch zu geringe Gewicht der von ihm aktivierten gesellschaftlichen Gruppen konnte keine dauerhafte und hinreichende Aktionsgrundlage innerhalb der bestehenden Ordnung bieten. Es war noch nicht hinreichend, um die Integration dieses systemüberwindenden protestlerischen politischen Extremismus moderner Sozialgruppen in das politisch-gesellschaftliche Herrschaftssystem der Dritten Republik zu erzwingen oder gar das System zu sprengen.

IV. »Redressement Français«: die politisch-gesellschaftliche Formierung moderner ökonomischer Kräfte

Fast gleichzeitig mit dem »Faisceau« entstand eine von Kräften des industriellen Großbürgertums getragene Gruppierung, deren Vorstellungen und Bestrebungen in mancherlei Hinsicht analoge Züge zum Denken und Wollen des Kreises um Georges Valois aufwiesen. Im Dezember 1925 ergriff der einflußreiche Erdölmagnat und Elektroindustrielle Ernest Mercier die Initiative zur Gründung einer Vereinigung, die sich »Redressement Français« nannte.¹²⁶ Das Gründungsdirektorium bestand überwiegend aus einflußreichen Großindustriellen, Managern, Verlegern und Intellektuellen. Zahlreiche ehemalige »Polytechniciens« gehörten dem »Redressement Français« an wie z. B. Albert Petsche, der Präsident der »Union d'Electricité«, des größten Elektrokonzerns des Landes; weiterhin hohe Beamte wie Ralph Alibert,¹²⁷ Mitglied des »Conseil d'Etat«; dazu Repräsentanten des »Comité des Forges« wie Emile Mireaux und Jacques Bardoux, schließlich Verleger und Publizisten wie Comte de Fels, Besitzer der »Revue de Paris«, und Max Leclerc (Armand Colin). Aus dem Universitätsmilieu kamen unter anderem Emile Bourgeois und Louis Germain-Martin, Abgeordneter und Minister in verschiedenen Kabinetten.

Nach Merciers Vorstellungen¹²⁸ sollte sich im »Redressement« eine nationale Elite vereinen, welche fähig wäre, die Modernisierung und Dynamisierung von Wirtschaft und Gesellschaft Frankreichs voranzutreiben. Öffentlichkeitswirksame Aktivitäten

Wahlen von 1924 (– also schon vor dem päpstlichen Verdikt über die A. F. –) zeichnete sich ab, daß der katholische Westen und Süden stärker modérés-Kandidaten statt Royalisten zu wählen begann (WEBER wie Anm. 121 S. 152f.).

¹²⁶ Vgl. R. F. KUISEL, Ernest Mercier, French Technocrat, Berkeley 1967, S. 48 ff., dessen Arbeit auf der Publizistik und reichhaltigen Privatarchiven (vor allem Kuisels) basiert; weiteres Material in: AN F7-13.241/3 (Bericht v. 16. 1. 26 über die Gründung, die Anfangsfinanzierung und die Gründungsmitglieder sowie die durch diese repräsentierten Wirtschaftssektoren). Zusammenfassende Berichte über die weitere Entwicklung des Redressement Français in: AN F7-13.240 (Berichte v. 20. 1. 28 und 26. 2. 29).

¹²⁷ R. Alibert war vom 17. 6. 40 bis 27. 1. 1941 Justizminister Pétains vgl. COSTON (wie Anm. 26) Bd. 2, S. 16.

¹²⁸ Merciers Vorstellungen sind ausführlich dargestellt bei KUISEL (wie Anm. 126) speziell Kap. 4, passim; vgl. auch für den umfassenden Einordnungsrahmen solcher Vorstellungen P. FRIDENSON, L'Idéologie des grands constructeurs dans l'entre-deux-guerres, in: Mouvement Social no. 81 (1972), S. 51–68 (dort weitere Literatur). Grundlegende Materialien zur politisch-sozialen und wirtschaftlichen Vorstellungswelt des Redressement-Gründers auch in AN F7-13.240 (Broschüren, Redenabdrucke, Aufrufe, Tagungsunterlagen).

publizistischer Art, Vortragsveranstaltungen und Tagungen waren ebenso geplant, wie die Gründung von Expertenkomitees, welche Detailstudien für ein umfassendes Reformprogramm erarbeiten sollten. Hierfür stand alsbald ein meist von Großindustriellen bereitgestellter Fond von rund 15 Millionen Franken zur Verfügung.¹²⁹

Es liegt nahe, die Gründung dieser Vereinigung großbürgerlicher Kräfte mit den schweren sozio-ökonomischen und politischen Krisenerscheinungen des Jahres 1925 – dem anhaltenden Verfall des Franken, der allgemeinen Rezession, den zunehmenden Streiks und den internen Schwierigkeiten des regierenden Links-Kartells – in Verbindung zu setzen.¹³⁰ Der zeitliche Zusammenfall von ökonomischer Krise, Links-Kartell und der Gründung des »Redressement Français« könnte daher zu dem Schluß verleiten, daß es sich bei dieser Vereinigung sowohl um eine neue, den unmittelbaren ökonomischen Bereich überschreitende Interessenvertretung der Industrie als auch um eine großbürgerliche Reaktion auf die Regierung des Links-Kartells gehandelt habe.¹³¹ Es erstaunt daher nicht, daß zeitgenössische Kritiker dem »Redressement« »tendances fascistes« unterstellten, – ein Vorwurf, der auch gegenüber anderen Gruppen der konservativen Rechten erhoben wurde:¹³² Eine solche Einschätzung ist jedoch ebenso fehlleitend wie eine allzu kurzschlüssige Klassifizierung als neuartige industrielle Pressure Group. Der »Redressement« war, wie auch der »Faisceau«, vielmehr symptomatisch für tiefgreifende Transformationsprozesse innerhalb des politisch-sozialen Herrschaftssystems der Dritten Republik. Eine eingehendere Analyse der Kräfte, die den »Redressement« trugen, und ihre politisch-sozialen Vorstellungen und Aktivitäten könnten dies deutlich machen.

Die Initiatoren des »Redressement Français« waren Mercier und eine Gruppe von Gesinnungsfreunden, die sich vornehmlich aus ehemaligen »Polytechniciens« zusammensetzte. Bezeichnenderweise waren sie überwiegend den ökonomisch fortgeschrittensten Industriebranchen, den modernen Wachstumsindustrien, verbunden. Elektroindustrie, Öl-, Gummi-, Autoindustrie sowie einige besonders moderne Bereiche der Stahlindustrie (Röhren und Spezialmaschinen) waren die Branchen, deren Vertreter – wie ein Polizeibericht vom Januar 1926 zeigt¹³³ – sich im »Redressement« um Mercier gesammelt hatten.

Die sozio-ökonomische Krise der Mitt-Zwanziger Jahre wurde für sie zum aktuellen Anstoß für ihre Aktivität im »Redressement«. Sie sahen nunmehr den rechten Zeitpunkt und die notwendige Konstellation für gegeben an, um die Idee einer tiefgreifenden Modernisierung Frankreichs, seiner Wirtschaft ebenso wie seiner Gesellschaft und, gleichsam als unumgängliche Folge, der bestehenden politischen Strukturen zu verwirklichen.¹³⁴ Eine umfassende strukturelle Modernisierung von

¹²⁹ Zur Finanzierung vgl. KUISEL (wie Anm. 126) S. 66ff. und AN F7-13.240 (Berichte v. 16. 1. 26).

¹³⁰ Vgl. KUISEL (wie Anm. 126) S. 45ff.

¹³¹ So vermutete bereits ein Polizeibericht v. 17. 4. 26 (AN F7-13.240).

¹³² Der Rapport A/1137-SF vom 16. 1. 26 (AN F7-13.240) spricht vom Redressement Français als einer »association à tendances fascistes«.

¹³³ Späterhin versuchte der Gründerkreis, die Basis des Redressement zu verbreitern und auch traditionelle Branchen miteinzubeziehen (vgl. AN F7-13.240, Bericht v. 7. 4. 27; Kontakt zur Textilindustrie).

¹³⁴ Vgl. zur damaligen Lage: Tom KEMP, *The French Economy under the franc Poincaré*, in: *The Economic History Review* 24 (1971); ders., *The French Economy 1913–1939, The History of a Decline*, London 1972; ders., *Economic Forces in French History*, London 1971; R. F. KUISEL, *The Socio-economic Modernisation of France in the 20th Century*, Berkeley 1968.

Wirtschaft, Gesellschaft und Staatlichkeit unter der dynamischen Führung einer technokratischen Elite war der zentrale Gedanke Merciers und seiner Freunde. In ihren Augen hatte die bisherige politische und intellektuelle Führungsschicht sich den neuartigen sozio-ökonomischen Problemen der Nachkriegszeit nicht gewachsen gezeigt. Wachstumsförderung, Rationalisierung, Konzentration und Kooperation von Staat und Wirtschaft – so hießen die Schlüsselbegriffe ihres Modernisierungsprogramms. Inspiriert von der neokapitalistischen Renaissance Saint-Simon'scher Ideen und beeindruckt von den praktischen Ergebnissen des amerikanischen »fordism« sahen Mercier und seine Freunde natürlich, daß eine Wirtschaftsreform im Sinne der von ihnen repräsentierten Manager-Elite zugleich tiefgreifende soziale und auch politische Folgen zeitigen würde. Eine durch Rationalisierung und steigende Produktivität ermöglichte Hochlohnpolitik sowie eine grundlegende Verbesserung der sozialen Infrastruktur für alle Teile der Bevölkerung würden ein »rapprochement« der Klassen bringen, durch den wiederum die Produktivität der Wirtschaft stimuliert würde.¹³⁵

Eine neue Solidarität innerhalb der französischen Gesellschaft könnte auf der Grundlage solcherart gesteigerter wirtschaftlicher Produktivität entstehen, eine Solidarität, die nicht mehr von Ideologien und parteipolitischen Bindungen aufgesplittert würde, sondern die auf dem gemeinsamen Interesse an der sozialen und ökonomischen Wohlfahrt des Landes beruhe. Diese neue auf der Idee der »Production« gegründete Solidarität könnte alle Sozialgruppen zu konstruktiver Kooperation veranlassen und auf diese Weise auch dem Klassenkampf-Gedanken gleichsam seine Basis entziehen. In dieser Hinsicht trug das Reformprogramm des Mercier-Kreises einen deutlich anti-revolutionären Charakter. Im Rahmen der angestrebten ökonomischen und sozialen Veränderungen müßte sich auch zwangsläufig die Rolle des Staates wandeln. Anstatt wie bisher Protektionist einer selbstgenügsamen, teilweise unrentablen, teilweise unmodernen Volkswirtschaft zu sein, habe der Staat fortan die geeigneten sozial-, wirtschafts- und finanz-politischen Rahmenbedingungen für die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit der französischen Wirtschaft sicherzustellen. Jedoch dürften die eigenen ökonomischen Aktivitäten des Staates der privatwirtschaftlichen Initiative und Dynamik nicht im Weg stehen. Um diese neuen Funktionen erfolgreich erfüllen zu können, schienen dem Mercier-Kreis umfassende Veränderungen der politisch-institutionellen Struktur des Landes erforderlich zu sein. Vor allem müßten die Kompetenzen der Kammer eingeschränkt und der Einfluß der Parteien auf die Exekutive zurückgedrängt werden; denn ein von fachlicher Inkompetenz wie von Partikularinteressen gleicherweise beherrschter Parlamentarismus des »Régime des Assemblées« sei nicht in der Lage, die dem Staat zugedachten Aufgaben erfolgreich zu bewältigen. Experten und Technokraten sollten die Exekutive stärken und bei der Formulierung und Durchsetzung moderner Politik eine entscheidende Rolle spielen. Eine über Tages- und Gruppeninteressen stehende allein dem »Gemeinwohl« verpflichtete Elite von Technokraten, Managern, Experten und industriellen Produzenten sei am besten zur Führung des Landes geeignet. »Produzenten« und »Techniker«, keiner Klientel oder Partei verpflichtet, durch Talent und

¹³⁵ KUISEL (wie Anm. 134) S. 49ff.

Kompetenz mit der zur Führung erforderlichen Autorität ausgestattet, müßten daher bei einer Reform des Staates und seiner Institutionen hinreichend berücksichtigt werden. Indessen sollte dies keineswegs auf eine Art korporatistischer Konstruktion hinauslaufen; gerade eine solche lehnte Mercier ab, weil sie nur die Organisation der Partikularinteressen bedeutet hätte. Sowohl staatliche Dominanz über die Wirtschaft als auch Beherrschung des Staates durch Interessengruppen sollten vermieden werden; vielmehr war eine Kooperation, eine Art von Symbiose, von modernisiertem Staat und moderner Privatwirtschaft gedacht, wobei die technokratische Elite gleichsam das organische Bindeglied zwischen diesen Bereichen bilden sollte. Mercier und seine Gesinnungsfreunde im *Redressement* sahen daher im »*Redressement*« in erster Linie eine über den Parteien, politischen Gruppen und Verbänden, über Ideologien und Interessen stehende, alle reformerischen und innovativen Kräfte sammelnde Vereinigung, die einer am technologisch-ökonomischen Gesellschaftsideal ausgerichteten Elite zur umfassenden Reform von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat zur wirksamen Durchsetzung ihrer Vorstellungen verhelfen sollte. Zweifellos entsprachen diese Vorstellungen im großen und ganzen durchaus den sozialen, ökonomischen und politischen Notwendigkeiten des Frankreich jener zwanziger Jahre, dessen politische Institutionen sich mit der Bewältigung der komplexen Problematik der Kriegsfolgelasten immer schwerer taten, in dessen Wirtschaft sich eine zunehmende Spannung zwischen den traditionellen und den fortgeschritteneren Sektoren bemerkbar machte und dessen Gesellschaft soziale Defizite aufwies, welche die republikanische Synthese bis zum Bruchpunkt zu belasten drohten. Gleichzeitig ist aber auch nicht zu übersehen, daß die Realisierung eines Programms wie das des »*Redressement Français*« durchaus geeignet war, die speziellen Interessen eines bestimmten Teiles der französischen Wirtschaft, nämlich jene der modernen Wachstumsindustrien, in besonderem Maße zu fördern. Daß gerade die Vertreter dieser Industriebranchen insbesondere im Gründungskreis des »*Redressement*« vertreten waren, kam gewiß nicht von ungefähr; indessen entsprach die weitgehende Identität des »*Redressement*«-Reformprogramms mit den Interessen der technologisch und ökonomisch fortgeschrittensten Teile der französischen Industrie bis zu einem gewissen Grad auch einer akuten Notwendigkeit angesichts der damaligen Situation der Wirtschaft des Landes.¹³⁶

Diese dynamische und innovativ-reformerische Konzeption, die der Mercier-Kreis mit der Gründung des »*Redressement Français*« weiterentwickeln und verwirklichen wollte, war indessen innerhalb des »*Redressement*« nicht unumstritten. Der anfängliche Enthusiasmus, der zunächst die Gründung des »*Redressement*« begleitet hatte, wich bald einer internen, zunehmend kontroversen Diskussion. Merciers Konzeption wurde offensichtlich im »*Redressement*« von verschiedenen Seiten angefochten. Dem zurückschauenden Betrachter enthüllt sich darin die Tatsache, daß diese Vereinigung keineswegs so monolithisch war, wie es auf den ersten Blick schien: Im Frühjahr 1926, in der Phase, in welcher der Übergang von bloß theoretisch-programmatischen Diskussionen zu umfassenderen Aktivitäten des »*Redressement*« erfolgte, begannen

¹³⁶ Dabei floß auch der Gedanke, Frankreichs machtpolitische Größe ökonomisch besser zu fundieren, mit ein: technologisch-ökonomisches Innovationsstreben und privatwirtschaftliche Interessen verbanden sich mit national-machtstaatlichen Motiven vgl. KUISEL (wie Anm. 154) S. 51 f.

interne Auseinandersetzungen, die aufschlußreich für die politische Inhomogenität¹³⁷ der Kräfte waren, die sich während der Gründungsperiode im »Redressement« zusammengefunden hatten. Anlaß dieser Auseinandersetzung waren zwei Artikel des Comte de Fels,¹³⁸ des einflußreichen Herausgebers und Besitzers der »Revue de Paris«, der Mitglied des Direktoriums des »Redressement« war. In ihnen wandte sich der Autor im Rahmen einer Kritik an angeblich konfiskatorischer Steuergesetzgebung und exzessiven Staatsausgaben gegen eine wie auch immer geartete größere Aktivität des Staates im ökonomischen und sozialen Bereich. Seine Darlegungen enthielten eine deutliche Spitze gegen Merciers Vorstellungen von einer neuen Rolle des Staates im wirtschaftlichen Bereich. Klassische liberal-kapitalistische Auffassungen, wie sie de Fels vertrat und die Vorstellungen Merciers von einer Partnerschaft zwischen moderner Wirtschaft und interventionistischem Staat prallten hier aufeinander. Mercier distanzierte sich daher öffentlich im Namen des »Redressement« von den in jenen Artikeln ausgesprochenen Ideen eines Mitgliedes des Gründerkreises und des Führungsdirektoriums.¹³⁹ Als schließlich de Fels, der sich immer stärker als der Repräsentant eines ultra-konservativen Flügels profilierte, mit einigen anderen prominenten Mitgliedern versuchte, den »Redressement« an die Seite rechtskonservativer Gruppierungen zu führen, kam es im August 1926 zum Ausschluß der Vertreter eines solchen Kurses.¹⁴⁰ Hier wurde erkennbar, daß es Kreise gab, die den »Redressement« nicht nur im Sinne bestimmter rechtskonservativer Tendenzen manipulieren wollten, sondern die ihn zu einem Instrument für die Durchsetzung der Interessen traditioneller Wirtschaftsgruppen zu machen trachteten. Insofern waren sie ganz und gar nicht auf die kleine Gruppe um de Fels beschränkt, sondern umfaßten weit machtvollere Kräfte. Schon im April hieß es in einer Analyse der politischen Polizei, daß bestimmte Kreise der Hochfinanz und des Großhandels zusammen mit dem »Comité des Forges« planten, den »Redressement Français« ebenso wie die »Société d'Economie Nationale« (SEN) als Koordinations- und Aktions-Instrumente zur Durchsetzung ihrer Interessen einzuspannen.¹⁴¹ Da die bisher mit der Verteilung von Subventionen zur Wahlvorbereitung im Sinne der Schwerindustrie befaßte »Union d'Intêret Economique« des Senators Billiet infolge der gegen sie von den Regierungen des Links-Kartells geführten Untersuchungen zur Zeit im Hintergrund bleiben sollte, dachte man daran, Subventionen an politische Gruppen, an die Presse und an einzelne Persönlichkeiten über den RF und die SEN zu leiten. Der »Redressement« war in diesem Zusammenhang auch deswegen interessant, weil dessen Leitung erwog, Zeitungen zu begründen bzw. durch Zusendungen oder Aufkauf unter seinen Einfluß

¹³⁷ Diese Inhomogenität ist aus den Polizeiberichten deutlicher zu erkennen als dies Kuisel aufgrund der Materialien aus Privatarchive möglich war.

¹³⁸ »Le Redressement Français« in: *Revue de Paris*, 1. Mai 1926, S. 5–19 und 15. Juli 1926, S. 241–257 (vgl. auch KUISEL wie Anm. 154 S. 75).

¹³⁹ Merciers Stellungnahme in *Le Temps* v. 17. 7. 26.

¹⁴⁰ AN F7-13.240 (Bericht v. 2. 3. 26: de Fels und M. Leclerc (A. Colin Verlag) sollen sich mit 3 Millionen Franken im Redressement engagiert haben, um im Interesse der Ligue Millerand dort zu wirken. Zum Ausschluß dieser Gruppe: KUISEL (wie Anm. 134) S. 75.

¹⁴¹ AN F7-13.240 (Bericht v. 17. 4. 26 und v. September 1926, wo von der Absicht einer engen Kooperation zwischen UIE, Comité des Forges, Association Nationale d'Expansion Economique und dem Redressement berichtet wird).

zu bringen.¹⁴² Das mußte den Intentionen der erwähnten Wirtschaftskreise sehr entgegenkommen. Bei diesen Bemühungen haben wir es fraglos mit neuen Methoden¹⁴³ zur Wahrung spezieller sozio-ökonomischer Interessen zu tun, die sich jedoch im Gegensatz zu den Zielprojektionen des Mercier-Kreises durchaus im Rahmen des bestehenden Herrschaftssystems der Dritten Republik hielten. Im Zusammenhang unserer Analyse ist also festzuhalten, daß es offensichtlich innerhalb des vom Mercier-Kreis ursprünglich als innovativ-gesellschaftsreformerische Vereinigung begründeten »Redressement« auch Vertreter traditioneller Wirtschaftssektoren gab, die entscheidenden Einfluß auf den Kurs des »Redressements« zu gewinnen trachteten. Für sie ging es nicht um sozio-ökonomische und darüber hinaus politische Strukturreformen, sie suchten lediglich nach neuen Methoden und neuen Instrumenten zur Wahrung der speziellen Interessen ihrer der von ihnen vertretenen Wirtschaftssektoren im Rahmen der überkommenen Einfluß- und Machtstrukturen der Dritten Republik. Sie vertraten die selbstgenügsamen und an dynamischer Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft nicht interessierten Sektoren der französischen Wirtschaft und Gesellschaft. Von ihrem Interessenstandpunkt aus war der »Redressement« als ein gefährliches Instrument der Einflußnahme in den Händen der auf Dynamik und Innovation abstellenden Vertreter moderner Wirtschaftssektoren angesehen werden. So war es nicht unlogisch, daß sie versuchten, ihn gleichsam zu unterwandern und ihn ihren Interessen nutzbar zu machen.

Andererseits wurde der Reform-Kurs der Mercier-Gruppe auch von Kräften angefochten, die professionell gesehen, durchaus den modernen Wachstumsindustrien zugerechnet werden müssen. Angesichts des Immobilismus der traditionellen französischen Wirtschaft erschienen ihnen die Interessen der von ihnen repräsentierten Branchen und Sektoren nicht hinreichend vertreten. Dieses Handicap wurde nunmehr angesichts der ökonomischen Krisenlage und der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Kabinette des »Cartel des Gauches« von derart negativem Gewicht für die zukünftige Entwicklung, daß sie eine bedeutend wirksamere Methode der Interessenvertretung für notwendig erachteten. Hierzu schien ihnen der »Redressement Français« das geeignete Instrument zu sein. Im Grunde suchten auch sie nur eine zwar effektive und spezielle, aber doch innerhalb des gegebenen Systems der Dritten Republik letztlich konventionelle Interessenvertretung. Die weitergehenden Reformpläne oder gar die Strukturveränderungen, wie sie der Mercier-Kreis anstrebte, schienen ihnen weit über die aktuellen Notwendigkeiten hinauszuführen. In dieser Hinsicht war es vor allem der mächtige Präsident der »Union d'Electricité«, Albert Petsche, Merciers alter Freund und Förderer, ehemaliger »Polytechnicien«, der das Gesamt-Konzept der Mercier-Gruppe nicht akzeptierte und insbesondere bezüglich der politischen Ausrichtung einen anderen Kurs befürwortete.¹⁴⁴ Gewiß, auch er hielt die nachdrückliche Förderung der modernen Wachstumsindustrien für unumgäng-

¹⁴² AN F7-13.240 (Bericht v. 29. 5. 26).

¹⁴³ Verschiedene Interessengruppen erwogen damals zur Durchsetzung und Verbreitung ihrer Vorstellungen eigene Zeitungen und publizistische Organe von einiger Breitenwirkung, wie Illustrierte und Magazine, ins Leben zu rufen, so z. B. die Fédération des Commerçants (AN F7-13.240: Bericht v. 29. 5. 26).

¹⁴⁴ Über Petsche vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 3 ff., S. 9 ff. Über den Konflikt Petsche-Mercier vgl. AN F7-13.240 (Bericht v. 3. 12. 26).

lich, aber was die sich daraus ergebenden politisch-gesellschaftlichen Konsequenzen anging, war er ganz anderer Ansicht als Mercier. Petsche sah die politische Funktion des »Redressement« vor allem in der Bekämpfung der Regierungspolitik des »Cartel des Gauches« und der Linksparteien sowie in einer auf diesen Zweck abgestellten Agitation bei Senats- und Kammerwahlen und in einer entsprechenden Einflußnahme bei der Aufstellung der Kandidaten. Er wollte mit dem »Redressement« gleichsam ein politisch-publizistisches Aktionszentrum für die sozio-ökonomischen Spezialinteressen der modernen Wachstumsindustrien schaffen. Der Mercier-Kreis hingegen wollte im »Redressement« eine Vereinigung der fortschrittlichen industriellen Elite sehen, welche die Nation auf der Basis eines möglichst breiten Konsensus zu umfassender Erneuerung in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik führen sollte. Er strebte die große umfassende Struktur-Reform an, durch die dann auch die Interessen der modernen Wachstumsindustrie gefördert worden wären. Im »Conseil d'Administration« und im Vorstand setzte Mercier daher den Vorstellungen Petsches von einem Anti-Links-Kampfinstrument seine Ideen eines »Fordismus« und einer »entente réciproque et de rapprochement« von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entgegen, was eben auch ein entspanntes Verhältnis zu den Gruppen der linken Mitte und der system-immanenten Linken erforderte.¹⁴⁵ Petsche aber sah im »Redressement« nur eine neue Form systemkonformer großbürgerlicher Interessenvertretung im Rahmen des »Régime des Assemblées«, eine Aktivierung von Interessen eines Wirtschaftssektors, der bisher innerhalb der Interessenvertretung der französischen Industrie zu kurz gekommen war sowie ein politisches Kampfinstrument gegen jede Tendenz einer Linksöffnung.¹⁴⁶

Freilich, auch der Mercierflügel verfolgte eine Politik, die auf ein Zurückdrängen der SFIO und der Kommunisten hinauslief; jedoch im Unterschied zu Petsche und rechtskonservativen Kreisen wollte man sich gleichzeitig um eine »collaboration intime du prolétariat et du patronat et l'amélioration progressive et rationnelle des moyens d'existence des travailleurs« bemühen.¹⁴⁷ Damit war eine neue politisch-soziale Strategie ins Auge gefaßt, die durch gesellschaftliche Innovation mindestens einen Teil des Anhänger- und Wählerpotentials der extremen Linken (SFIO und PCF) in die republikanische Synthese zu integrieren und somit den harten marxistischen und sozialrevolutionären Kern der Linken zu isolieren hoffte.

Die Auseinandersetzung endete damit, daß Petsche sich Ende Dezember 1926 vom »Redressement« zurückzog.¹⁴⁸ Diese Affäre zeigt aber ebenso wie der Zwist mit de Fels, daß schon in der Frühphase der Bewegung das Konzept Merciers und seiner Gesinnungsfreunde von zwei Seiten aus angegriffen wurde: in diesem Richtungsstreit standen sich eben nicht säuberlich getrennt modernistische Erneuerer aus den fortge-

¹⁴⁵ Der Bericht über die Stellungnahme des Conseil d'Administration gegen Petsches Vorstellungen spricht davon, daß die Notwendigkeit hervorgehoben worden sei, »ménager les partis de gauche« und daher sowie zur Bekämpfung des Kommunismus große Summen an entsprechende Organisationen verteilt worden seien.

¹⁴⁶ Petsche wandte sich in seiner strikten Anti-Links-Tendenz gegen die Tätigkeit eines der aktivsten Propagandisten des Redressement, des Publizisten José Germain, da dieser im Sinne Merciers am »Volonté« mitarbeitete (ebd.).

¹⁴⁷ AN F7-13.240 (Bericht eines Polizei-Informanten v. 20. 10. 27 über politische Tendenzen und Programmatik des Redressement: diese »collaboration« solle politisch abgestützt werden durch eine »Union Générale des Partis«).

¹⁴⁸ AN F7-13.240 (Bericht v. 3. 12. 26 sowie die zusammenfassenden Berichte v. 20. 1. 28 und 26. 2. 29).

schrittensten Industriebranchen und konservative Repräsentanten mehr traditionell strukturierter französischer Wirtschaftssektoren gegenüber; vielmehr schieden sich an dem Konzept umfassender Strukturreformen auch die Geister innerhalb der modernen Wachstumsindustrie. So standen in jenem Richtungsstreit Repräsentanten der modernen Wirtschaftssektoren zusammen mit denen »traditioneller« Sparten gegen das große Reformkonzept der Mercier-Gruppe, wengleich aus unterschiedlichen Motiven. Diese Divergenzen kennzeichneten für längere Zeit die Geschichte des »Redressement«; es kam auch fortan immer wieder zu derartigen Zwistigkeiten, wengleich sich trotz gelegentlicher taktischer Rückzüge Mercier immer wieder durchsetzen konnte. Ungeachtet aber dieser Richtungskämpfe ist erstens festzuhalten, daß trotz der Mitgliedschaft auch von Repräsentanten herkömmlicher Wirtschaftszweige im »Redressement« vornehmlich die fortgeschrittensten Industriesektoren dort vertreten waren. Zweitens ist zu betonen, daß gerade die den letztgenannten Wirtschaftsbereichen entstammenden Mitglieder des »Redressement« auch die innovativ-reformerischen Kräfte repräsentierten, wengleich die Trennlinie zwischen »Reformern« und den auf eine herkömmliche Interessenvertretung bedachten »Redressement«-Anhängern identisch war mit beruflichen bzw. branchenmäßigen Grenzlinien. Im »Redressement« sammelten sich – soweit kann man als vorläufiges Ergebnis einer Analyse der Kräfte festhalten, welche in der Gründungs- und Anfangsphase maßgeblich der Bewegung hervortraten, – vornehmlich innovativ eingestellte Vertreter der technologisch fortgeschrittensten und ökonomisch modernsten Wirtschaftszweige Frankreichs.

Diesen Befund bestätigt auch eine Untersuchung der weiteren politischen Entwicklung der Bewegung. Diese Entwicklung wurde vor allem gekennzeichnet von dem unermüdlichen Aktivismus jener sozio-ökonomischen und politischen Reformkräfte, die, um Mercier geschart, vor allem die Dynamik der fortgeschrittensten Wirtschaftssektoren Frankreichs repräsentierten. Andererseits hatten sie sich immer erneut der Versuche von rechts- und liberal-konservativer Seite zu erwehren, den »Redressement« zum Instrument ihrer Interessen zu machen und die innovativen Reformvertreter auszuschalten oder zu neutralisieren. Dieses Ringen gegensätzlicher Tendenzen begleitete, wenn auch mit wechselnder Intensität, die gesamte Entwicklungsgeschichte des »Redressement«.

Die Auseinandersetzung innerhalb des »Redressement« fand daher mit dem Ausschluß des Kreises um Comte de Fels und dem Ausscheiden von Petsche keinesfalls ihr Ende. Vielmehr brachen sie in der zweiten Jahreshälfte 1927 mit leicht veränderter Frontstellung erneut wieder auf. Unmittelbarer Anlaß war zu jenem Zeitpunkt die Frage, welchen Kurs der »Redressement« im Vorfeld der Kammerwahlen von 1928 einschlagen sollte. Mercier publizierte im Juli 1927 in »Le Temps« und in »L'Avenir« ein Manifest,¹⁴⁹ in dem er nicht nur ein »Programme social minimum«, dessen Finanzierung durch erhöhte Produktivität zu gewährleisten sei, vorlegte, sondern auch eine breite politische Basis für die Durchführung eines solchen Programmes herzustellen suchte; er versicherte nochmals, der »Redressement« sei weder eine neue politische Partei noch ein Syndikat zur Förderung ganz bestimmter Kandidaten bei der kommenden Wahl. Seine Politik war eine doppelte: erstens bemühte er sich, mit

¹⁴⁹ AN F7-13.240 (zusammenfassender Bericht vom 20. 1. 28).

einer Strategie der Öffnung nach allen Seiten Kontakte zu allen Parteien, außer denen der äußersten Linken, aufzunehmen. Sein Ziel war es, eine »Union Générale des partis« in dem erwähnten Rahmen zustande zu bringen, um die notwendigen Struktur-Reformen im Zusammenhang mit der erforderlichen Bewältigung der finanziellen und ökonomischen Krisensituation politisch durchsetzen zu können.¹⁵⁰ Zweitens intensivierte er seit dem Frühjahr seine Bemühungen, durch Aufkauf von Zeitungen oder personelle Einflußnahme die publizistische Wirkungsmöglichkeit des »Redressement« zu verbreitern.¹⁵¹ Dabei zielte diese breitgefächerte publizistische Aktivität weniger darauf ab, sich lediglich Mittel publizistischer Selbstdarstellung zu schaffen, sondern eher in bewußter Konkurrenz zu den publizistischen Aktivitäten der Linksparteien und der Kommunisten auf Kleinbürger- und Arbeiterschichten im Sinne der Ideen des »rapprochement« und der »coopération« werbend einzuwirken.¹⁵² So finanzierte der »Redressement« neben seinem offiziellen Bulletin und neben Wirtschaftszeitungen wie der »Revue industrielle«¹⁵³ eine ganze Reihe von sehr andersartigen Presse-Erzeugnissen wie Familien-, Sport- und Frauenzeitschriften;¹⁵⁴ auch beeinflusste er neben anderen das satirische Wochenblatt »Cri de Paris« und die radikal-sozialistische »La Lanterne« sowie den gemäßigt radikalen »Le Rappel«.¹⁵⁵ In den »roten Vororten« vertrieb der »Redressement« die Wochenzeitung »La Région Parisienne«, deren Motto »travail et coopération« war; ebenfalls unterstützte er Senator Gauthérots antikommunistisches Kampfblatt »La vague rouge«.¹⁵⁶ In der Provinz waren – wie ein Polizeibericht vermerkte¹⁵⁷ – mit Hilfe des »Redressement« bis Frühjahr 1927 angeblich schon zehn neue Zeitungen gegründet worden. Mercier stützte sich bei diesen Aktivitäten insbesondere auf den bisherigen Chefredakteur des »Figaro«, Lucien Romier, sowie auf den ehemaligen Präfekten Henri Cacaud, die jetzt beide in das Direktions-Komitee eintraten.¹⁵⁸

Über diese publizistischen Aktivitäten hinaus versuchte Mercier, vorsichtig Fühler zu den Gewerkschaften und zu bestimmten Kräften innerhalb der SFIO auszustrek-

¹⁵⁰ AN F7-13.240 (Bericht v. 20. 10. 27).

¹⁵¹ AN F7-13.240 (Bericht v. 12. 10. 27; u. a. sollte auch Pierre Dominique die Leitung einer Zeitung erhalten, die der Redressement zusammen mit dem prominenten Radikalsozialisten Jean Goldsky, dem Begründer des Club Desmoulin, Generaldirektor des einflußreichen »Office Général de la Presse Française« und Besitzer der linksgerichteten Zeitung »Paris Phare«, ins Leben rufen wollte. Vgl. auch Berichte vom 26. 1. 27 und 6. 5. 27).

¹⁵² AN F7-13.240 (Bericht v. 12. 10. 27, 29. 5. 26, Sept. 1926, 26. 1. 27 über den Versuch des Redressement, die Zeitung der Union des Gauches »L'Ere Nouvelle« aufzukaufen, die in finanziellen Schwierigkeiten war; Bericht v. 6. 5. 27: der Redressement will angeblich eine gemäßigt fortschrittliche Zeitung begründen; nach Bericht v. 24. 3. 28 sollte Romier in die Leitung des dem Cartel des Gauches nahestehenden »Le Quotidien« eintreten und das Blatt im Sinne der Vorstellungen des Redressement beeinflussen; das Projekt zerschlug sich jedoch).

¹⁵³ AN F7-13.240 (Bericht v. 12. 2. 27: der Redressement soll über eine Aktien-Gesellschaft die Kontrolle über die »Revue Industrielle« erlangt haben).

¹⁵⁴ AN F7-13.240 (Bericht v. 4. 4. 27: z. B. die Zeitschriften »Minerva«, »Nos Plaisirs«, »Le Muscle«; angeblich soll der Redressement für seine Pressepolitik über einen Fond von 30 Millionen Franken verfügen)!

¹⁵⁵ AN F7-13.240 (Berichte v. 28. 12. 26 und 12. 10. 27).

¹⁵⁶ Vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 77 sowie AN F7-13.240 (Bericht v. 20. 1. 28).

¹⁵⁷ AN F7-13.240 (Bericht v. 12. 2. 27).

¹⁵⁸ AN F7-13.240 (Bericht v. 5. 5. 27) und KUISEL (wie Anm. 134) S. 64f.

ken, wo – wie man im Hauptquartier des »Redressement« hoffte – gewisse Technokraten und neo-syndikalistische Kreise vielleicht für Merciers Erneuerungsprogramm aufgeschlossen sein könnten.¹⁵⁹ Hatte doch der linksstehende Wirtschaftswissenschaftler Francis Delaisi bereits in der Anfangsphase der Bewegung im Braintrust Merciers mitgearbeitet;¹⁶⁰ bei den »Radicaux« repräsentierte ein Mann wie Mendès-France¹⁶¹ eine Art jakobinischen Technokratismus und bei den Sozialisten traten der »Polytechnicien« Jules Moch und andere dafür ein,¹⁶² die Idee der Modernisierung in das eigene politische Konzept einzubauen.

Die Politik der Öffnung nach Links – denn darauf lief in praxi Merciers Strategie einer »Union Générale« hinaus – erwies sich indessen bald in doppelter Weise als Fehlschlag. Zum einen mißlang der beabsichtigte »ralliement« der Linken: weder fand die publizistische Sympathiewerbung des »Redressement« Widerhall,¹⁶³ noch führten die Kontakte mit der CGT und der sozialistischen Partei zu einer Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen. In der Führung von CGT und SFIO war man sich sehr rasch der potentiellen Gefährdung bewußt, welche die vom »Redressement« vertretenen Ideen und die Aktivitäten der Mercier-Gruppe für die eigene Machtposition bedeuten könnte. Massive Gegenwirkung setzte daher von dieser Seite ein.¹⁶⁴ Die tieferen Gründe des Fehlschlages lagen in der prinzipiell unterschiedlichen Auffassung von der Rolle des Staates und der privatwirtschaftlichen Struktur der Wirtschaft.

Jene Kräfte der entwickelten Wirtschaftssektoren Frankreichs, die von Mercier und seinen Freunden repräsentiert wurden, dachten wohl an eine gleichberechtigte Kooperation von Staat und Großwirtschaft, an eine Art gemeinsamer ökonomischer Planung von Staat und Großindustrie. Was sie von der Linken trennte, war indessen, daß sie Staatswirtschaft und Staatsmonopole strikt ablehnten; auf der Linken dagegen kam der Verdacht nicht zur Ruhe, die angestrebte Erneuerung sollte letztlich doch einzig und allein nur dem Großkapital nützen.¹⁶⁵ So blieb es in diesem Zusammenhang nicht aus, daß der »Redressement« von den Linksparteien sehr bald mit der UIE identifiziert oder mindestens als deren »trojanisches Pferd« empfunden wurde.

Die zweite Ursache des Fehlschlages der Strategie einer Öffnung nach Links lag darin, daß dieser Kurs innerhalb des »Redressement« selbst umstritten war und von wichtigen Wirtschaftskreisen nicht mitgetragen wurde. Wohl hatte Petsche sich zurückgezogen und war de Fels ausgeschlossen worden, aber noch immer waren im »Redressement« jene Kreise der Großindustrie und der Hochfinanz vertreten, die – ganz im Sinne der Auffassungen Petsches – auch weiterhin das Ziel verfolgten, diese Organisation im Zuge der Wahlvorbereitungen von 1928 als Koordinationszentrum ihrer Aktivitäten zu benutzen. Die publizistische Kapazität, die damit mögliche propagandistische Breitenwirkung sowie die intellektuelle Potenz der von Mercier

¹⁵⁹ Allgemein vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 77 ff., Ph. BAUCHARD, *Les Technocrates et le Pouvoir*, Paris 1966, S. 30 f., 48 ff., 65 ff.

¹⁶⁰ Vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 50 u. 56 sowie COSTON (wie Anm. 26) Bd. 1, S. 345.

¹⁶¹ Vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 70 u. 159; nach AN F7-13.240 (Bericht v. 12. 10. 27) gab es manche Fédérations der Radicaux, die den Ideen des Redressement aufgeschlossen waren.

¹⁶² Vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 79 sowie die umfassende Arbeit von J.-F. BIARD, *L'Idée du Plan dans le Mouvement syndical et socialiste français entre les deux guerres*, Thèse d'Etat, Université de Paris, 1977.

¹⁶³ Vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 80, Anm. 61.

¹⁶⁴ Vgl. *ibid.* S. 77 ff.

¹⁶⁵ *Ibid.* S. 79 f.

geschaffenen Gruppierung, machten den »Redressement« gegenwärtig für sie interessant.¹⁶⁶ Diese Kreise waren aber ganz und gar nicht bereit, die weitergehenden Vorstellungen und Aktivitäten Merciers zu tolerieren oder gar zu unterstützen. Von ihnen jedoch hing der »Redressement« bei der Finanzierung seiner kostspieligen publizistischen Aktivitäten vollkommen ab. So nahm es nicht wunder, daß industrielle Großunternehmen und Investment-Banken, die bisher den »Redressement« mit mehreren 10 Millionen Franken massiv unterstützt hatten,¹⁶⁷ in der Folgezeit ihre Subsidien mehr und mehr zurückhielten. Geraume Zeit nach den Kammerwahlen von 1928 und nach der Frankenstabilisierung zogen sie sich, versteckt hinter Klagen über eine angeblich ineffektive Verwendung der gewährten Finanzmittel, allmählich vom »Redressement« zurück.¹⁶⁸

Mit dieser Entwicklung innerhalb des »Redressement« lief eine massive publizistische Offensive von seiten einer kleinen, aber einflußreichen Gruppe ultra-konservativer Kritiker einher. Sie erreichte um die Jahreswende 1927/28 einen besonderen Höhepunkt. Im Herbst schon hatte Henri de Kérillis Merciers Gruppe als völlig dem »Cartel des Gauches« zugehörig zu denunzieren versucht;¹⁶⁹ nun verbreitete er, der »Redressement« stehe unter dem Einfluß von Caillaux. Vor allem aber startete François Coty im »Figaro« einen Generalangriff.¹⁷⁰ Am 1. 12. 1927 schrieb er, der »Redressement« sei nur »une machine politique habillement montée pour détourner les bonnes intentions, les compétences, les énergies . . . qui pouvaient contribuer à une action féconde et tirer la France des difficultés où l'ont plongée ses ploutocrates démagogues«. Coty's Angriffe gipfelten in dem Vorwurf, daß die führenden Vertreter des »Redressement« – vor allem der frühere Chefredakteur des »Figaro«, Romier, und der Abgeordnete Fougère¹⁷¹ – seien »purs herriotists«; die ganze Organisation huldige einem gefährlichen »cartellisme«. In einem Rundbrief an alle Aktionäre des »Redressement« warnte er vor einem bedenklichen politischen Abdriften der Organisation nach Links. Die »Action Française« unterstützte im übrigen diese Offensive Cotys, von der ein Polizeibericht behauptete,¹⁷² daß sie durchaus nicht ohne Wirkung auf Banken, Versicherungen, das »Comité des Forges« und jene industriellen und gewerblichen Organisationen geblieben sei, die bisher den »Redressement« vornehmlich finanziert hatten. Auch die Aushängeschilder eines nationalen Konservatismus, die Marschälle Joffre und Lyautey, die Mercier bislang ihre moralische Unterstützung geliehen hatten,¹⁷³ legten offenbar eine zunehmende Reserve an den Tag. Coty und die

¹⁶⁶ Vgl. AN F7-13.240 (Bericht v. 17. 4. 26).

¹⁶⁷ AN F7-13.240 (Berichte v. 16. 1. 26; September 1926; 4. 4. 27; 3. 12. 27).

¹⁶⁸ AN F7-13.240 (Berichte v. 3. 12. 27, 2. 1. 29 und 26. 2. 29).

¹⁶⁹ AN F7-13.240 (Bericht v. 9. 11. 27).

¹⁷⁰ Hierzu und zum folgenden vgl. AN F7-13.240 (Berichte v. 1. 12. 27 und 3. 12. 27); vgl. auch KUISEL (wie Anm. 134) S. 75 ff.

¹⁷¹ Nach COSTON (wie Anm. 26) Bd. 1, S. 454 stand Fougère, Abgeordneter von Indre (1910–1936), républicaine indépendant, der zur URD, dann zur Fédération Républicaine gehörte, der für die Ligue des Contribuables eintrat und die Organisationen der die für die »libertés religieuses« eintrat, dem Redressement nahe.

¹⁷² Ibid. vgl. auch Bericht v. 9. 11. 27.

¹⁷³ AN F7-13.240 (Bericht v. 9. 12. 27); über die Beziehungen Merciers zu Lyautey vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 46 ff. und 108. Marschall Foch unterhielt ebenfalls zeitweilig enge Beziehungen zum Redressement; im April 1927 präsierte er der feierlichen Abschlusssitzung eines Kongresses des Redressement (Bericht v. 20. 1. 1928).

»Action Française« war dem »Redressement« einfach nicht regime-kritisch genug, de Kérillis bemängelte die unzureichende national-konservative Einstellung, und die liberal-konservativen Kreise aus Politik und Wirtschaft, die sich anfangs im »Redressement« engagiert hatten, störte die in ihren Augen halsbrecherische progressive Orientierung, die Mercier und sein Kreis der Organisation aufzuzwingen versuchten. So war der »Redressement« Anfang 1928 in die konzentrierte Kritik von mehreren Seiten gekommen.

Unter diesen Umständen schien es Mercier geraten, bereits auf dem Nationalkongreß des »Redressement« im Dezember 1927 zurückhaltend zu taktieren.¹⁷⁴ Wohl setzte er sich, getragen von einem überzeugenden Vertrauensvotum der Versammlung in der Führung des »Redressement« durch, aber der Kongreß legte nicht nur den inneren Dissens über den politischen Kurs aller Welt offen, sondern wies letztlich Merciers Konzept eines bis weit in die Linke reichenden überparteilichen »rapprochement« zurück. Mercier konnte lediglich eine »Union Nationale«-EntschlieÙung durchbringen, die – in der Formulierung seines Gefolgsmannes Cacaud – von der »Fédération Républicaine« bis zu den »Radicaux« und einigen »Radicaux-Socialistes« reichen sollte,¹⁷⁵ was immerhin durch die angestrebte Einbeziehung der »Radicaux« eine Basisverbreiterung bis in die linke Mitte hinein bedeutete und die Voraussetzungen für eine Konsolidierung der politischen Gesamtkonstellation im Sinne der »Jeunesses Patriotes« abgeben konnte. Für Mercier jedoch war dies nur eine bestenfalls zweitklassige Lösung. Die von ihm vertretene Politik, hinter der seine Gegner die Gefahr einer neuen Mitte-Links-Formation lauern sahen, wurde zurückgewiesen. Mercier und Cacaud seien – so formulierte es ein vertraulicher Bericht aus der Sicht der Befürworter einer Politik der »Union républicaine et nationale« innerhalb des »Redressement«¹⁷⁶ – seien auf ihrem Marsch nach Links aufgehalten worden. Auf jeden Fall war für die Phase der Wahlen Merciers Öffnungs- und Integrationspolitik vorerst gescheitert.

In den folgenden Monaten zeigte der »Redressement« in seiner Aktivität daher ganz das Verhalten eines traditionellen Interessenverbandes und einer konventionellen Wahlkampf-Agentur der »Union Nationale«-Gruppierungen.¹⁷⁷

Er kooperierte einträchtig mit der »Union d'Intérêt Economique«, er unterstützte finanziell, publizistisch und organisatorisch die von ihm favorisierten Kandidaten, verzichtete selbst aber auf die Aufstellung eigener Kandidaten.¹⁷⁸ Immerhin vermochte Mercier mit der auch jetzt noch weiterhin propagierten Programmatik einer »organisation intelligente du progrès« in den Reihen der »Radicaux« einigen Anklang zu finden;¹⁷⁹ das aber half im Wahljahr 1928 jedoch eher der Politik einer »republikani-

¹⁷⁴ Materialien und Berichte zu diesem Kongreß in: AN F7-13.240 (insbesondere Berichte v. 17. 12. 27, 15. 12. 27, 21. 12. 27, 16. 12. 27 und 10. 1. 28).

¹⁷⁵ AN F7-13.240 (Bericht v. 20. 1. 28); vgl. auch KUISEL (wie Anm. 134) S. 80f., der irrtümlich die EntschlieÙungsformel des Kongresses mit den Intentionen Merciers in Übereinstimmung sieht.

¹⁷⁶ AN F7-13.240 (Bericht v. 17. 12. 27).

¹⁷⁷ AN F7-13.240 (Berichte v. 17. 12. 27 und v. 24. 3. 28).

¹⁷⁸ AN F7-13.240 (Berichte v. 17. 12. 27 und 21. 1. 28) vgl. auch KUISEL (wie Anm. 134) S. 80ff.

¹⁷⁹ AN F7-13.240 (Bericht v. Januar 28 mit einem Flugblatt des Redressement Français »Aux Instituteurs de France« in dem es hieß: » . . . construire rationnellement la société future . . . La science rapproche de plus en plus les nations (chemin de fer, téléphone, TSF, avions etc.) . . . Créer la richesse et la répartir pour le profit du plus grand nombre, c'est la règle du travail dans une démocratie!«

schen Konzentration«, die schließlich bei den Wahlen unter dem Banner der »Union Nationale« siegte, als der Durchsetzung der Ideen des »Redressement«.

Dennoch wäre es irreleitend, wollte man – wie es seine Funktion bei der Vorbereitung der Wahlen von 1928 nahelegt – annehmen, daß nunmehr der »Redressement« vollständig in den politischen Alltag der Dritten Republik aufgegangen und seines besonderen Charakters verlustig gegangen wäre. Das war keineswegs der Fall. Es gilt jedoch sehr genau zu unterscheiden: in der Zeit vor und während der Wahlen geriet der »Redressement« fraglos in den Sog der Interessengruppen der rechten Mitte und ihrer jeweils aktuellen Politik; Merciers spezifisches Programm wurde dagegen an den Rand gedrängt. Das hatte der Kongreß vom Dezember 1927 klar erwiesen. Der Einfluß mächtiger Geldgeber und der im »Redressement« auch nach dem Ausschluß der de Fels- und der Petsche-Gruppe immer noch vertretenen liberal-konservativen Politik und wirtschaftlichen Interessen war eben noch beträchtlich. Andererseits darf man nicht übersehen, daß der Mercier-Kreis – und er war die Kraft, welche dem »Redressement« seine unverwechselbare Eigenart gab – trotz aller Relativierung seiner Position und trotz aller zeitweiligen Zurückdrängung in Wahlzeiten mit erstaunlicher Vitalität seine Ziele weiterverfolgte. Dies geschah während und nach den Wahlen nicht mehr so sehr durch eigene direkte politische Aktivität – sie überließ man den Interessengruppen und Kräften, deren politische Linie sich seit Dezember 1927 für die Zeit der Wahlen durchgesetzt hatten – sondern durch höchst aktive Bemühungen im parlamentarischen und vorparlamentarischen Raum sowie im publizistischen Bereich etwa durch Organisation von Fachkongressen, Studienzirkeln, Vorträgen, Bulletins und anderer Veröffentlichungen der verschiedensten Art. Noch während der Periode des Wahlkampfes veröffentlichte Mercier, der in der spezifischen Wahlkampfaktivität nur eine wenig bedeutsame Episode in der Entwicklung des »Redressement« sehen wollte, in der »Revue des Deux Mondes« einen Grundsatzartikel »Redresser la France par l'Elite«;¹⁸⁰ Flugblätter und Broschüren für ganz bestimmte Sozial- oder Berufsgruppen wurden veröffentlicht; Versuche, Zeitungen aufzukaufen oder unter »Redressement«-Einfluß zu bringen, wurden erneut gemacht – kurzum die Aktivität des Mercier-Kreises ließ keineswegs nach, sie verlagerte sich lediglich nach dem Scheitern des primär politischen Konzeptes der »Union Générale«.¹⁸¹ In der Phase, wo nach dem Wahlkampf zudem gewisse bisher finanziell engagierte Kreise aus der Großindustrie etwas auf Distanz gingen, verschob sich auch die aktive Anhängerschaft der Organisation etwas zugunsten einer gehobenen bildungsbürgerlichen und technokratischen Mittelschicht sowie zur technischen Intelligenz hin.¹⁸² Die Klagen der Geldgeber aus Großindustrie und Hochfinanz über unzweckmäßige Verwendung der Subsidien ging also parallel mit einer Verstärkung der technokratisch elitär und modernistisch ausgerichteten publizistischen Propaganda, welche just die genannten Sozial- und Berufsgruppen ansprach, die nunmehr erneut sich im »Redressement« engagierten. Systemreformerische Innovation und Modernisierung sowie dezidiertes

¹⁸⁰ Vgl. AN F7-13.240 (Bericht v. 2. 3. 28; dieser Aufsatz führte zu einer politischen Grundsatzdiskussion im Conseil Administratif des Redressement mit Vertretern der mehr traditionellen Richtung).

¹⁸¹ Ibid. und Bericht v. 26. 2. 1929 (ebd.).

¹⁸² Bericht v. 26. 2. 28 (ebd.): »... le Redressement Français recrute principalement ses adhérents parmi les classes moyennes, professeurs, ingénieurs...«

Anti-Kommunismus blieben weiterhin die zentralen Ideen des »Redressement«, mehr noch: sie traten nunmehr wieder klarer als zuvor hervor.¹⁸³

Nach der Bildung der letzten Kabinette Poincaré setzte sich der »Redressement« massiv für jeden Ansatz von Reform- und Sozialpolitik der Regierung ein. Minister wie Loucheur (Arbeitsministerium) und Tardieu (Öffentliche Bauten bzw. Inneres), beides Repräsentanten reformwilliger Kräfte im Kabinett, nahmen mehrfach an Veranstaltungen des »Redressement« teil.¹⁸⁴ Dieser unterstützte nicht nur wichtige Reformvorhaben wie die Sozial- und Wohnungsbau-Gesetze Loucheurs, sondern hatte auch an deren Vorbereitung maßgeblichen Anteil.¹⁸⁵ Mehrere Polizeiberichte von Anfang 1929 beschreiben die Strategie des »Redressement« in dieser Phase sehr zutreffend als nicht unmittelbar auf politische Aktionen abgestellt, sondern als die einer betont sich in den Rahmen des parlamentarischen Systems einfügenden Gruppierung, die das Regime verbessern und effektiver gestalten wolle;¹⁸⁶ der »Redressement« wolle durch sein Programm und die Qualität seiner Mitglieder und Anhänger ein umfassendes gesellschaftspolitisches und technologisches Studienzentrum werden, das durch seine Arbeit für Legislative und Exekutive von zunehmender Bedeutung werden sollte. Dementsprechend kommt eine Analyse der politischen Polizei auch zu dem Schluß, die frühere Annahme, der »Redressement« sei lediglich eine Art Ersatz- und Nachfolge-Organisation der UIE, habe sich als unzutreffend erwiesen.¹⁸⁷ Vielmehr strebe Merciers Gruppe an, durch qualifizierte Studien und die Erarbeitung von überzeugenden Lösungsmöglichkeiten, die über den leistungsfähigen publizistischen und propagandistischen Apparat des »Redressement« sowie über direkte Einflußnahme auf staatliche und ökonomische Funktionsträger zur Geltung gebracht werden sollten, ihr Ziel, die Modernisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft allmählich zu erreichen. Unter dieser Aspekt schien Ende 1929 die Bildung der Regierung Tardieu eine Sternstunde für den »Redressement« zu sein. Tardieus Politik der »prospérité« und der Erneuerung der nationalen Infrastrukturen wurde vom Mercier-Kreis, nicht zuletzt in Hinblick auf ihre ordnungspolitischen Implikationen, uneingeschränkt begrüßt¹⁸⁸ – sehr zum Unterschied zu der eher zurückhaltenden

¹⁸³ Ibid. (». . . et son action politique se borne à lutter contre le Marxisme.«) und Berichte v. 2. 1. 28, 16. 1. 28, 24. 3. 28 und 14. 11. 28 (ebd.); vgl. auch KUISEL (wie Anm. 134) S. 61 f.; wie auch beim Faisceau engagierten sich gewisse Kreise des sozialen Katholizismus im Redressement wie beispielsweise der Begründer und Präsident der Syndicats Patronaux Catholiques, Joseph Zamanski: vgl. AN F7-13.240 (Bericht v. 18. 10. 27 und 25. 20. 27 sowie Kuisel, S. 66). Zamanski verstärkte Mitte der 30er Jahre seinen Einfluß im Sinne korporativer Ideen: KUISEL (wie Anm. 134) S. 96ff.

¹⁸⁴ KUISEL (wie Anm. 134) S. 62f., 85f.

¹⁸⁵ Beide wurden mehrfach zuvor schon in Polizeiberichten als Sympathisanten bzw. als Interessenten des Redressement genannt: AN F7-13.240 (Berichte v. 29. 5. 26, 28. 12. 26, 16. 1. 29).

¹⁸⁶ AN F7-13.240 (Bericht v. 16. 1. 29 über die RF-Generalversammlung v. 15. 1. 29, auf der betont hervorgehoben wurde, daß der Redressement sich keineswegs als antiparlamentarisch auffasse, vielmehr sich bemühe »travailler dans le cadre des institutions républicaines à améliorer la situation matérielle et morale du monde de travail«). Über die für die französische politische Szene wesentliche Differenz zwischen grundsätzlichem Antiparlamentarismus und einem »antiparlamentarisme de circonstance«, vgl. K.-J. MÜLLER, *French Fascism and Modernisation* (wie Anm. 9) S. 94ff.

¹⁸⁷ AN F7-13.240 (Bericht v. 26. 2. 29).

¹⁸⁸ So unterstützte der »Directeur Politique« des Redressement, Henri Cacaud, in der »Revue Industrielle« durchgängig das Programm der Regierung Tardieux, vgl. z. B. unter anderem den Artikel in *Revue Industrielle, Nouvelle Série*, 98, Januar 1930 oder ebd. 101, April 1930.

Stellungnahme, die diese in manchen Bereichen der französischen Industrie fand. Tardieus Pläne für eine ökonomische Modernisierung, für soziale Reformen und für eine technokratisch akzentuierte Umstrukturierung der staatlich-gesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse konvergierten in hohem Maße mit den vom »Redressement« erarbeiteten und vertretenen Vorstellungen. Mercier hatte daher im November 1929 bei der Bildung des Kabinetts Tardieu den Regierungschef als den ersten »Président du Conseil« gefeiert, der wirklich versuche, Frankreich zu regieren;¹⁸⁹ und im Januar 1930 verbreitete der »Redressement« eine Erklärung,¹⁹⁰ in der er die Bildung der Regierung Tardieu nachdrücklich begrüßte. Cacaud kommentierte beifällig Tardieus aufsehenerregende Rede von Dijon im Juli 1930, nachdem er schon im April die seines Erachtens allein durch persönliche Intrigen herbeigeführte Zersplitterung der parlamentarischen Strukturen beklagt hatte, durch welche die Mehrheitsbildung immer schwieriger wurde und gerade diese sei angesichts der drängenden Aufgaben einer strukturellen Erneuerung des Landes nötiger denn je.¹⁹¹

Mercier und seine Freunde begrüßten nicht nur Tardieus Programm, und sie hatten auch nicht nur erheblichen Anteil an der Entwicklung jener Prinzipien und Vorstellungen, die ihm zugrundelagen, sondern Tardieu selbst stand dem »Redressement« seit dessen Begründung nahe.

Für einen kurzen Moment soll Mercier sogar daran gedacht haben, Tardieu die Führung des »Redressement« anzutragen, ließ diesen Gedanken aber dann wieder fallen, weil es für beide Seiten eine Einschränkung der politischen Aktionsfähigkeit bedeutet hätte.¹⁹² Immerhin, für eine kurze Zeit Ende 1929/Anfang 1930 gehörte Mercier zum engeren Berater-Kreis um Tardieu. Manche Reformprojekte gingen sehr weitgehend auf »Redressement«-Studien zurück. Tardieus Ankündigung in seiner Regierungserklärung vom 7. November 1929, das gesamtwirtschaftliche Wachstum habe vor allen anderen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen die erste Priorität sowie die Tatsache, daß die Repräsentanten der konservativ-wirtschaftsliberalen Gruppen der rechten Mehrheit entweder nicht mehr in Tardieus 2. Kabinett berufen wurden, wie der Handels- und Industrie-Minister Bonnefous, oder bald in ihrem Ressort durch innovationsfreundliche Politiker ersetzt wurden, wie es dem Finanzminister Cheron erging, der durch Reynaud abgelöst wurde, – all dies fand ungeteilte Zustimmung im »Redressement«.¹⁹³ Ebenso war dies der Fall bei den ordnungspolitischen Vorstellungen des »Président du Conseil«. Der »Redressement« nahm in gezielten publizistischen Aktionen massiv für Tardieu und dessen Programm Partei und verteidigte es gegen alle Angriffe von Links und Rechts. Vor allem der »Directeur Politique du Redressement Français«, Henri Cacaud, trat vehement für Tardieu ein. Im Januar 1930 verteidigte er den »Plan du perfectionnement de l'outillage national«, das umfassende Infrastrukturprogramm Tardieus, gegenüber der Kritik der Sozialisten als ein durchaus realistisches Programm, das die Billigung aller Franzosen finden müßte.¹⁹⁴ In

¹⁸⁹ Vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 85.

¹⁹⁰ *Le Temps* v. 24. 1. 1930, S. 4.

¹⁹¹ *Revue Industrielle* 101, April 1930, S. 193f. und KUISEL (wie Anm. 134) S. 85.

¹⁹² KUISEL (wie Anm. 134) S. 85.

¹⁹³ *Ibid.* Zur Regierungsbildung vgl. E. BONNEFOUS, *Histoire Politique de la Troisième République* Paris 1956 ff., Bd. 5, S. 429 ff.

¹⁹⁴ *Revue Industrielle*, 98, Januar 1930, S. 1f.

einem noch vor Beginn der Kammerdebatte über das Projekt verfaßten Kommentar nahm er Tardieu gegen alle Änwürfe in Schutz und warf der Opposition vor, reine Obstruktion zu betreiben.¹⁹⁵ Mercier selbst drängte den »Président du Conseil«, die »Radicaux« ins Kabinett hineinzunehmen, um die Abhängigkeit von der modernisierungsfeindlichen Rechten und der rechten Mitte zu vermindern und die politische Basis für die angestrebte Reformpolitik zu verbreitern.¹⁹⁶ Indessen versagten sich die »Radicaux« dem Werben Tardieus und dieser mußte wieder bei der Rechten Anlehnung suchen, was seiner Reformpolitik – wie sich bald zeigen sollte – enge Grenzen setzte. Bei der parlamentarischen Behandlung des Infrastrukturprogrammes der Regierung Tardieu zeigte sich sehr rasch, daß die Repräsentanz reformwilliger Kräfte, vor allem aus den modernen Wirtschaftssektoren, in der politischen Arena vergleichsweise schwach war; angesichts dieser Konstellation und nicht zuletzt wohl auch wegen des in konservativen Wirtschaftskreisen noch immer grassierenden Vorurteils, der »Redressement« neige letztlich doch zu ›linken‹ Tendenzen, ging Tardieu alsbald auf betonte Distanz zu Merciers »Redressement«.¹⁹⁷

Angesichts der bestehenden politischen Kräfteverhältnisse schien dem Ministerpräsidenten eine allzu enge Verbindung mit den als Systemüberwinder verschrienen »Redressement«-Repräsentanten bei den Bemühungen, für seine Politik eine möglichst gefestigte parlamentarische Basis zu erlangen, wohl eher hinderlich zu sein. So vermochte der »Redressement« selbst bei einer so innovativ eingestellten Regierung wie der André Tardieus seine systemreformerischen Vorstellungen letzten Endes nicht entscheidend zur Geltung zu bringen. Dazu mag auch beigetragen haben, daß sein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Ideal, der »fordism«, gerade zu der Zeit, als André Tardieu Regierungschef war, durch den spektakulären Zusammenbruch der amerikanischen Wirtschaft und der daraus resultierenden Weltwirtschaftskrise gründlich kompromittiert wurde. Tardieu ging auf Distanz, Großwirtschaft und Banken desinteressierten sich seit dem Wahlsieg des Rechtsblocks zunehmend und die Mitgliederzahl des »Redressement« stagnierte deutlich.¹⁹⁸ Von der Weltwirtschaftskrise wurden zudem die dem »Redressement« verbundenen Industrien besonders heftig betroffen. Ab 1932 war die Bewegung, gemessen an der Beachtung, die sie zwischen 1926 und 1930/31 gefunden hatte, in deutlichem Niedergang begriffen.¹⁹⁹ Trotz aller Bemühungen Merciers, den »Redressement« in den dreißiger Jahren durch Anlehnung an die Organisationen der »Anciens Combattants« wiederzubeleben, gelang es nicht, diesen Entwicklungstrend aufzuhalten. Der politische Mißerfolg des »Redressement« war offenkundig. Indessen verfielen Mercier und seine Freunde trotz dieser ungünstigen Umstände nicht in Negation und Radikalismus. Sie akzeptierten den Wahlsieg der Linken 1932; sie waren tief besorgt über die Unruhen vom Februar 1934 und begrüßten die Bildung der Regierung Doumergue erleichtert. Trotz seiner heftigen Kritik an den überkommenen Mechanismen der politischen Willensbildung

¹⁹⁵ *Revue Industrielle*, 105, August 1930, S. 462f.

¹⁹⁶ KUISEL (wie Anm. 134) S. 83ff.

¹⁹⁷ *Ibid.*

¹⁹⁸ Nach KUISEL (wie Anm. 134) S. 87, stagnierte die Mitgliederschaft um 1931/32 bei etwa 15000 beitragszahlenden Mitgliedern; für Ende 1927 waren 10000 angegeben worden (ebd. S. 65).

¹⁹⁹ So KUISEL (wie Anm. 134) S. 87–88.

verrannte sich der »Redressement« nie in grundsätzliche Regimefeindlichkeit.²⁰⁰ Diesen technokratischen Modernisten und ihren Anhängern ging es eben primär um Innovation und Verbesserung der sozio-ökonomischen Strukturen, nicht aber um politischen Umsturz. So betonte Mercier beispielsweise auf der Generalversammlung des »Redressement« vom Januar 1929,²⁰¹ mit der Kraft der Vernunft müßten die Ideen des »Redressement« vertreten und verbreitet werden. Es sei ganz deutlich zu machen, daß die Bewegung keinesfalls antiparlamentarisch sei: im Gegenteil trete sie nachdrücklich für den Parlamentarismus ein, den es lediglich zu verbessern und zu modernisieren gelte. Der »Redressement« wolle innerhalb der republikanischen Institutionen eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Nation erreichen. Diesen Standpunkt hat Mercier nach dem Wahlsieg der Rechten 1928 wie nach dem Sieg der Linken 1932 vertreten²⁰² – seine Position hatte grundsätzlichen und nicht opportunistischen Charakter.

Zusammenfassend kann zunächst festgestellt werden, daß Merciers »Redressement Français« historisch gesehen keineswegs das war, was ihm im tagespolitischen Kampf von interessierter Seite unterstellt wurde: weder war er faschistisch oder pro-faschistisch, wie die Linke wähnte, noch vertrat er in technokratischem Gewande eine Spielart des Sozialismus oder linker Systemüberwindung, wie in konservativen Wirtschafts- und Börsenkreisen geargwöhnt wurde. Auch die in der wissenschaftlichen Literatur vertretene Ansicht, es habe sich beim »Redressement« letztlich nur um eine Spielart des Konservatismus gehandelt, um bestimmte, durch die bestehenden Verhältnisse frustrierte konservative Kräfte, die unzufrieden waren mit der Art und Weise, wie das Parlament auf die vielfältigen Nachkriegsprobleme reagierte, auch diese Ansicht greift bei der Erfassung des Phänomens mindestens zu kurz.

Der »Redressement« war vielmehr eine typische Erscheinung der nach dem Ersten Weltkrieg spürbar in Bewegung geratenen sozio-ökonomischen Strukturen Frankreichs und der daraus folgenden politischen Gewichtsverlagerung innerhalb der verschiedenen Gruppen des französischen Bürgertums, speziell auf der Rechten bzw. der rechten Mitte. Die Entwicklung und schließlich das Scheitern des »Redressement Français« waren im Grunde symptomatisch vor allem für die verstärkten Spannungen innerhalb des als »Blockierte Gesellschaft« beschriebenen sozio-ökonomischen Gefüges der Dritten Republik. Diese Spannungen erwachsen aus dem zunehmend sich schärfer ausprägenden Dualismus der französischen Wirtschaft. Dieser Dualismus mit seiner tendenziellen Gegenläufigkeit der Interessen moderner Wachstumsindustrien auf der einen und traditionellen, auf Protektion ihres ökonomischen und gesellschaftlichen status quo bedachten Wirtschaftszweige auf der anderen, hatte sich seit Mitte der zwanziger Jahre insofern verändert, als das Gewicht der modernen Sektoren der Industriewirtschaft erkennbar größer geworden war.

Indessen war diese Entwicklung doch noch nicht soweit vorgeschritten, daß der strukturelle Dualismus schon eindeutig zugunsten der expandierenden Wirtschaftszweige umakzentuiert worden wäre. Wohl hatten diese Branchen relativ an Gewicht

²⁰⁰ Vgl. AN F7-13.240 (Bericht v. 26. 2. 29). Zur weiteren Entwicklung des politisch-gesellschaftlichen Wirkens von E. Mercier und seines Freundeskreises vgl. KUISEL (wie Anm. 134) Kap. 6.

²⁰¹ AN F7-13.240 (Bericht v. 16. 1. 29).

²⁰² Vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 90ff. und 104f.

gewonnen, aber sie hatten sich noch nicht so durchsetzen können, daß eine problemlose Umsetzung ihrer Interessen und Bedürfnisse in parlamentarisch-politische Entscheidungen gewährleistet war. Es war überhaupt unklar, ob dies mit den bestehenden Mechanismen der Transmission sozio-ökonomischer Interessen in die politische Entscheidungsebene überhaupt noch möglich sei. So entstand in Kreisen von Repräsentanten jener Wirtschaftssektoren die Vorstellung, das Herrschaftssystem der Dritten Republik leide unter einem Mangel an Integrationsfähigkeit und Innovationskraft. Jedenfalls setzte sich in ihrer subjektiven Umweltperzeption das Bewußtsein eines erheblichen Integrationsdefizites fest, das vornehmlich auf Kosten ihrer Interessen ginge, das zugleich aber auch das gesamte System beeinträchtigte. Es war daher nur folgerichtig, wenn sich diese Kreise mit dem »Redressement Français« ein Instrument zu schaffen suchten, von dessen Wirkung sie nicht nur eine stärkere Partizipation im politischen Entscheidungsprozeß erhofften, sondern mit dem sie auch jene entscheidenden strukturellen Wandlungen in Wirtschaft, Gesellschaft und staatlich-institutionellem Bereich initiieren konnten, die im Interesse der von ihnen repräsentierten Wirtschaftszweige sowie im Interesse einer zukunftsgerichteten Stärkung des sozio-politischen Herrschaftssystems überhaupt für nötig gehalten wurden. Es war aber nahezu unvermeidlich, daß dieses Vorhaben scheiterte, denn letztlich blieben die den »Redressement« tragenden Kräfte trotz aller bisherigen strukturellen Veränderungen innerhalb der französischen Wirtschaftsbourgeoisie doch immer noch minoritär. So blieb auch der »Redressement« mithin nur das Sprachrohr und das Aktionsinstrument eines relativ beschränkten Kreises. Nicht nur blieben die zeitweiligen Bemühungen ohne nachhaltigen Erfolg, seine Basis in die traditionellen Wirtschaftssektoren wie Textil-, Kohle- und Eisenindustrie hinein zu erweitern;²⁰³ sondern auch seine Beziehungen zum französischen Unternehmerverband, der von diesen Industriezweigen beherrscht wurde, waren nie mehr als bestenfalls kühl,²⁰⁴ und jene zum einflußreichen »Comité des Forges« waren eher durch persönlich-private denn offizielle Kontakte gekennzeichnet.²⁰⁵ Diese Kräfte der französischen Wirtschaftsbourgeoisie sahen ihre Interessen immer noch innerhalb des überkommenen Systems der politisch-parlamentarischen Entscheidungsprozesse hinreichend gewährleistet und fürchteten als Folge der vom Redressement angestrebten strukturellen Änderungen eher eine Majorisierung durch ein in ihren Augen unziemliches Übergewicht der modernen Wirtschaftssektoren.

War die Wirksamkeit des »Redressement« bereits durch die sektoral bestimmte Verschiedenheit der französischen Wirtschaftsinteressen beschränkt, so war sie es kaum weniger durch den Umstand, daß auch innerhalb der modernen Wachstumsindustrien überdies unterschiedliche Vorstellungen über die für eine wirksame Interessenvertretung erforderliche Strategie bestanden: Ein Teil der Industriellen und Manager wollte sich in der Hoffnung auf kurz- und mittelfristige Vorteile an der herkömmlichen antisozialistischen Blockpolitik der Wirtschaft beteiligen und sah daher im »Redressement« nur eine auf diese Strategie abgestellte Wahlkampf- und Interessen-

²⁰³ AN F7-13,240 (Bericht v. 7. 4. 27).

²⁰⁴ Nach KUISEL (wie Anm. 134) S. 74f., hat der Präsident des französischen Unternehmer-Verbandes die Bestrebungen des Mercier-Kreises als »mystique de la modernisation« bezeichnet.

²⁰⁵ Vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 68.

wahrungs-Organisation, wie sie aufgrund des nur rudimentär entwickelten französischen Verbandswesens periodisch vor den Wahlen oder in kritischen Konstellationen ins Leben gerufen oder aktiviert wurden.²⁰⁶ Für sie war der »Redressement« nichts anderes als eine modern organisierte und effektivere Wahlkampf-Organisation und pressure group wie es die »Union d'Intérêt Economique« und die »Société d'Economie Nationale« oder, mit etwas anderer Akzentsetzung, etwa die »Action Nationale et Républicaine« waren. Dagegen zielte die Gruppe um Mercier, die primär den »Redressement« prägte, auf eine langfristige Veränderung der Marktstruktur mit allen daraus resultierenden Konsequenzen.²⁰⁷ Von der Erkenntnis ausgehend, daß für den modernen, expansionsorientierten Markt vor allem die »gleichberechtigte Kooperation«, die sinnvoll ausbalancierte Wechselbeziehung zwischen Konsumenten und Produzenten konstitutiv sei, war es nur ein logischer Schritt zu der gesellschaftspolitischen Forderung, daß der Arbeiterschaft als potentieller und in Zukunft zahlenmäßig größter Konsumentengruppe die materiellen und sozialen Voraussetzungen gesichert werden müßten, die es erlaubten, ihre Marktfunktion zu erfüllen, und die damit zugleich in das bestehende System integriert würden. Ebenfalls würde die angestrebte Modernisierung der Wirtschafts- und der Gesellschaftsstruktur das Verhältnis von Staat und Wirtschaft verändern; das jedoch ging wiederum nicht mit der subjektiven Interessendefinition der mehr traditionellen Wirtschaftsbereiche konform. Demgegenüber lief Merciers sozialpolitisches Programm des »rapprochement« und der »modernisation« den Interessen der von ihm repräsentierten Industrien vollauf parallel. Wenn es dennoch auch Vertreter dieser Industriesektoren gab, die das Programm des »Redressement« als »links« oder gar »sozialistisch« mißverstanden, dann zeigt dies nur, daß das Bewußtsein hinsichtlich der gegebenen Interessenkonstellationen offenkundig hinter der tatsächlichen Entwicklung der Produktionsverhältnisse zurückgeblieben war. Hier lag eine der Ursachen dafür, daß unter den Vertretern der Wachstumsindustrien erheblich divergierende Auffassungen über Tempo und Ausmaß der anzustrebenden Modernisierung, vor allem aber über deren sozio-politische Konsequenzen bestanden. Merciers Auffassung, daß die überkommenen politisch-parlamentarischen Entscheidungsmechanismen den Interessen der von ihm repräsentierten Wirtschaftszweige nicht mehr entsprachen und daher institutionelle Reformen anvisiert werden müßten, die entscheidend in die politisch parlamentarischen Handlungsabläufe eingriffen, wurde von einem Teil seiner Berufsgenossen ganz und gar nicht geteilt. So war also sowohl die Definition der eigenen Interessenlage innerhalb der modernen Industriesektoren kontrovers als auch, in Konsequenz daraus, die Frage der optimalen Strategie zur Sicherung dieser Interessen. Diese Auffassungsunterschiede führten zu einer Fraktionierung unter den Repräsentanten

²⁰⁶ Allgemein vgl. KUISEL (wie Anm. 134) S. 74 ff.; Zur Entwicklung des französischen Verbandswesens vgl. H. W. EHRMANN, *Organized Business in France*, Princeton 1957 und J. MEYNAUD, *Les Groupes de Pression en France*, Paris 1958.

²⁰⁷ Vgl. allgemein auch für die Kontinuität dieser Vorstellungen: R. KUISEL, *Technocrats and Public Economic Policy: From the Third to the Fourth Republic*, in: *Journal of European Economic History* 2 (1973) S. 53–99.

der moderneren Industriezweige, die ein zusätzliches Ursachenelement für den Mißerfolg des »Redressement« war.²⁰⁸

Wohl waren die Auffassungen des Mercier-Kreises nicht immer frei von autoritären und bisweilen sogar tendenziell antiparlamentarischen Akzenten, aber insgesamt zielten sie doch keineswegs auf eine Abschaffung des Parlamentes oder gar der parlamentarischen Demokratie, sondern waren eher abgestellt auf eine interne Verschiebung der Entscheidungsgewichte und auf eine Modifikation der Entscheidungsmechanismen. Bei allem Reformeifer war die Grundhaltung des »Redressement« prinzipiell systemkonform, und zwar sowohl hinsichtlich des republikanisch-parlamentarischen politischen Systems wie im Hinblick auf die privatwirtschaftlich organisierte gesellschaftliche Sphäre.²⁰⁹ Diese systemkonforme Grundhaltung war auch das vielleicht schwerste Hindernis für eine Zusammenarbeit mit extremistischen Organisationen wie dem »Faisceau«.²¹⁰ Denn wenn dieser ebenfalls Ausdruck desselben historischen Wandlungsprozesses im sozio-ökonomischen Bereich gewesen sein mag und ebenfalls gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung auf seine Fahnen geschrieben hatte, so waren es doch vor allem seine systemsprengende neo-syndikalistische Zielsetzung und seine die Privatwirtschaft einschränkenden Intentionen, die eine dauerhafte Kooperation mit dem an neo-kapitalistischen Reformen interessierten »Redressement« unmöglich machten.

Das Scheitern des »Redressement« ist daher auch nicht auf eine mangelnde Integration in die republikanische Herrschaftssynthese zurückzuführen, sondern einerseits darauf, daß er seinen Platz zwischen den noch unerschütterten starren Fronten der systemtragenden Kräfte nicht fand, und andererseits infolge seiner grundsätzlich systemkonformen Tendenz auch eine Entente mit anderen modernisierungsfreundlichen Systemgegnern nicht eingehen konnte. Zwischen diesen Antagonismen ist der »Redressement Français«, der die politisch-gesellschaftliche Formierung moderner ökonomischer Kräfte darstellte, dann aufgegeben worden.

Versucht man ein Resumé der vorstehenden Ausführungen, dann wäre zunächst festzustellen, daß eine Betrachtungsweise, welche von einem, die politische und die sozio-ökonomische Sphäre kombinierenden Strukturmodell des damaligen französischen Herrschaftssystems ausgeht, fraglos über die Ergebnisse bisheriger ideengeschichtlicher und phänomenologischer Beschreibungs- und Erklärungsansätze hinausführt. Wir haben es bei den neuartigen politisch-gesellschaftlichen Phänomenen, die hier zu behandeln waren, nicht – wie die Literatur es überwiegend darstellt – mit einer Neuauflage traditioneller bonapartistischer, autoritärer Tendenzen in faschistischer Couleur zu tun, – und schon gar nicht mit vornehmlich oder überwiegend faschistischen Erscheinungen. Vielmehr waren Gruppierungen wie die »Jeunesses

²⁰⁸ Die Bedeutung dieser internen Divergenzen innerhalb der modernen Wirtschaftssektoren, die eindrucksvoll ihren Niederschlag in den Polizeiberichten fanden, wird m. E. von KUISEL, Mercier (wie Anm. 126) zu gering veranschlagt. Er stellt seine Darstellung ausschließlich auf den Gegensatz von »Modernisten« und »Traditionalisten« innerhalb der französischen Wirtschaft ab.

²⁰⁹ Vgl. hierzu KUISEL (wie Anm. 134) vor allem Kap. VI.

²¹⁰ Über das Verhältnis Valois' gegenüber dem Redressement vgl. GUCHET (wie Anm. 58) S. 218f., KUISEL (wie Anm. 134) S. 71 und 131.

Patriotes«, der »Faisceau« und der »Redressement« symptomatisch für eine ganz bestimmte nationale Problemlage, die gekennzeichnet war durch zunehmende strukturelle Diskrepanzen zwischen modernen und traditionellen Wirtschaftszweigen, durch akute Repräsentationsdefizite und wachsende Integrationsprobleme einer im Wandel befindlichen Gesellschaft. Die genannten Phänomene waren somit erstens Reflexe des sozio-ökonomischen Wandels. Dieser machte sich auch im traditionellen Spektrum der konservativen Rechten bemerkbar; dort waren die »Jeunes Patriotes« Ausdruck einer politischen Modernisierung des rechtskonservativen Lagers, die aus der Vorstellung erwuchs, daß sich die Rechte angesichts der gesellschaftlichen Wandlungen auf Dauer nicht mehr auf der Grundlage des herkömmlichen politischen Individualismus organisieren ließ, sondern auf Massenmobilisierung, auf neuartige Mittel der Selbstdarstellung und auf effektivere Integrationsmethoden nicht länger verzichten dürfte. Weiterhin kam dieser Wandel in Erscheinungen wie dem »Faisceau« zum Ausdruck, in dem sich die aktivistisch-protestlerischen Teile jener neuen, der modernen Industriegesellschaft verbundenen Sozialschichten organisierten. Innovative Impulse als Reflex auf die sozio-ökonomischen Wandlungen jener Jahre manifestierten sich innerhalb der Repräsentanz moderner Wachstumsindustrien im »Redressement Français«, der als politisch-gesellschaftliche Reaktion solcher modernen ökonomischen Kräfte auf die Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft angesehen werden muß.

Zweitens waren diese Gruppierungen, wenngleich in sehr unterschiedlicher Weise, Reaktionen auf die antizipierte Gefahr der großen Links-Alternative zur bestehenden republikanischen Herrschaftssynthese. Die politische Strategie der »Jeunes Patriotes«, die diese Reaktion in besonderem Maße repräsentierte, zielte angesichts der traditionellen Ungegliedertheit der Rechten darauf ab, die konservative wie die liberale Rechte in einer umfassenden rechten Sammlungspartei zu vereinen und mit dieser angestrebten großen Sammlung der Rechten eine dauerhafte »Union Nationale«-Mehrheit zu garantieren. Damit sollte ein für allemal eine Destabilisierung der republikanischen Herrschaftssynthese unter dem Druck der Nachkriegsbelastungen ausgeschlossen und die Gefahr einer Öffnung nach Links gebannt werden. Der »Faisceau« dagegen strebte genauso wie – mit ganz anderer Motivation – der »Redressement« eine Veränderung der überkommenen Gesellschaftsordnung und Wirtschaftsordnung an. Eine von neo-syndikalistischen Ideen getragene Neuorganisation des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, von Arbeit und Kapital sollte sowohl den Einfluß der sozialistischen und kommunistischen Linken auf die Arbeiterschaft als auch den der rechtsradikalen »Action Française« auf die Mittelklassen zurückdrängen; aktiviert werden sollten dagegen die neuen Sozialgruppen der sich fortschreitend entwickelnden modernen Industriegesellschaft, deren Interessen weder von den Parteien des proletarischen Klassenkampfes noch von den politischen Gruppierungen des tonangebenden Honoratiorentums konservativer oder radikaler Orientierung vertreten wurden. Die grundlegende Veränderung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft würde die alten Gegensätze überwinden und damit auch die Gefahr einer Links-Öffnung des Systems als Problem einer vergangenen Gesellschaftsordnung obsolet machen. Der »Redressement« dagegen suchte durch eine auf neokapitalistischen Vorstellungen beruhende Reformpolitik die Arbeiterschaft in das bestehende, wiewohl zu modifizierende System zu integrieren, womit ebenfalls eine

mögliche Links-Öffnung unnötig gemacht und obendrein die Interessen der modernen Wirtschaftszweige optimal gefördert würden.

Drittens waren diese Erscheinungen Ausdruck eines subjektiv erfaßten Repräsentationsdefizites, das auch als mangelnde Integration bestimmter sozialer und ökonomischer Interessen innerhalb des politisch-sozialen Herrschaftssystems verstanden werden kann. Taittingers »Jeunesses Patriotes« repräsentierten den längerfristigen Prozeß einer Integration der konservativen Rechten in das System der republikanischen Synthese. Dieser »Ralliement« der konservativen Rechten wurde nicht zuletzt durch sozio-ökonomische Erfordernisse beschleunigt; denn erhebliche Teile der konservativen Rechten erkannten, daß ihre Interessen angesichts härter gewordener Verteilungskämpfe im Nachkriegsfrankreich ohne fortschreitende Integration in das bestehende System nicht mehr angemessen gewahrt werden könnten. Das Bemühen um wachsende Integration als eines Erfordernisses hinreichender Repräsentation eigener Interessen schlug sich politisch auf der Rechten und der rechten Mitte in einer Modernisierung nieder, die sowohl in der Distanzierung von der »Action Française« als auch in der Begründung der »Jeunesses Patriotes« zum Ausdruck kam. Der »Faisceau« dagegen war der radikale, protestlerische Ausdruck neuer Sozialgruppen, die sich im System der republikanischen Synthese nicht hinreichend repräsentiert sahen und daher nach neuen, systemüberwindenden Formen politischer Repräsentanz sozio-ökonomischer Interessen strebten. Das gilt, wenngleich auf anderer Ebene, genauso für den »Redressement«. Sowohl für bestimmte mittelständische Gruppen einer neuentstandenen technischen und kaufmännischen Intelligenz und stark anwachsender Dienstleistungsberufe als auch für die dynamischen Vertreter der modernen Wachstumsindustrien und der diesen verbundenen Kreise aus Hochfinanz und großbürgerlicher Intelligenz war der vorhandene politische Transmissionsmechanismus gesellschaftlicher Interessen unzureichend; er mußte daher verändert werden. Insgesamt gesehen haben wir es bei diesen Gruppierungen also auch mit neuen Ausdrucksformen gesellschaftlicher Interessen und deren Organisation zu tun.

Viertens ist die unterschiedliche Erfolgsbilanz dieser neuartigen politisch-gesellschaftlichen Phänomene aufschlußreich in Hinblick auf die strukturellen Bedingungen, die ihre Entwicklung wesentlich mitbeeinflußten.

Die Beispiele des »Faisceau« und des »Redressement Français« zeigen, daß die sie tragenden Sozialgruppen quantitativ wie qualitativ innerhalb der bestehenden französischen Gesellschaft noch zu schwach waren, um sich auf die Dauer als gesellschaftlich und politisch eigengewichtig durchsetzen zu können. Ihre programmatischen Vorstellungen waren zudem, so unterschiedlich sie auch untereinander waren, nicht geeignet, von rechts oder links oder in der breiten politischen Mitte Bundesgenossen anzuziehen. Eher war das Gegenteil der Fall; ihre Vorstellungen schienen nahezu allen anderen politisch-gesellschaftlichen Gruppen nicht akzeptabel, darin waren diese, die sich ansonsten einander voller Konkurrenz oder Feindschaft gegenüberstanden, durchaus einer Meinung. Daher war der Mißerfolg des »Faisceau« und des »Redressement« im Grunde unvermeidlich. Für die »Jeunesses Patriotes« dagegen war die Bilanz nicht so eindeutig negativ. Die angestrebte umfassende Konzentration aller Kräfte der Rechten gelang ihr nur in begrenztem Maße. Wohl konnten sie durch Mobilisierung von Kräften der konservativ-nationalistischen Bourgeoisie die Basis der Rechten festigen und teilweise auch verbreitern. Das ehrgeizige Ziel einer großen

rechts-republikanischen Integrationspartei erreichten sie aber nicht. Bedeutende Kräfte vor allem aus der liberalen Bourgeoisie schätzten die Gefahr einer Links-Alternative nicht so groß ein wie manche Elemente der konservativen Rechten; sie meinten, auf das Allheil-Rezept der »Jeunesses Patriotes«, die große rechts-republikanische Sammlungsbewegung, verzichten zu können. Ihnen genügten trotz aller Defizite und Defekte offenbar die feinausgestalteten und flexiblen politischen Transmissions-Instrumente des »régime des assemblées« für die Wahrung ihrer Interessen. Die Relativität des Erfolges der »Jeunesses Patriotes« zeigt Bedeutung wie auch Begrenzung der sich sammelnden Kräfte einer republikanischen nationalistisch-konservativen Rechten, zeigt auch den Entwicklungsgrad des konservativen Integrationsprozesses; der Mißerfolg von »Faisceau« und »Redressement« dagegen zeigt sowohl die relative Schwäche der in diesen Gruppierungen sich zusammenfassenden Sozialgruppen in Wirtschaft und Gesellschaft, wie auch die Flexibilität eines parlamentarischen Systems, das die liberale Rechte über die republikanische Herrschaftssynthese voll integriert hatte, dem in Krisenzeiten die nationalistisch-konservative Rechte sich einfügte, so daß Vertreter von System-Alternativen wie der »Faisceau«, aber auch einschneidender Systemreformen, wie der »Redressement«, politisch damals keine Chancen hatten. Die französische Bourgeoisie hatte auch in der kritischen Lage der zwanziger Jahre und an der Wende zu den dreißiger Jahren den Rückgriff auf System-Alternativen nicht oder noch nicht nötig. Flexibilität und Integrationskraft des Herrschaftssystems der republikanischen Synthese waren für die Anforderungen jener Zeitphase zum Zwecke der Systemstabilisierung noch hinreichend groß.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

Cette étude porte sur trois groupements politico-sociaux des années vingt et du début des années trente, que des observateurs contemporains aussi bien que les travaux scientifiques ont souvent qualifiés de fascistes ou de proches du fascisme.

L'auteur part de l'insuffisance manifeste des tentatives d'explication aussi bien par l'histoire des idées, par des études phénoménologiques que par des théories du fascisme. Il essaie en conséquence de développer une méthode d'analyse originale, à la base de laquelle se trouve un modèle de structure de système de domination du Troisième Reich, dans lequel des structures politiques de pouvoir sont en corrélation avec les structures socio-économiques correspondantes.

C'est pourquoi ne sont pas étudiées les bases programmatiques et idéologiques des trois groupes, mais – principalement au moyen de rapports et de matériaux de la police-politique – leurs structures sociales et politiques. Sur la base des résultats de cette analyse on essaiera alors de déterminer leur fonction politico-sociale à l'intérieur du système républicain de domination et leur place dans l'histoire. Alors, ces groupes apparaissent comme des phénomènes politicosociaux inédits qui ne sont ni des simples rééditions de tendances traditionnelles bonapartistes teintées à présent de fascisme, ni des phénomènes authentiquement fascistes. Ils représentent plutôt des symptômes d'une situation problématique spécifique nationale, qui était caractérisée par une divergence structurelle croissante à l'intérieur de l'économie et de la société et par des déficits aigus de représentation et des difficultés d'intégration d'une société changeante et soumise aux diverses conséquences tardives de la guerre. Les groupes susmentionnés étaient par conséquent premièrement des réflexes politiques du changement socioéconomique. Dans l'éventail traditionnel de la droite française, les Jeunesses Patriotes étaient l'expression d'une tendance de la modernisation politico-sociale. Elles représentaient le point de vue qu'en face des changements sociaux profonds de l'époque de la guerre et le l'après-guerre, la droite, si elle voulait pratiquer une politique avec succès, ne devait plus continuer à s'organiser dans le cadre habituel de l'individualisme politique, mais ne pouvait renoncer à une mobilisation des masses et à des méthodes d'intégration plus efficaces. Dans le Faisceau par contre; le changement

socioéconomique s'exprime dans la mesure où les parties activistes et protestataires de ces nouveaux groupes sociaux liés aux secteurs économiques modernes s'organisèrent politiquement en lui. Enfin le Redressement est à considérer comme une réaction politico-sociale contre les transformations dans l'économie et la société de la part de représentants innovateurs des industries modernes de croissance et de ceux qui plaidaient pour une modernisation technocratique de l'état, de la société et de l'économie.

Deuxièmement ces groupes – quoique de façon très différente – étaient des réactions contre le danger anticipé d'une grande alternative de gauche au système existant. Cette réaction était très forte dans les Jeunesses Patriotes. Elles voulaient organiser la droite jusque là traditionnellement fort fragmentée et fractionnée, en un grand parti de rassemblement républicain de droite et garantir ainsi une majorité d'union nationale durable. Le danger d'une ouverture à gauche serait par là conjuré. Le Faisceau par contre aspirait à un nouvel ordre empreint d'idées néo-syndicalistes quant au rapport de l'état, de l'économie et de la société, lequel devait surmonter les anciennes oppositions de classes et les rivalités politiques, et par là faire de l'alternative de la gauche le problème d'un ordre social passé. Le Redressement, d'autre part, voulait, par une politique de réforme néocapitaliste, intégrer la classe ouvrière dans le système existant mais à modifier, échapper par là au danger d'une alternative de gauche et en même temps favoriser le mieux possible les intérêts des industries modernes de croissance.

Troisièmement ces phénomènes étaient l'expression d'un déficit de représentation qui peut être compris surtout comme manque d'intégration de certains intérêts sociaux et économiques dans le système de domination politico-sociale. Des parties nullement insignifiantes de la droite conservatrice croyaient, face à des combats de répartition devenus plus durs dans la France d'après-guerre, ne pouvoir conserver de façon appropriée leurs intérêts que par une intégration progressive dans le système républicain existant. Ce point de vue se manifeste politiquement dans leur éloignement de l'Action Française et dans l'effort pour améliorer leurs possibilités d'influence par la création d'un parti de rassemblement républicain de droite dont les Jeunesses Patriotes devaient former le noyau.

Le Faisceau était en revanche l'expression d'une protestation radicale de groupes sociaux nouveaux qui s'estimaient insuffisamment représentés dans leurs intérêts dans les systèmes existants, et qui, pour cette raison, aspiraient à des formes nouvelles de sauvegarde des intérêts transcendant le système de synthèse républicaine. Les représentants dynamiques des secteurs les plus modernes de l'industrie française et les cercles de la grande bourgeoisie, de l'intelligence et de la haute finance qui leur étaient associés, se rassemblaient avec des groupes de l'intelligence technique et commerciale et des branches grandissantes de prestations de services dans le Redressement: le mécanisme de transmission politique existant leur paraissait insuffisant et sujet à changement. Dans l'ensemble, il s'agit de diverses nouvelles formes d'expression d'organisation politique d'intérêts sociaux.

Quatrièmement le succès différent de ces groupements est significatif pour les conditions structurelles auxquelles ils étaient soumis.

Les groupes sociaux dont les éléments les plus actifs s'étaient réunis dans le Faisceau et le Redressement, avaient au sein de la société française, un poids encore trop faible pour pouvoir s'imposer avec succès. Leurs conceptions programmatiques et leurs objectifs n'étaient de plus pas aptes à attirer des alliés des ailes ou du centre de l'éventail politique. C'est plutôt le contraire qui se produit. Pour les Jeunesses Patriotes par contre, le bilan n'était pas totalement négatif. Elles pouvaient, en mobilisant les forces nationalistes conservatrices, consolider et aussi élargir la base de la droite dans le système; cependant leur objectif particulier, la création d'un grand parti d'intégration républicaine de droite, elles ne l'atteignirent pas. De larges parties de la bourgeoisie libérale n'estimaient manifestement pas comme très grand le danger d'une alternative de gauche et voyaient toujours dans les mécanismes de transmission habilement façonnés du «Régime des Assemblées» un instrument approprié pour la sauvegarde de leurs intérêts.

Les différences de ce bilan permettent de reconnaître de façon impressionnante la flexibilité du système de domination républicain. Ce système avait totalement intégré la droite libérale dans la «synthèse de domination républicaine»; la droite nationaliste conservatrice dont une partie gardait encore une distance réservée envers la république, mais dont une autre partie s'y ouvrait déjà dans le «ralliement», s'est intégrée dans des situations de crise, comme le montre le phénomène des Jeunesses Patriotes, de sorte que des alternatives au système comme les représentaient le Faisceau et, dans une moindre mesure, le Redressement n'avaient politiquement pas ou pas encore de chance. Si des déficits aigus d'intégration et de représentation pouvaient provoquer des projets radicaux d'alternative, dans l'ensemble la Troisième République disposait alors encore d'assez de flexibilité et de forces d'intégration pour stabiliser le système, de sorte que la bourgeoisie française, même dans les épreuves critiques des années vingt et du début des années trente, n'eut pas encore besoin de recourir aux alternatives au système.